

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis halbjährlich: 3.00 RM, monatlich 1.10 RM.
Einzelnummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Multiplikatoren Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
Postabonnements: 1.10 RM pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Die Infektions-Gebühr
Betragt für die hochgehaltene Kolonelle oder deren Raum 10 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf.
Stellengeluche und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
Notize über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Interate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Kernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 24. Oktober 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Kernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Grenzen auf!

Seit es nach den Auslassungen offizieller Blätter scheint, als wenn die Regierung nicht mehr der Forderung einer weiteren Oeffnung der Grenzen für die Vieheinfuhr in gleichem Maße ablehnend gegenübersteht, wie im Sommer dieses Jahres, verdoppelt die konservative Presse ihre Anstrengungen zu beweisen, daß jedes Zugeständnis an die Wünsche der Fleischkonsumenten unabweislich den Ruin der deutschen Landwirtschaft oder zum mindesten der deutschen Viehzucht zur Folge haben werde und müsse.

Den einen Tag beweist sie, daß die Grenzsperrung unbedingt aufrecht erhalten werden müsse, denn eine stärkere Zufuhr fremden Schlachtviehes aus dem Auslande werde binnen kurzer Zeit zu einer vollständigen Verseuchung des einheimischen Viehstandes führen, den nächsten Tag versichert sie, die weitere Oeffnung der Grenzen hätte schon deshalb keinen Zweck, weil die Viehpreise in den Nachbarländern fast ebenso hoch ständen, wie auf dem Inlandsmarkt, und die ausländischen Viehproduzenten also, auch wenn die Grenzsperrung aufgehoben würde, in Anbetracht der hohen Transportkosten und Spejen gar kein Vieh an Deutschland abzugeben vermöchten, und am dritten Tage wieder leistet sie sich mit gleicher Sachverständigkeit den Nachweis, daß eine eigentliche Grenzsperrung gar nicht besteht, sondern nur einige nebensächlichen Schutzmaßnahmen eingeführt worden sind, die den Vieh- und Fleischimport aus den meisten Ländern durchaus nicht hindern.

Daß die eine dieser schönen Beweisführungen stets die vorhergehende völlig aufhebt, also z. B. wenn das Ausland wegen der Steigerung seiner Viehpreise kein Vieh nach Deutschland zu liefern vermag, auch eine weitere Oeffnung der Grenzen keine vermehrte Zufuhr fremden Schlachtviehes und keine Verseuchung des ganzen Viehstandes zur Folge haben kann, oder wenn die heutigen Sperrmaßnahmen doch die Zufuhr aus den meisten Ländern nicht verhindern, dann eine Verringerung dieser Maßnahmen unmöglich die prophezeiten ruinösen Folgen für die deutsche Viehzucht haben kann, das leuchtet den viehverständigen „Fachmännern“, die sich in agrarischen Blättern diese Art von „Beweisen“ leisten, nicht ein. Rogit war stets ein höchst feltener Artikel in der agrar-konservativen Presse. Immer hat sie in richtiger Einschätzung der geistigen Eigenschaften ihrer Leser den Grundsatz befolgt, die Qualität ihrer Beweise durch die Quantität zu ersetzen.

Das seuchenfreie deutsche Vieh müsse, behaupten die deutschen Agrarier, vor der Verseuchung durch fremdes Schlachtvieh geschützt werden — und leider sei nun einmal das ausländische Vieh samt und sonders verseucht. Der Wert dieses Arguments wird schon dadurch illustriert, daß die agrarische Presse unserer Nachbarländer genau entgegengesetzter Meinung ist und umgekehrt das deutsche Vieh für das am meisten verseuchte hält. Tatsächlich haben unter dem Druck der Agitation ihrer Agrarier die Regierungen aller unserer Nachbarländer sich zu ähnlichen Sperrmaßnahmen gegen das völliig „verseuchte“ deutsche Vieh verstanden, wie die preussische Regierung gegen die Einfuhr des verseuchten österreichischen, schweizerischen, französischen, belgischen, niederländischen, dänischen Viehes und so weiter. Wegen der Gefahr der Anstreckung ihres einheimischen Viehbestandes durch das „verseuchte“ deutsche bzw. preussische Vieh hat z. B. Dänemark die Einfuhr von Rindern und Schweinen aus Preußen vollständig verboten. In Holland dürfen aus Preußen keine Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen sowie kein Schweinefleisch eingeführt werden; in Belgien keine preussischen Rinder und Schweine, in Frankreich keine Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen. Die Schweiz verteidigt wegen der Seuchengefahr nicht nur die Durchfuhr von deutschem Vieh, sondern sie hat auch die Einfuhr von deutschen Schweinen ganz verboten, während deutsche Rinder, Schafe und Ziegen nur über bestimmte Zollstellen nach vorausgegangener genauer tierärztlicher Untersuchung eingeführt werden dürfen. Ebenso ist die Einfuhr deutscher Wiederkäuher und Schweine in Österreich an allerlei Vorbedingungen gebunden; und selbst Rußland hat sich gegen die angeblich seinem Viehbestand von dem verseuchten preussischen Vieh drohende Anstreckungsgefahr durch allerlei Einfuhrverbote und Beschränkungen schützen zu müssen geglaubt.

Den ausländischen Landwirten gilt also das deutsche Vieh nicht minder für verseucht, als den deutschen Landwirten das ausländische Vieh; und die Herren Agrarier des Auslandes vermögen sich dafür nicht nur auf die hohen Ziffern der deutschen Seuchenstatistik zu berufen — im Jahre 1899 war z. B. ein Zehntel des gesamten deutschen Rindviehbestandes von der Maul- und Klauenseuche befallen — sondern auch auf die Tatsache, daß nach einem beträchtlichen Rückgang in den Jahren 1899/1901 neuerdings die Seuchen unter dem deutschen Viehbestand trotz aller Grenzsperrungen wieder stark zugenommen haben. Für die Jahre 1902 bis 1904 (für 1905 fehlen noch die Ermittlungsergebnisse) ergibt sich z. B. folgende Zunahme:

Table with 5 columns: Maul- und Klauenseuche (Rinder, Schweine, Schafe), Milzbrand, Rauschbrand. Rows for years 1902, 1903, 1904.

Die vorstehenden Ziffern zeigen, wie wenig von einer „Seuchenfreiheit“ im deutschen Viehstand die Rede sein kann. Dazu kommt, daß erst neuerdings wieder, vor kaum 8 Tagen, auf dem Zentralviehhofe in Berlin unter den Ueberständen des Schweinemarktes die Maul- und Klauenseuche festgestellt worden ist, obgleich keines dieser Schweine aus dem Auslande stammt. Die Agrarlogik bringt allerdings auch in diesem Fall fertig nachzuweisen, daß die Erkrankung aus dem Auslande eingeschleppt ist. Die agrar-konservativen Blätter argumentieren nämlich nach dem schönen Schema, das ihnen der im Landwirtschaftsministerium beschäftigte Geh. Oberregierungsrat Schröder geliefert hat, folgendermaßen: Da die Maul- und Klauenseuche nur durch Anstreckung übertragen wird, so muß von irgend woher der Anstreckungsstoff eingeschleppt sein, denn im schönen Deutschen Reich kann natürlich so etwas nicht vorkommen. Als wahrscheinlich, beinahe als gewiß darf deshalb angenommen werden, daß der Anstreckungsstoff aus Rußland stammt, denn dort herrscht bekanntlich zurzeit nicht nur die Revolutions-, sondern auch die Maul- und Klauenseuche. Es muß demnach angenommen werden, daß die erkrankten Schweine aus deutschen Landesteilen längs der russischen Grenze stammen und dort durch irgend welche Personen, die aus Rußland herübergekommen sind, die Seuche auf die armen Vorstentvieher übertragen worden ist. Folglich ergibt sich, daß die Grenzsperrung nicht vermindert werden darf; sie muß vielmehr verschärft werden.

Daß auch in diesem Fall wieder ihre Argumentation, ganz abgesehen von ihrem Operieren mit albernen Voraussetzungen und Annahmen, gerade umgekehrt beweist, daß die heutige Art der Grenzsperrung wenig Schutz gegen die Seucheneinführung bietet, begreifen die Herren Agrarier in ihrer „Sachverständigkeit“ nicht; und doch müßten sie sich selbst sagen, daß wenn die Seuchen auch jederzeit durch Personen und Waren eingeschleppt werden können, dann die Vieheinfuhrverbote und -beschränkungen zur Abwehr der Seuche absolut nicht genügen, dann müßte auch aller Personen- und Warenverkehr des heiligen Deutschen Reiches der Witte mit dem Auslande verhindert werden. Vielleicht kommen die Herren zum Schutze des deutschen Animalreiches preussischer Nation noch zu dieser viehverständigen Forderung.

Doch die Sachverständigen in den konservativen Redaktionen sind gründliche Leute. Sie beweisen nicht nur, daß eine weitere Oeffnung der Grenzen nicht möglich ist, sondern daß sie auch keinen Zweck hat, da auch dann, wenn die Grenzsperrung nicht bestände, das Ausland kein Schlachtvieh in Deutschland einführen würde. Diesen Beweis machen sie sich, da sie meist dauernde geistige Anstrengungen schwer ertragen, recht bequem. Wenn auch aus den meisten Ländern, sagen sie, die Einfuhr von Rindern verboten ist, so ist sie doch aus Österreich-Ungarn und Dänemark erlaubt, und ferner dürfen aus Rußland monatlich zirka 11 000, aus Österreich zirka 6000 Schweine eingeführt werden; aber trotz dieser Erlaubnisse sind z. B. in den sechs Monaten vom 1. März bis 1. September dieses Jahres nur 47 503 Stück Rindvieh aus Österreich-Ungarn, 44 819 Stück Rindvieh aus Dänemark, 1524 Schweine aus Österreich und 44 672 Schweine aus Rußland in das deutsche Zollgebiet eingeführt worden. Das beweist, daß diese Länder selbst keinen großen Viehüberschuh haben und nur wenig abzugeben vermögen.

In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse, wie die Viehgelehrten wohlweislich verschweigen, ganz anders. Rindvieh darf keineswegs beliebig aus Dänemark in Deutschland eingeführt werden, z. B. nicht über die nordschleswigsche Landesgrenze. Nur auf dem Seewege über bestimmte Hafensplätze, in denen sich staatliche Quarantäneanstalten befinden, dürfen dänische Rinder eingeführt werden, und in diesen Anstalten werden sie mit Tuberkulinimpfung und zehn Tage lang von Tierärzten kontrolliert, bevor sie zur sofortigen Abschachtung freigegeben werden. Die Kosten trägt der Importeur. Sie stellen sich für Transport, Fütterung, Untersuchung, Gewichtsabnahme auf zirka 9—12 Pf. pro Pfund Schlachtgewicht, dazu kommen 4 Pf. Zoll pro Pfund Lebendgewicht oder 6 Pf. pro Pfund Schlachtgewicht, Verluste durch Erkrankung oder Beschädigung des Viehes auf dem Seetransport usw. Der Importeur hat also pro Pfund Schlachtgewicht nicht weniger als 18—22 Pf. Unkosten und Spejen, und außerdem verliert das Fleisch durch die Tuberkulinimpfung an Geschmack und wird von den Schlächtern als nicht vollwertig angesehen. Der Import lohnt sich deshalb nur unter ganz besonderen Voraussetzungen, und wenn trotzdem von März bis September noch 44 819 Stück Rindvieh aus Dänemark eingeführt worden sind, so ist das eine hohe Ziffer.

Durch allerlei ähnliche Bestimmungen wird die Einfuhr von Rindern und vor allem von Schweinen aus Österreich-Ungarn erschwert. Charakteristisch dafür ist die folgende Stelle aus einer Eingabe, die jüngst der Bezirksverein Bayern des deutschen Fleischerverbandes an die bayerische Regierung gerichtet hat:

„Die gestattete Einfuhr von jährlich 50 000 Schweinen aus Österreich nach Bayern wird durch die bestehenden Ein-

fuhrestimmungen unmöglich gemacht; die Erlaubnis der Einfuhr steht also nur auf dem Papier. So bestimmt § 10 des Schlupprotokolls des Viehseuchenübereinkommens zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn, daß für sämtliche lebend einzuführenden Tiere aus den Ursprungszeugnissen bescheinigt sein muß, daß das Land in den letzten vierzig Tagen seuchenfrei war. Man sollte glauben, diese Bestätigung würde genügen, dies ist aber nicht der Fall. Es wird weiter verlangt, daß die Tiere außerdem noch dreißig Tage lang tierärztlich überwacht werden. Weiter müssen die Tiere in den Grenzschlachthöfen Rosenheim oder Passau geschlachtet werden. Macht schon die ersigennante Bedingung die Einfuhr lebender Schweine wegen der hohen Kosten der Ueberwachung unmöglich, so ist dies noch mehr durch die zweite Bestimmung der Fall: Bei warmer Witterung ist der Transport geschlachteter Schweine unmöglich...“

Genau denselben Wert hat die Behauptung der agrarischen Presse, daß Rind- und Schweinefleisch beinahe unbeschränkt in Deutschland eingeführt werden darf. Tatsächlich ist die Einfuhr aus fast allen Ländern verboten, die als Exportländer für diesen Artikel in Betracht kommen. So darf zum Beispiel in das deutsche Zollgebiet, abgesehen vom zollfreien Grenzverkehr, aus folgenden Ländern kein frisches Schweinefleisch eingeführt werden: aus Dänemark, Schweden, Norwegen, Rußland, Rumänien, Serbien, Vereinigte Staaten von Amerika. Dagegen ist die Einfuhr von Schweinefleisch aus Spanien, Portugal, Brasilien usw. gestattet, nur führen leider diese Länder ebensowenig Schweinefleisch aus, wie Schweden, Norwegen oder Apfelsinen. Von allen Schweinefleisch produzierenden und exportierenden Ländern darf nur Holland frisches Schweinefleisch in das deutsche Zollgebiet einführen, und es hat denn auch vom 1. März dieses Jahres bis zum 1. September dieses Jahres 44 128 Zentner frisches Schweinefleisch über die deutsche Grenze geschickt. Aber infolge der Einfuhrerschwerungen durch die Versand- und Zollabfertigungsbedingungen sowie durch die hohen Zoll- und Transportkosten vermag auch Holland nur bestimmte angrenzende Teile der Rheinprovinz mit Schweinefleisch zu versorgen. Die Einfuhr aus Holland darf nämlich nach dem Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetz vom 3. Juni 1900 und der Fleischbeschau-Zollordnung vom 5. Februar 1903 nicht in beliebigen Mengen und Stücken, sondern nur in ganzen Tierkörpern und Tierhälften erfolgen, vorausgesetzt, daß mit letzteren noch Brust- und Bauchfell, Lungen, Herz und Nieren verbunden und die Hälften derartig verpackt sind, daß sich ihre Zusammengehörigkeit ohne weiteres sofort feststellen läßt. Außerdem unterliegen diese Tierkörper der antilichen Untersuchung und dürfen nicht über das nächste beste größere Zollamt, sondern nur über einige wenige bestimmte Zollämter eingeführt werden. Das holländische Fleisch muß also oft, um in einem nahe der preussischen Grenze gelegenen preussischen Ort zum Verkauf gelangen zu können, den Umweg über ein weit entferntes Zollamt machen. Durch solchen Transport nebst der antilichen Untersuchung und Zollabfertigung geht viel Zeit verloren, und da ferner mit den Tierkörpern, wie schon oben erwähnt worden, die leicht verderbenden Teile verbunden bleiben müssen und es dem Importeur verboten ist, durch Anwendung irgend welcher konservierender Säuren oder Alkalien den Verwesungsprozess zu verlangsamen, so muß sofort nach der Zollabfertigung das Fleisch verkauft und konsumiert werden, wenn es nicht verderben soll. Schon aus diesem Grunde verbietet sich, besonders im Sommer, ein Transport nach weit entfernten oder für die Bahnbeförderung ungünstig gelegenen Gegenden.

Dazu kommen die hohen Unkosten und Spejen. Der Zollsatz beträgt 13 1/2 Pf. pro Pfund; da dieser Zoll aber auch von den minderwertigen Teilen und Abfällen der Tierkörper entrichtet werden muß, erhöht sich der Zoll für das ausgeschlachtete Fleisch auf etwa 18 Pf. pro Pfund. Hierzu kommen die Ausgaben für Bahn- und Wagentransporte, Lagerung, Zollabfertigung usw., so daß sich für den Importeur die Unkosten auf 24 bis 28 Pf. pro Pfund stellen. Daß unter solchen Umständen sich die Einfuhr nur unter besonderen günstigen Bedingungen für den Importeur lohnt, braucht nicht erst bewiesen zu werden.

Es ist demnach eine auf die Unkenntnis des großen Publikums spekulierende frivole Entstellung der Tatsachen, wenn die agrar-konservativen und die agrar-klerikale Presse behauptet, der deutsche Viehstand wäre viel weniger verseucht als derjenige Österreichs, der Schweiz, Frankreichs, Belgiens, Hollands oder Dänemarks, und wenn sie ferner ihren Lesern vorschwindelt, eine eigentliche Grenzsperrung wäre gar nicht vorhanden, speziell Schweinefleisch könne „fast unbeschränkt“ in das deutsche Zollgebiet eingeführt werden. Tatsächlich liegen die Verhältnisse so, daß nur die Einfuhr aus jenen Ländern gestattet ist, die nichts zu exportieren haben oder deren Entfernung die Möglichkeit eines Imports ausschließt. In den wenigen Fällen aber, wo die Einfuhr aus Nachbarländern formell erlaubt ist, da sorgen die hohen Zölle in Verbindung mit allerlei feinsten getiffelten Einfuhr- und Zollabfertigungsbedingungen dafür, daß die Einfuhr auf ein Minimum beschränkt bleibt und den deutschen Viehzüchtern eine ernsthafte Konkurrenz nicht entsteht. Die ganzen Maßregeln

sind lediglich auf den Vorteil der großen deutschen Viehzüchter, auf die Steigerung ihres Profits berechnet. Einen anderen Zweck haben sie nicht. Deshalb fort mit den Lebenshaltung der ärmeren Bevölkerung schwer belastenden Einfuhrverboten und Einfuhrbeschränkungen, fort mit den lediglich dem Profitinteresse der Agrarier dienenden Einfuhrzöllen! Die Grenzen auf! Höher als das Profitinteresse der großen Viehzüchter und Viehhalter steht die Ernährung der großen Volksmasse.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Oktober.

### Die Wahl in Döbeln-Rositz.

Ein sicheres Ergebnis über die Wahl im 10. sächsischen Reichstagswahlkreis liegt bis zur Stunde noch nicht vor. Außer Zweifel steht nur der Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Pinkau. Darüber, mit welcher Stimmenmehrheit dieser Sieg errungen wurde, gehen die Meldungen auseinander. Nach dem Wolffschen Depeschsbureau erhielten Professor Haffe (Parteilos) 8320, Lehrer Ved (fr. Sp.) 3508, Pinkau (Soz.) 12069 Stimmen.

Danach hätte Pinkau nur 250 Stimmen mehr erhalten, als die beiden Gegenkandidaten auf sich vereinigten. Eine Privatdepesche des „Vorwärts“ schreibt Haffe 8300, Ved 3512 und Pinkau 12774 Stimmen zu, so daß die sozialdemokratische Mehrheit 462 Stimmen betragen hätte. Mehrere konservative Berliner Blätter endlich buchen für Haffe 8372, für Ved 3642, für Pinkau 12716 Stimmen, wonach das sozialdemokratische Mehr sich auf 702 Stimmen begreift hätte. Da im Jahre 1903 der Nationalliberale 5434, der Reformpartei 5569 und Genosse Grünberg 13162 Stimmen erhalten hatte, differiert also der Stimmenrückgang der Sozialdemokratie zwischen 446 und 1103 Stimmen. Dagegen wuchs die Zahl der für die bürgerlichen Gegenkandidaten abgegebenen Stimmen gegenüber 1903 um 1800 respektive 2011 Stimmen.

Beachtet man den konservativ-antifemistisch-nationalliberalen Scharfmach, der diesmal für Haffe stimmte, gesondert, so ergibt sich für diese reaktionären Parteien ein Rückgang von rund 2700 Stimmen.

Mit dem Jubel über den sozialdemokratischen Stimmenrückgang verbinden sich deshalb in der reaktionären Presse wütende Ausfälle gegen die Liberalen. Die „Post“ erhebt gegen den Freisinnigen zornige Anklage, weil er durch Aufstellen der Sonderkandidatur Ved angeblich den Wahlsieg Pinkaus verschuldet habe. Sei diese freisinnige Kandidatur unterblieben, so wäre vermutlich der Sieg zu erringen gewesen. Diese Kalkulation ist äußerst unwahrscheinlich. Wäre kein freisinniger Kandidat aufgestellt worden, so wäre im Gegenteil ganz sicher die Stimmenmehrheit für Pinkau noch eine bedeutend beträchtlichere gewesen. Das Organ Knien-Dietels hinwiederum rempelt die Nationalliberalen an, die sich als höchst unzuverlässige Bundesgenossen erwiesen hätten, sei doch zweifellos ein Teil der früheren nationalliberalen Stimmen für den Freisinnigen abgegeben worden. Bei einer solchen Unzuverlässigkeit könnten die Nationalliberalen künftig für ähnliche Kompromisse überhaupt nicht mehr in Frage kommen.

Da die Sozialdemokratie nach allen drei Meldungen einen Stimmenrückgang aufzuweisen hat, scheint so viel festzustehen, daß ein Teil der Wähler, die seit 1898 für die Sozialdemokratie stimmten, aus freisinnigen Bestand, die, da seit dem genannten Jahre bis zur gestrigen Wahl kein freisinniger Kandidat mehr aufgestellt war, die Sozialdemokratie als das „kleinere Uebel“ ansahen, diesmal aber wiederum freisinnig stimmten. Hinzukam, daß der verstorbene Genosse Grünberg im Wahlkreis anständig und persönlich auch in bürgerlichen Kreisen beliebt war, Momente, die für Pinkau nicht ins Gewicht fielen.

Die Lehre der Döbelner Wahl für uns kann nur wiederum die sein, die Organisations- und höchstens Leistungsfähigkeit auszubauen und in der nachdrücklichsten Weise grundsätzliche Aufklärung zu betreiben.

Sehr schlecht hat bei der Wahl der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie abgeschnitten. Trotz aller Wählererei und schafelster Verleumdungskünste hat er nicht verhindern können, daß die Stimmengabe des famosen alldeutschen Wahlrechtsfeindes Haffe um circa 2000 Stimmen hinter der reaktionären Stimmengabe aus dem Jahre 1903 zurückgeblieben ist!

Die Berliner „Volks-Ztg.“ bemerkt zum Wahlausgang:

Der sozialdemokratische Kandidat hat mit 12069 Stimmen gegenüber den allgemeinen Wahlen im Jahre 1903 einen Rückgang von 1103 Stimmen zu verzeichnen. Dieser Rückgang will angesichts der Tatsache, daß im Jahre 1903 kein freisinniger Kandidat aufgestellt worden war, nicht viel betragen. Sicher haben damals viele freisinnige dem Sozialdemokraten ihre Stimme gegeben. Zum letzten Male war in diesem Kreise im Jahre 1898 ein freisinniger Kandidat aufgestellt worden. Dieser brachte es damals auf 1448 Stimmen. Jetzt hat der freisinnige Kandidat Lehrer Ved-Dresden 3508 Stimmen erhalten. Zählt man die oppositionellen freisinnigen Stimmen zu den oppositionellen sozialdemokratischen Stimmen hinzu, so hat die Linke bei dieser Erziehungswahl gegenüber den allgemeinen Wahlen im Jahre 1903 ein Mehr von 2403 Stimmen erzielt, während, wie wir vorhin erwähnten, die vereinigten Reaktionsgruppen nahezu an 3000 Stimmen eingebüßt haben.

### Ein Pyrrhussieg der einen reaktionären Masse.

Die bürgerliche Presse verländelt mit dem nötigen Aplomb, daß die waterlandslose Rote wieder einmal furchtbar aufs Haupt geschlagen worden. Milhausen, das elässische Wandstetter, hat fürderhin keine sozialdemokratische Gemeinderats-Mehrheit. Am Sonntag hat die Erziehungswahl zum Gemeinderat den Bürgerlichen den Sieg gebracht, die Sozialdemokratie ist unterlegen. Mit 2000 Stimmen Mehrheit ging die bürgerliche Liste durch. Grund genug für die Organe des Bürgerturns, sich eines so seltenen Falles zu freuen.

Indes fählen sich unsere Milhäuser Genossen durchaus nicht zerstückelt und das wird verständlich, wenn man die näheren Umstände dieser Wahlschlacht betrachtet. Zum ersten Male stand die Sozialdemokratie Milhausens einem Block der Bürgerlichen gegenüber. Alle Parteiunterschiede im bürgerlichen Lager waren zerfloßen in der Hitze der sozialdemokratischen Nothlage; Zentrum, Liberale und Demokraten hatten sich zusammengefunden auf einer Liste. Und auf diese Liste fielen 7980—8046 Stimmen, während die Sozialdemokratie auf ihre Kandidaten 5405—5431 Stimmen vereinigte. Im Jahre 1904 fielen auf die sozialdemokratische Liste 3980—3990 Stimmen, die übrigen 7500 Stimmen verteilten sich auf die damals getrennt marschierenden drei bürgerlichen Parteien, von denen der Wahlverein der Katholiken 3100, der Allgemeine Wahlverein (Liberale der verschiedenen Richtungen) 2300 und die Demokraten 2100 erhielten. Der Vergleich ergibt, daß die

Sozialdemokratie seit 1904 um rund 1460 Stimmen gewachsen ist, während die bürgerlichen Parteien nur 513 Stimmen gewonnen. Ein solches Ergebnis laus die Sozialdemokratie, wie unser Milhäuser Parteiblatt schreibt, mit Stolz, Freude und Zueversicht erfüllen. „Der Sieg der vereinigten Gegner am 21. Oktober 1906 war ein Pyrrhussieg: noch ein solcher Sieg und sie sind endgültig verloren! Sie werden aber voraussichtlich gar nicht dazu kommen, einen solchen „Sieg“ wieder in zwei Jahren zu erringen, denn die Hauptwahlen von 1908 vollziehen sich notwendig unter ganz anderen Bedingungen.“

Es sind aber noch andere Gründe für das Wahlergebnis vorhanden. Darüber schreibt uns unser elässischer Korrespondent:

Bis zum Jahre 1902 bestand der Milhäuser Gemeinderat in seiner Mehrheit aus Bürgerlichen, die Neues und Notwendiges so gut wie gar nicht schufen und emsig darüber wachten, daß die Interessen der Bourgeois nicht geschädigt und ihre Geldbeutel nicht allzu sehr für soziale und gemeinnützige Zwecke im Anspruch genommen wurden. Aufwendungen, die über die Einkünfte aus dem Ortso hinausgingen, wurden möglichst vermieden. Ein progressives städtisches Steuersystem gibt es nicht. Die Landesgesetzgebung gestattet den Gemeinden nur, Steuerzuschläge zu den Landessteuern für kommunale Zwecke zu erheben. Aber selbst diese Steuerzuschläge, die beliebt sind, nicht progressiv nach der Steuerkraft der Einwohner bemessen waren, suchte man zu vermeiden. Die ungerechte, volksausbeutende Verbrauchssteuer, das Ortso, blieb die Haupteinnahmequelle der Kommune. Den Bau von Arbeiterwohnungen, eine Notwendigkeit für Milhausen, die Armenfürsorge usw. überließ man der privaten Wohltätigkeit der wohlhabenden Unternehmer und Fabrikanten, die die Arbeiter so in drückender wirtschaftlicher Abhängigkeit hielten.

Im Jahre 1902 gelang es der Sozialdemokratie, die absolute Majorität im Rathause zu erobern. Viel Arbeit fand sie in der Kommune vor, denn vieles war vernachlässigt worden. Mit Feuereifer gingen die sozialdemokratischen Vertreter daran, Reformen in der Stadtverwaltung vorzunehmen. Die Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter wurden verbessert, so daß sie vorbildlich für manche andere Gemeinde geworden sind. Neue, den modernen Ansprüchen genügende Schulhäuser wurden gebaut und sonstige Reformen im Schulwesen eingeführt. Für die Arbeitslosen wurde im Winter durch Kostsandsarbeiten gesorgt. Arbeiterwohnhäuser wurden errichtet. Das Elektrizitätswerk wurde aus Privatbesitz in den Besitz der Stadt überführt, eine Waldschule wurde gegründet, die Stadt selbst verschönert und mit praktischen Neuerungen versehen. Selbst die Gegner müssen diese Verschönerung der Stadt und die Verbesserung der Einrichtungen zugeben. Dagegen haben sie auch nichts einzuwenden. Aber die gegen früher bedeutend erhöhten Zuschlagspennungen haben es ihnen angetan. Es erbittert sie, daß auch sie zu den Kosten der Einrichtungen für die Allgemeinheit und die wirtschaftlich Schwächeren mit herangezogen werden. Ein Schimpfen hob an über sozialdemokratische Mißwirtschaft, sozialdemokratisches Klassenregiment, obgleich lediglich Einrichtungen geschaffen wurden, die im heutigen bürgerlichen Gemeinwesen schon notwendig sind, und um die auch eine vorgeschrittene bürgerliche Gemeindeverwaltung nicht herumkommen wäre.

Im Zentrum, bei Liberalen und Demokraten ertönte der Ruf: „Die sozialdemokratische Klassenherrschaft auf dem Rathause muß gebrochen werden.“

Wie aber das anfangen. Sollte man noch zusehen bis 1908, wo die allgemeinen Wahlen stattfinden? Das dauerte den um ihre Geldbörse dangehenden Bourgeois zu lange. Man fand einen anderen Weg. Die elässische Gemeindevorstandung bestimmte, daß bei Erledigung von einem Viertel der Gemeinderatsitze Erziehungswahlen stattfinden haben. Auf diese Bestimmung wurde der Angriffspunkt aufgebaut. Einige Sitze waren bereits durch Wegzug und Tod erledigt und um das Viertel vollzumachen (neun von 36 Sitzen) legten die Demokraten die Gemeinderatsmandate nieder. Infolge weiterer Demissionen fielen die erledigten Sitze auf 11, sodas der Bezirkspräsident Neuwahlen ausrief.

Jetzt galt es nur noch, die feindlichen bürgerlichen Parteien zu einigen, und es kennzeichnet die Situation ungemein, daß sich die antikerikalen Demokraten mit dem auf allen Gebieten rückständigen Zentrum ohne Schwierigkeiten zusammenfanden.

Durch den Ausgang der Erziehungswahlen werden die Sozialdemokraten aus der absoluten Mehrheit in die relative Mehrheit gedrängt. Der Gemeinderat wird in Zukunft bestehen aus 14 Sozialdemokraten, 8 Zentrumsdemokraten, 7 Demokraten, 5 Liberalen und 2 Wilden, wovon einer Kerikal ist. Die weitere Folge wird, wenn die bürgerliche Mehrheit ihren Versprechungen nachkommen will, eine sogenannte „parlamentare“ Wirtschaft sein, d. h. ein Stillstand in kommunalen und sozialen Reformen. Allerdings werden unsere Genossen alles aufbieten, um eine solche Kommunalpolitik so viel wie möglich zu verhindern. Die dritte Folge, die ihre Schatten auf das ganze Land wirft, ist der Verlust des Mandats des Genossen Emmel im Landesauschuss. Der Genosse Emmel ist als Vertreter der Stadt Milhausen seinerzeit von der Gemeindevertretung in den Landesauschuss gewählt worden. Da er dieses Jahr aus dem Landesparlament ausscheidet, ist seine Neuwahl bei der neuen Majorität im Gemeinderat wohl nicht zu erwarten. Die arbeitende Klasse Eläss-Lothringens verliert also ihren einzigen Vertreter im Landesauschuss, und an Arbeiterinteressen wird in den nächsten Jahren im Landesparlament wohl nicht gedacht werden, wenn es nicht gelingen sollte, im Strahburger Gemeinderat einen unserer Genossen in den Landesauschuss zu wählen.

Sicher ist das nicht.

Die Folgen der Wahl sind also nicht zu unterschätzen. Das wußten die Gegner, und deshalb ließen sie alles Trennende beiseite. Es handelte sich für sie nicht mehr um irgendwelche Parteiinteressen bei dieser Wahl. Ihre Klasseninteressen, die einige Jahre nicht berücksichtigt worden waren, die vor den allgemeinen Interessen zurückgestellt wurden, gewannen aber die kleinen trennenden Sonderwünsche und Sonderinteressen die Oberhand. Klasse stand gegen Klasse. Und die Wahl zeigt uns wieder einmal aufs deutlichste, daß im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse der Kampf nicht einer bürgerlichen Partei, sondern der bürgerlichen Klasse gilt. Der Kampf der Arbeiter ist eben der Klassenkampf.

## Deutsches Reich.

### Vom Odium sozialer Anwandlung befreit!

Wenn noch ein Zweifel darüber möglich war, daß das Scharfmachertum in Deutschland regiert, daß die Regierung den leifesten Winken der Montangewaltigen gehorcht, daß die Berufung des Scharfmacher-Engel in das Handelsministerium von programmatischer Bedeutung ist, daß Stummacher Geist die letzte Spur sozialen Strebens aus der Regierung vertrieben hat, daß wir vor einer neuen Ära der Scharfmacherei und Ausnahme-gesetzgebungsabsichten gegen die moderne Arbeiterbewegung stehen, so müssen jetzt die

lehten Reichen solchen Zweifels schwinden. Wir berichteten gestern über die Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“ über die Lohnbewegung unter der Bergarbeiterherrschaft. Wir hoben schon hervor, daß die Stellungnahme des offiziellen Blattes wahrscheinlich aus Mißtraut auf die allgemeine Wirtschaftslage erfolgt sei; man brauche dahinter noch keinerlei soziale Erwägungen zu wittern. Um so weniger, als ja die Regierung als Bergarbeiterherrschaft genau auf demselben Standpunkt stehe, den das offiziöse Blatt bei den Ruhrgrubenenden behöhnte. — Ja, der Vater Staat als Arbeitgeber zahle noch schlechtere Löhne wie das Privatunternehmertum, und bei den staatlichen Gruben ständen die Lohnsteigerungen weit hinter denen in den übrigen Bergbaubezirken zurück. Einige bürgerliche Organe glaubten trotzdem an das Wunder sozialer Umwälzungen in der verengten Regierung. Ja, man vermutete sogar, die Regierung habe durch die Auslassung den bösen Eindruck, den die Berufung des Ministerpräsidenten Engel, des rücksichtslosesten Vertreters des Fabrikabsolutismus in das Handelsministerium, selbst in liberalen Kreisen hervorgerufen hat, etwas verwischen wollen. Solchen Verdacht konnte man nicht auf sich sitzen lassen; die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ beeilte sich deshalb, mitzuteilen, daß die Regierung unschuldig an dem bei den Grubengewaltigen hervorgerufenen Mergernis sei. Sie schreibt:

„In einzelnen Blättern werden unsere in den lehten Nummern enthaltenen Ausführungen über die Streitfrage im Ruhrrevier als Regierungslundgebung bezeichnet und behandelt. Demgegenüber stellen wir fest, daß diese Auslassung redaktionellen, nicht amtlichen Ursprungs ist.“

Das Wohlwollen der Grubenkönige wird die Regierung durch das Dementi vielleicht juridikerobern, aber vor der ganzen Welt hat sie sich doppelt lächerlich gemacht. Sachlich hat das offiziöse Organ sich nicht beirrigt. Der Regierung kam es also lediglich darauf an, sich von dem Verdacht zu reinigen, daß sie ein sachliches Urteil gefällt habe und, was beinahe noch schlimmer, mit sozialen Duseleien beschattet sei. Nicht nur falsche Hauptleute und Minister, die sich nicht vor den Baud stößen lassen, auch ein Kritiker im offiziellen Organ kann in Preußen-Deutschland Stoff zu schneidenden Satiren liefern!

### Aus Essen wird unterm 22. Oktober berichtet:

„Zu den Forderungen der Siebenerkommission hat der Bergbauverein in seiner heutigen Vollversammlung dahin Stellung genommen, daß als Vertreter der Bergbaubetriebe nicht die Verbände, sondern nur die durch das Gesetz geschaffenen Arbeiterausschüsse angesehen sind und daß andererseits der Bergbauverein nicht zuständig ist, über die Lohnfestsetzung Erklärungen abzugeben. Es wurde beschlossen, den Bescheid zu empfehlen, in den Arbeiterausschüssen zu den eingereichten Forderungen Stellung zu nehmen, wobei darauf hingewiesen werden soll, daß seit Jahresfrist die Löhne bereits in rascher, sprunghafter Weise um 10 bis 15 Proz. gestiegen sind und sich noch in fortwährender Steigerung befinden. Insbesondere hat in der lehten Zeit die Lohnsteigerung noch besonders zugenommen, was daraus hervorgeht, daß die Durchschnittslöhne im Monat September d. J. sich um mehr als 7 Proz. höher stellen als die Löhne im Durchschnitt des zweiten Quartals dieses Jahres. Die Kohlenpreissteigerung, die im lehten Jahre durchschnittlich nur 4 Proz. betragen hat, wird damit von der Steigerung der Löhne bei weitem überholt.“

Das ist ein neuer Schuß für die Arbeiter! Der Bergbauverein erklärt, nicht er oder die Verwaltungen hätten mit der Siebenerkommission zu verhandeln, sondern die Verwaltungen lediglich mit den Arbeiterausschüssen. Gleichzeitig wird aber Anweisung gegeben, wie die Verwaltungen sich zu verhalten haben! Und wir kommandieren doch, ist ihr Grundgesetz! —

### Zur Köpenicker Affäre.

Die Selbstverhöhnung des deutschen Militarismus durch den Köpenicker Rathaus-Uberfall weht überall in der Welt daselbe spöttische Geschäht, auch im Norden. „Edwards Handels-Tidning“ schreibt z. B.:

„Je mehr man sich in die Einzelheiten dieser Geschichte hineinerseht, um so höher steigt die Bewunderung für den uniformierten Banditen, denn er hat ein unvergleichliches Meisterstück ausgeführt, und das gute Geschäht, das er der ganzen Welt geschenkt hat, ist billig bezahlt mit den 4000 M., die er bei den guten Stadtvätern „in Beschlag genommen“ hat. Außerdem hat der Hauptmann eine politische Erweckungstakt vollbracht, deren erzieherische Bedeutung nicht zu unterschätzen ist, denn er hat zu voller Evidenz bewiesen, daß in Preußen eine Offiziersuniform über Gesetz und Recht steht.“

Keinlich urteilt unser Amsterdamer Bruderorgan „Het Volk“. Es fügt aber hinzu, daß man in Holland nicht sicher sein könne davor, daß unter denselben Umständen ein solches Ereignis ebenso verlaufen würde, weil der Charakter des Militarismus, der blinde Gehorsam gegen die Vorgesetzten überall unter der Klassenherrschaft der gleiche sei.

Wir gönnten Deutschland die ruhmreiche Ueberrumpelung in Köpenick von Herzen,“ schreibt „Het Volk“. „Aber wir machen uns selbst nicht weis, daß das Bürgerturn nun fortan vielleicht mit anglischem Eifer seine Rechte gegenüber dem Militär geltend machen werde. Das Bürgerturn kann dem Heer nicht entschlossen gegenüberreten, denn es hat kein Rückgrat, und das einzige, worauf es sich stützt, ist die Gewalt.“

### Der Hauptmann von Köpenick an der Schweizerischen Presse.

Dem sensationellen Gaunerreich widmet die schweizerische Presse ganze Seiten, die mit den reproduzierten Berichten und Mitteilungen der deutschen Presse sowie mit eigenen Betrachtungen angefüllt sind. Unser Züricher Parteiorgan, das „Volksrecht“, bespricht den Fall in einem Leitartikel, in dem es vor allem dafür plädiert, daß dem falschen Hauptmann ein Denkmal dafür errichtet werde, daß er den überspannten Militarismus uns so glänzend und genial ad absurdum (seinen Witzesinn dargehen) geführt hat.

„Der ganze Plan zu dem Kassenraub, führt unser Bruderblatt u. a. aus, stützte sich auf Deutschlands Militärsystem, auf dessen Kernpunkt und Stolz, auf die bedingungslose Disziplin und auf die Tatsache, daß jeder Bürger, sei er auch der höchste Zivilbeamte, vor der Uniform und dem aufgeschlungenen Bajonnet auf dem Bauch zu liegen hat. Diese Grundlage war so sicher, daß sie genügt hätte, um auch eine größere Gaunerei als nur den Raub von 4000 Mark mit vollem Erfolg zu führen.“

Dazu gibt Preußen-Deutschland seine ungeheuren Summen aus, dazu verschwendet es so unendlich viele Kräfte, um den Menschen das, was sie sonst vielleicht noch hätten und was sie nach menschlichen Begriffen vom Tier unterscheiden soll, zu nehmen, genaltsam zu vernichten, die Vernunft, die eigene Ueberzeugung, das eigene Verantwortlichkeitsgefühl beim Handeln.

Die Bourgeoisie will doch ein derartiges Heer; und nichts wäre ihr schredlicher, als wenn der Soldat zu denken beginnen würde. Wie wäre es denn sonst noch möglich, daß der Arbeiter sich als Soldat gegen den Arbeiter verwenden ließe? Sie fordert überall den blinden Gehorsam als erste Soldateneigenschaft und deswegen hat ja der Gauner von Köpenick seine Lehre auch uns erteilt, sogar uns Schweizern, deren Heer mit jedem Jahr mehr nach dem glorreichen preussischen Vorbild umgestaltet werden soll, damit es auch hier immer mehr Werkzeug des Bes

brechend werde und brauchbar sei, so oft der Proletariat im Gegensatz zu seiner inneren Überzeugung mit dem Gewehre dem Proletariat entgegengeführt werden soll.

Der **„Verner Bund“** leitet die Darstellung des Gaunerreichs mit dem Satz ein: „Eine bessere Satire auf das militärfromme Preußen hätte man kaum erfinden können.“ Das liberale „Neue Winterthurer Tageblatt“ redet von der „Vorfälle von Köpenick“ und die **„Konserwativen Basler Nachrichten“** schreiben:

„... Das in Preußen-Deutschland Unglaubliche, hier ward's Ereignis. Die schöne Formel „so etwas kommt bei uns nicht vor“ wird man in Deutschland jetzt etwas spärlicher anwenden müssen. Wenn aber gestern noch der Gaunerreich belacht wurde, heute dürfte die gute Miene zum bösen Spiel sich doch geändert haben. Ein Gefühl der Beschämung mit Mut vermischt wird nicht nur die zunächst Beteiligten schon erfasst haben. Wenn man die Einzelheiten des Vorganges liest, glaubt man ein Kapitel aus einem Roman vor sich zu haben. Auch dem Bürgermeister und dem Kandidaten von Köpenick, die zu den Hauptfiguren in diesem Kapitel gehören, kam ja die ganze Geschichte etwas abenteuerlich vor, aber — der „Herr Hauptmann“. Darin liegt des Rätsels Lösung...“

Nun folgt die eingehende Darstellung der Vorgänge, an die das Blatt diese Schlussbetrachtung knüpft:

„Wenn man für die Wirkung, welche der Militarismus auf die normale Denkfähigkeit ausübt, ein Beispiel hätte konstruieren wollen, es wäre kein besseres zu finden gewesen als der groteske Köpenicker Vorfall. Die Soldaten folgen blind dem Befehle des Vorgesetzten, so wurden sie's gelehrt. Reibungen darüber geben sie sich nicht hin. Die höhere Charge ist für sie Gesetz. Ihnen kann man es nicht einmal so sehr zur Last legen, daß sie folgten. Denn sie waren im Grunde nur konsequent und ein Optimist freut sich vielleicht über die bodenlose Disziplin der wackeren Grenadiere. Aber die verhafteten Zivilisten, ihnen kann man kaum mildernde Umstände zubilligen. Ihr Verhalten wird nur dadurch erklärlich, daß ihnen die Uniform des „Herrn Hauptmann“ jedes freie Urteil nahm. Die Unterwerfung des Staatsbürgers unter die militärische Autorität auch im gewöhnlichen Leben, ist hier einmal grell in Erscheinung getreten und zeigt wohl auch mancher Deutsche ein, was Nichtdeutsche meinen, wenn sie Deutschland einen Militärstaat nennen. Nicht die vielen Soldaten machen ihn aus, sondern der Kotau vor jeder Uniform, wenn auch darin ein so wenig adonischer Kerl steht, wie in der, welche der Gauner von Köpenick trug... Mit einem ebenso frechen wie im Grunde plumpen Wandler, das nur auf das Privileg der Uniform spezialisierte, fing der Gauner wackeren Stützen des Staates und leistete damit einen Beitrag zur deutschen Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts. Die Spitzler brauchen nicht mehr an die Arbeit zu gehen. Der Köpenicker „Staatsstreik“ ist schon eine schreiende Satire.“

Die bürgerliche Presse der Schweiz würde allerdings gut tun, auch für ihr Land eine Lehre daraus zu ziehen und praktisch anzuwenden. Der preussisch-deutsche Militarismus ist das Ideal der schweizerischen Bourgeoisie, das sie wahrhaft slavisch nachahmt und durch eine ganze Reihe von Maßnahmen in den letzten Jahren soll der schweizerische Milizsoldat zu demselben willenlosen Schiefautomaten und zu dem die Menschheit schändenden Kadavergehörig erzoget werden, die in Deutschland im Köpenicker Senfaffensfall ihre höchste Blüte erreicht haben. Wenn das Volk nun mit Schreden erkennt, wie „herrlich welt“ der Militarismus es bereits mit der Entwicklung des Mannes gebracht hat, so hat der geniale Schwindelhauptmann von Köpenick in der Tat den Anspruch auf ein Denkmal als Zeichen der Anerkennung erworben. —

### Der Parteitag des rheinischen Zentrums

fand am Sonntag in Trier statt. In seiner Begrüßungsrede wies der Abgeordnete Trimborn hin auf die Bedeutung der nächsten Reichstagswahl; die Gegner rüfteten schon in erheblichem Umfange; die Parteiarbeit des kommenden Winters müsse bereits der Vorarbeit für die Wahl von 1908 gewidmet sein. Der Abgeordnete Roeren behandelte sodann die Reichsfinanzreform. Das Zentrum habe auch bei diesem Werke seinen alten Grundsatz von der ausgleichenden Gerechtigkeit hochgehalten und die Schonung der wirtschaftlich Schwachen ziele sich wie ein roter Faden durch das Gesetz. (Um die „wirtschaftlich Schwachen“ zu schonen, hat das Zentrum auch wohl eine wirksame Ausgestaltung der Erbschaftsteuer entgegengetrieben.) Der Abgeordnete Roeren beschäftigte sich mit den Hauptaufgaben der bevorstehenden Parlamentsberatung. Er begann mit der Sozialpolitik, als deren Grundlage er den Satz vertrat, daß jedem „Stand“ gewährt werden müsse, was er „berechtigterweise“ verlangen könne. (Nur schade, daß über das Maß des „berechtigterweise“ Verlangenden die Meinungen so weit auseinandergehen.) Volle Befriedigung zu erzielen sei unmöglich. Ausstände führten nicht zum Frieden, sondern zur Verschärfung der Klagen. Eine dauernde Befriedigung der sozialen Verhältnisse sei nur durch gegenseitige Verständigung zu erreichen. Das Zentrum werde so lange für die Koalitionsfreiheit der Arbeiter eintreten, bis deren Organisation den Unternehmern gleichwertig sei. (Was hat denn das Zentrum getan, um die Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu verwirklichen? Und wie steht es zu der Koalitionsfreiheit der Landarbeiter?) Bezüglich der Kolonialpolitik meinte der Redner, daß sie uns bisher über 500 Millionen Mark gekostet und nicht einen Pfennig eingebracht habe. Es trage an allen Ecken und Kanten und es werde so lange trauern, bis das ganze System in die Brüche gegangen sei. In der kommenden Session werde sich zeigen, ob die Regierung gewillt sei, Wandel zu schaffen; wieweit sich die Regierung und billige sie dem Reichstag sein größeres Maß von Mitwirkung zu, dann habe man sich ersichtlich zu fragen, ob man noch einen Pfennig für die Kolonien bewilligen solle. (So reden die Zentrumsführer auf Parteitagen und in Volksversammlungen; im Reichstag tun und bewilligen sie, was die Regierung haben will!) Herr Roeren ging dann noch auf die Polenpolitik und ihre neuesten Erscheinungen ein; es handelte sich um eine Frage des Rechts und der Verfassung; es wäre ein Verrat an seiner ganzen Vergangenheit, wenn das Zentrum nicht auf seinen Polens Hände. Zum Schluß wies der Redner auf die nächsten Reichstagswahlen hin, die sich unter der Parole „Lieber rot als schwarz“ vollziehen würden, um dann zur dauernden Blockbildung zu führen. Demgegenüber gelte es noch fester zusammenzuschließen.

Noch etwas war wichtig aus der Rede des Abgeordneten Roeren: seine Forderung über die Warenhaussteuer. Roeren gehörte mit seinem Parteigenossen Fuchs ehemals zu den heftigsten Befürwortern der Warenhaussteuer, die seiner Ansicht nach in einer Höhe festgesetzt werden müsse, daß sie wie eine Erbschaftsteuer wirke. Herr Roeren scheint in dieser Beziehung etwas gelernt zu haben, denn er äußerte in Trier wesentlich andere Ansichten.

„Das Uebergewicht der Warenhäuser“, so meinte er, „besteht in den kolossalen Summen, mit denen sie operieren, und wodurch sie in den Stand gesetzt werden, die Waren billiger zu beschaffen und sie an einer Stelle feil zu halten. Es ist nicht mehr zu verhindern, daß diese Betriebe sich mehr und mehr entwickeln, nachdem sich an ihnen das Großkapital beteiligt. Durch hohe Steuern ist hier nichts zu erreichen; das Schädliche der Warenhäuser für andere Betriebe liegt in dem kolossalen Umsatz. Dieser wird um so größer werden, je höher die Steuer wird. Mit der Erhöhung der Steuer ist also nicht geholfen; es müßte denn eine Erbschaftsteuer sein. Für diese bin ich lange eingetreten, aber weder die Regierung, noch das Parlament ist dafür zu haben,

und bei der Entwicklung der Verhältnisse trage ich jetzt Bedenken, ob eine solche Steuer tunlich und möglich ist. Es bleibt nur übrig, dem in dem Warenhause arbeitenden Kapital ein gleich großes Genossenschaftskapital entgegenzustellen.“

In seinem Schlusswort forderte der Abgeordnete Trimborn — wie die „Rheinische Volkszeitung“ berichtet: „unter dem Weiffall der Versammlung“ — auf, für die Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems einzutreten und auch die Fraktion aufzufordern, „in diesem Sinne weiter tätig zu sein.“ — Wenn das Zentrum „in diesem Sinne weiter tätig“ ist wie bisher, dann dürfte es mit der Abschaffung des Dreiklassenwahlsystems noch gute Weile haben. Seit dem Windthorst'schen Vorstoß im Jahre 1873 hat das Zentrum in Preußen keinen Finger mehr gerührt, diesem System von Unrecht und Unfug ein Ende zu bereiten. —

Der Reichstag wird am 13. November wieder zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen 43 Petitionsberichte, darunter folgende: Arbeitsverhältnisse der Angestellten im Gastwirtsgerwerbe, Einführung einer kassellernen Umkleekasse für Grobwebereien (hierbei wird auch die betreffende Resolution der Steuerkommission beraten werden), Befähigungsnachweis für das Handwerkbefreiungsschuldendienst vom Militärdienst, Ausbau eines mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes. — Mit besonderem Interesse darf man den Erörterungen über eine Umsatzsteuer für Getreidemöhlen entgegensehen. Der Reichstag hatte bei der Verabschiedung der neuen Steuerergänzung auch eine Resolution angenommen, worin eine Umsatzsteuer für Getreidemöhlen gefordert wurde, jedoch verläutet bis jetzt nicht, daß das Reichskanzleramt dieser Forderung nähergetreten wäre. —

Gegen den Fleischwucher werden in Baden nun auch die Handelskammern und Stadträte vorstellig; die Konstanzer und Mannheimer fordern Öffnung der Grenzen zur Rindfleischzufuhr. Der liberale Stadtrat der Residenz Karlsruhe macht die Regierung auf die unterernährte Bevölkerung der Großstädte aufmerksam und will die Städte der badi'schen Städteordnung zu einem gemeinsamen Protest aufstacheln. Diese schwebeliche Gesellschaft hatte indes seinerzeit nur ein höhnisches Kacheln für die Bemühungen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die Regierung zum Kampfe gegen die Volksauszehrung zu bewegen. —

### Freisinn im Reichsverbande zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Die liberale „Münchener Allgemeine Zeitung“ brachte dieser Tage eine Notiz, die folgendermaßen begann:

Der Reichsverband in Bayern.

Vor kurzem hat sich ein Landesauschuss des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie für das Königreich Bayern gebildet, dem folgende Herren angehören: Hugo Barbed, Magistratsrat und Mitglied des Reichstages, Nürnberg.

Es folgt dem Namen des Magistratsrats von Nürnberg noch eine Reihe anderer nicht minder illustre. Sie interessieren uns indes weniger. Daß Nationalliberale dem Reichsverbande angehören, ist etwas natürliches. Herr Barbed aber ist waschechter Freisinnsmann, sogar einer vom linken Flügel und als solcher zum Reichstagsabgeordneten gewählt in Wahlkreis Fürth! Gewählt freilich mit Hilfe des Reichsverbandes, dem er nach erfolgter Wahl seinen tiefgefühlten Dank für die fröhliche und erfolgreiche Hilfe ansprach. Von solcher Dankagung bis zum Beitritt war freilich nur ein Schritt. Herr Barbed hat ihn getan und so ist der Reichsverband also auch Wandler des deutschen Freisinn geworden. Da seine Verleumdertat sich nicht allzusehr unterscheidet von der schiefen Kampfesweise, wie sie die „Freisinnige Rtg.“ in Reinkultur pflegt, so ist diese Vereinigung nur das finale gleichgültiger edler Seelen. Die Sozialdemokratie hat sicher nichts dagegen einzuwenden, wenn vor aller Welt gezeigt wird, daß der stolze deutsche Freisinn den Vorwurf des reaktionären Reichsverbandes gar nicht verschmäht. Traurig ist nur, daß eine solche Gesellschaft ungekraft das Wort Freisinn mißbrauchen darf.

### Die schlesischen Metallindustriellen endlich wegen Ausperrung unter Auflage.

In der Vorgeschichte zu dem Breslauer Kravallprozeß handelt es sich bekanntlich darum, daß die Unternehmern alle organisierten Metallarbeiter ausschperren. Die Arbeiter hatten daraufhin gegen die Leiter des schlesischen Metallindustriellenverbandes, Glasek und Reumann, ein Verfahren wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung und Erpressung beantragt. Die Staatsanwaltschaft und die Oberstaatsanwaltschaft hatten ein solches Verfahren abgelehnt. Nunmehr hat, wie im Prozeß gegen den Kaiserdeputierten festgestellt wurde, jetzt das Oberlandesgericht Breslau auf Antrag des Rechtsanwalts Heine-Verlin die Einleitung des Verfahrens auf Grund des § 153 Gewerbeordnung beschlossen.

Seit Jahren haben wir darauf hingewiesen, wie gegen Arbeiter alles mögliche in den § 153 der Gewerbeordnung, und in allerlei andere Strafgesetzbuchparagraphen hineingelegt wird, während Arbeitgeber, deren Koalitionen zwecks Aussperrung und Verhinderung gegen Aussperrung und Streiks offene Aufstellungen gegen den § 153 der Gewerbeordnung und gegen den Erpressungsparagraphen sind, falls die gegen Arbeiter zur Anwendung gelangte Auslegung der Gesetze auch gegen Arbeitgeber Geltung hat, bislang unverfolgt blieben. Man darf auf den Ausgang des Prozesses gespannt sein und mit Recht fragen, wann denn endlich gegen die anderen durch rechtswidrige Verträge koalitierten Industriellen, z. B. die Textilindustriellen eine ähnliche Auflage erhoben werden wird. —

Von dem Anklagemonopol der Staatsanwaltschaft. Wir haben in Nr. 183 unter der Ueberschrift „Eine Polizeität à la Breslau“ über die Erziehung des Arbeiters Verndgen in Köln-Vindendorf durch den Schuhmann Weiß berichtet. Der Erbschöffe war Kassierer des Vindendorfer Arbeitervereins und kam an dem verhängnisvollen Abend mit seiner Frau nach Hause. Als er eben seine Wohnung betreten hatte, sah er durchs Fenster, wie zwei Schutleute mit gezogenem Säbel hinter zwei jungen Leuten herliefen, ohne sie einholen zu können. Aus Reugier begaben sich Verndgen und seine Frau wieder auf die Straße. Wie die Frau des Getöteten berichtet und wie bis heute nicht widerlegt ist, hätten die inzwilischen zurückgekehrten Schutleute sofort den Verndgen geschlagen. V. soll mit dem Schuhmann Weiß früher einen Jwisst gehabt haben. Den ersten Schlag, so sagt Frau V., erhielt der Mann mit dem Revolver gegen die Stirn; dann seien die Schutleute trotz der flehentlichen Bitten des Mannes auch noch über die sich in geeigneten Umständen befindende Frau und die beiden ebenfalls herbeigekommen, taum der Schule entwachsenen Söhne hergeschaffen. Darauf habe der Schuhmann Weiß zwei Revolverkugeln auf Verndgen abgegeben, so daß dieser mit dem Aufse: „Ich bin getroffen; ich sterbe!“ hinsank. Nun habe der Schuhmann immer noch nicht von seinem Opfer abgesehen, sondern sich auf den am Boden Liegenden, dem schon ein Schuß in der Brust sah, gekniet und ihm eine dritte Kugel oberhalb der Schamfelle in den Unterleib geschossen. In der Leiche wurden drei Schuß- sowie schwere Hieb- und Stichwunden, ferner blutunterlaufene Stellen gefunden. Die Frau erhielt eine Säbelhieb über die Hand. Die Schutleute kümmerten sich nicht um den daliegenden Sterbenden. Weiß warf den Revolver, der

keine Dienstwaffe, sondern sein Privatigentum war, weg und entließ. Der anderen Tages in der Presse erscheinende Abbildung, von der Polizei herrührende Bericht erwieh sich als den Tatsachen aus schärfste widersprechend, wogegen die Angaben der Frau V. genau mit dem Befunde der Leiche übereinstimmen.

Im Laufe der Untersuchung wurde der Schuhmann dann in Haft genommen, vor vierzehn Tagen aber auf freien Fuß gesetzt, und wie ein Berichtshatter unwiderprochen melden konnte, ist das Verfahren gegen ihn eingestellt worden. Eine Begründung dieses rätselhaften Beschlusses hat die Öffentlichkeit nicht erhalten. Wie unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“, mitteilt, hat einer der vernommenen Zeugen es für böllig unmöglich erklärt, daß angeichts der von ihm gemachten Aussagen eine Gerichtsverhandlung gegen den Schuhmann unterbleibe. Auch die Frau des Erbschöffen hat öffentlich in der Presse erklärt, daß sie die reine Wahrheit gesagt habe und ihre Darstellung jederzeit beibehalten wolle. Die Staatsanwaltschaft hat trotz dieser furchtbaren Zweifel es nicht für nötig erachtet, durch eine öffentliche Gerichtsverhandlung den entscheidenden Vorkfall klarstellen zu lassen. Sie behandelt das Volk, das gebieterisch nach Aufklärung verlangt über die Vernehmung eines in der Blüte stehenden Menschenlebens, über den gewaltsamen Tod eines geachteten Bürgers und guten Familienvaters, anscheinend als nicht vorhanden. Und niemand kann die Staatsanwaltschaft zu anderem Handeln zwingen. Sie hat das Anklagemonopol. Wann endlich wird ihr dies absolutistische, widerfönnige Recht genommen? —

### Ausland.

#### Oesterreich.

Zum Goluhowski-Rücktritt wird aus Wien gemeldet:

Die Deutsche Volkspartei wird gemeinsam mit anderen Parteien den Ministerpräsidenten über den Rücktritt Goluhowski's interpellieren und fragen, ob die Demission nur auf die Aktion Ungarns zurückzuführen sei und ob der Ministerpräsident auch die Interessen Oesterreichs zur Geltung brachte und wahrte. — Die Interpellanten wollen durch die Interpellation ausdrücken, daß die Krisis nach gemeinsamen Gesichtspunkten zu beurteilen sei und daß die österreichische Reichshälfte daselbe Recht besitze, in dieser Angelegenheit vollen Einfluß zu nehmen wie die ungarische. Diese Anschauung müsse auch bezüglich der Berufung des Nachfolgers aufrechterhalten werden.

Das Eigenartige und Ungewöhnliche bei diesem Ministersturz ist, daß der unfähige Goluhowski nach seiner zwölfjährigen Tätigkeit schon gehen muß, ehe Franz Joseph einen anderen Minister des Äußeren parat hat. —

#### Zu den Gemeinderatswahlen in Graz.

Am 14. November finden die Neuwahlen der für den dritten Wahlbezirk ausgelassenen Gemeinderäte statt. Es wird zu einem heftigen Wahlkampf kommen, da alle Parteien sich gegen die sozialistischen Kandidaten verbunden haben und sich in einem Wahlaustrich konstituierten. Merikala, Aldeutsche und Deutschösterreichliche bilden die erlesene Gesellschaft.

Unter den Kandidaten für die Sozialdemokratie befinden sich nicht anderen Genossen Abgeordneter Refel und Genosse Dr. Schachel. Besonders gegen letzteren richtet sich die Agitation der Gegner, weil dieser in seiner Eigenschaft als Redakteur sich mit Erfolg energisch für die Sonntagsruhe der Handlungsangehörigen einsetzte. —

#### Schweiz.

##### Die „Schweizerfreiheit“.

Welch trauriges Handwert die politische Volkzeit der Schweiz ansieht, geht aus folgendem Aftensück hervor, dessen Original in die Hände des „Basler Vorwärts“ gelangte.

Das „Dokument der Schande“, wie der „Basler Vorwärts“ es richtig nennt, lautet:

Schweizerische Bundesanwaltschaft.

Bern, den 8. August 1906.

Ministère Public Fédéral.

An das Polizeidepartement des Kantons Basel-Stadt.

Vasel.

Herr Regierungsrat!

Bezüglich des Bürgerrechtskandidaten A. Camille, geb. 1805, Farbarbeiter in Vasel, über den Sie uns mit Schreiben vom 24. Juli abhin berichteten, wünscht das politische Departement nähere Auskunft über die Natur des Vergehens „Koalitionen“, das unterm 21. V. 1906 vor Polizeigericht Vasel dem Petenten zwei Tage Haft eintrug.

Wir bitten Sie hiermit höflichst, uns die gewünschten Angaben zukommen zu lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Für den Sekretär der Bundesanwaltschaft:

A. Lörcher.

Was hatte der Mann verbrochen? Darüber berichtet der „Basler Vorwärts“ folgendes: Nach dem Bericht des kantonalen Polizeidepartements konnte über ihn nichts Nachteiliges gesagt werden, als daß er im Jahre 1887 — als 22jähriger Jüngling — wegen Klammens eine Haftstrafe von einem Tage zu verbüßen hatte und daß er dieses Frühjahr auf die Demunziation einer nichtswürdigen Volkstanz hin wegen angeblicher Verletzung eines Streifbretters — „Uebertretung in Bezug auf Koalitionen“ heißt das Delikt im verbumten Deutsch der betreffenden Amtsstelle — zu einer zweitägigen Haftstrafe verurteilt wurde.

Diese letzte Verurteilung zu zwei Tagen Haft genügt nun, um den Petenten, der beinahe 20 Jahre in Vasel arbeitet und ebenso lange dort anständig ist, von der Aufnahme in den schweizerischen Staatsverband auszuschließen und sein Einbürgerungsgesuch ohne Mitgabe einer Begründung abzuweisen, nachdem die Bundesanwaltschaft durch das oben reproduzierte Schreiben die nötigen Anformationen eingeholt hatte. —

#### Frankreich.

Clémenceau soll nach einer Habas-Meldung nunmehr mit der Kabinettsbildung zustande gekommen sein und außer dem des Kolonialministeriums alle Portefeuilles glücklich an den Mann gebracht haben. Wenn die erwähnte Meldung richtig ist, so erhält das neue Ministerium folgendes Aussehen: Präsidium und Inneres Clémenceau, Justiz Guhot-Dessaigne, Auswärtiges Pichon, Unterricht Briand, Finanzen Cailaux, Krieg Piquart, Marine Thomson, öffentliche Arbeiten Barthou, Handel Doumergue, Ackerbau Ruan, Ministerium für Arbeiten und Gesundheitspflege Viviani.

Da Millerand für das noch ausstehende Kolonialministerium nicht in Betracht kommt, so wäre er also wieder Erwarteten leer ausgegangen. Man meint, das liege daran, daß er kein anderes Portefeuille als das des Äußeren übernehmen wollte, das Clémenceau aber seinem Freunde Pichon nicht vorenthalten zu können erklärte. —

#### Spanien.

Madrid, 23. Oktober. Eine Amnestie für Frey- und Streifvergehen unterzeichnete König Alfonso heute aus Anlaß des Namens-tages seiner Frau.

#### England.

London, 23. Oktober. Das Unterhaus nahm heute bei starker Präsenz die Tagungen der Herbstsession auf. Der Premierminister, Sir Henry Campbell-Bannerman, der bei seinem Eintritt in den

Saal von den Ministerialen stürmisch begrüßt wurde, erklärte, daß die Regierung beabsichtige, unverzüglich an verschiedene wichtige in ihrem Programm vorgesehene Maßnahmen heranzutreten, darunter auch an die Fertigstellung des Gesetzes über gewerbliche Streitigkeiten. Das Haus nahm dann die Beratung des Handelschiffahrtsgesetzes wieder auf.

Im Laufe der Session wird die Arbeiter- und die Unterrichtsfrage zur Erörterung gelangen und in den Beratungen einen breiten Raum einnehmen. Große Bedeutung wird der Haltung des Oberhauses zu diesen Fragen beigelegt, und man glaubt, daß ein Konflikt zwischen beiden Häusern unvermeidlich sein wird.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

### Die Gewerbe-Deputation und der paritätische Arbeitsnachweis der Glaser.

Auf Grund des Tarifvertrages, der im August dieses Jahres vom Zentralverband der Glaser mit dem Verband der Glaserinnen Berlins und der Vororte sowie mit den Glaserinnungen zu Berlin und Charlottenburg abgeschlossen wurde, ist der Arbeitsnachweis der Innung in einen paritätischen umgewandelt worden. Das Statut dieses Arbeitsnachweises enthält u. a. folgenden Paragraphen:

Die Arbeitgeber übernehmen die Verpflichtung, ihren Bedarf an Kräften, mit Ausnahme der Werkführer, nur durch Vermittlung des nachweis einzustellen, indem durch öffentlichen Anschlag in jedem Betrieb etwa antragende und arbeitssuchende Gesellen abzuweisen sind. In erster Linie werden die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der vorbenannten Organisationen berücksichtigt.

Auf Antrag des Kuratoriums müssen Gesellen, welche den Arbeitsnachweis nicht passiert haben, wieder entlassen werden.

Gegen diesen Paragraphen hat nun die Berliner Gewerbe-Deputation in einem Schreiben an die Innung, datiert vom 1. Oktober, Protest erhoben. Das Schreiben lautet:

Es ist zu unserer Kenntnis gelangt, daß die Glaserinnung beabsichtigt, ihren Arbeitsnachweis in einen paritätischen umzuwandeln und diesem das Regulatoriv des Arbeitsnachweises des Gesellen- bzw. Arbeitgeberverbandes zugrunde zu legen. Im § 9 dieses Regulatorivs ist bestimmt, daß die beiden Organisationen angehörenden Gesellen und Arbeitgeber bei der Arbeitsvermittlung vor den nichtorganisierten zu berücksichtigen sind. Besteht diese Absicht, dann weisen wir darauf hin, daß die Innung nicht berechtigt ist, eine derartige Bestimmung in die Geschäftsordnung des Arbeitsnachweises aufzunehmen, oder nach diesem Grundsatze ihren Arbeitsnachweis zu verwalten, denn eine solche Maßnahme würde Mißbilligkeiten und Unzufriedenheiten unter den Gesellen verursachen. Die Innung würde also damit gerade das Gegenteil der ihr gesetzlich zuzulassenden Aufgabe, die in der Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen besteht, erfüllen. Abgesehen hiervon, ist überhaupt den Innungsmitgliedern und Gesellen bei Benutzung der Innungseinrichtungen die Gleichberechtigung gesetzlich gewährleistet, die keinem von ihnen beschränkt werden darf, so lange er seinen gesetzlichen und statistischen Verpflichtungen der Innung gegenüber nachkommt.

Wir ersuchen daher den Vorstand, nach Möglichkeit darauf hinzuwirken, daß die Innung bei der Beratung über die Neueinrichtung des Arbeitsnachweises einen Beschluß in dem vorbenannten Sinne nicht faßt. Kommt dieser Beschluß doch zustande, so sind wir genötigt, ihn auf Grund des § 9 Absatz 2 der Gewerbeordnung aufzuheben.

Einem Berichte über den Ausfall der Beratung sowie der Einreichung des Protokolls hierüber sehen wir entgegen.

ges. Friedel.

Der erwähnte Absatz der Gewerbeordnung gibt der Aufsichtsbehörde die Macht, durch Geldstrafen die Befolgung der gesetzlichen und statistischen Vorschriften zu erzwingen. In der Sache selbst stützt sich die Gewerbe-Deputation hauptsächlich auf § 81a Absatz 2 der Gewerbeordnung, wonach Aufgabe der Innungen ist: „Die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen sowie die Fürsorge für das Herbergswesen und den Arbeitsnachweis“.

Man sollte nun meinen, daß der Gewerbe-Deputation das Bestehen eines paritätischen Arbeitsnachweises besonders am Herzen liegen müßte, da doch eine solche Einrichtung sehr geeignet erscheint, ein gedeihliches Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen zu fördern. Leider hat die Gewerbe-Deputation bereits einmal das Gegenteil bewiesen.

Ein paritätischer Arbeitsnachweis der Glaserinnung hat schon einmal bestanden, und zwar seit dem Jahre 1902. Er hat, wie die Meister selbst anerkannt, tadellos funktioniert. Im Jahre 1904 aber beschloß die Innung gegen den Willen der Gesellen, den Nachweis wieder einseitig zu gestalten, verlegte auch die Arbeitsvermittlung ausschließlich auf die Vormittagsstunden, so daß den Gesellen sogar die Kontrolle unmöglich wurde, wollten sie nicht ihre Arbeit veräumen und damit vielleicht ihre Stellungen aufs Spiel setzen. Als Grund für die Aufhebung der Parität gab die Innung an, der Nachweis sei von den Gesellen als Agitationsort für den Zentralverband und zu sozialdemokratischen Bestrebungen benutzt worden. An Gründen fehlt es ja den Arbeitgebern nie, wenn es gilt, die Rechte der Arbeiter zu vernichten. Zur Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses konnte der Innungsbeschluß jedenfalls nicht dienen, und mit Recht berief sich denn auch der Gesellenausschuß in seiner an die Gewerbe-Deputation gerichteten Gegenschrift gerade auf den Paragraphen 81a der Gewerbeordnung. Gleichwohl ergänzte die Gewerbe-Deputation auf Grund der Macht, die ihr der § 95 Absatz 4 der Gewerbeordnung gibt, die von dem Gesellenausschuß verlagte Zustimmung zu jenem Innungsbeschluß, der denn auch das gedeihliche Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen im Glasergewerbe gründlich zerstörte.

Nun aber, nachdem sich die Innung genötigt gesehen hat, die Gleichberechtigung der Gesellen bei der Arbeitsvermittlung von neuem anzuerkennen, hält es die Gewerbe-Deputation des Berliner Magistrats für angebracht, gegen eine Bestimmung aufzutreten, die den die Kosten tragenden organisierten Meistern und Gesellen ein gewisses Vorrat bei der Arbeitsvermittlung sichert und in gleicher Weise beiden Organisationen zugute kommt. Wer ohne Voreingenommenheit die Tätigkeit der Organisationen zu würdigen versteht, muß erkennen, daß gerade sie es sind, die durch Tarifverträge ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern fördern, soweit das unter den bestehenden Verhältnissen möglich ist. Gelingt es der Gewerbe-Deputation, die von ihr beanstandete Bestimmung der Geschäftsordnung des Arbeitsnachweises zu beseitigen, so kann das niemals zur Förderung, sondern nur zur Beeinträchtigung des gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen dienen.

Von der Gesellenorganisation ist nun die Angelegenheit dem Gewerbe-Deputierten unterbreitet worden, vor dem der Tarifvertrag für das Glasergewerbe, der auch die Anerkennung des Statuts und der Geschäftsordnung des Arbeitsnachweises in sich schließt, festgelegt wurde.

Die Forderungen der Bäcker-Gesellen in der Schlichtungskommission, die sich mit den Bescheidern der Gesellen über die Nicht-Einhaltung der Abmachungen, die Arbeitsvermittlung betreffend, beschäftigt, sind folgende:

1. Die Absetzung des Sprechmeisters Vogel wird verlangt. Die Schlichtungskommission soll dann die Wahl eines neuen Sprechmeisters vornehmen.

2. Bestimmungen sind zu treffen, welche eine gerechte Vermittlung durch den bestehenden Arbeitsnachweis garantieren, so daß keine Bevorzugung einer gewissen Seite (der Weiblen) stattfinden kann.

3. Der in den Vereinbarungen zugelegte Zentralarbeitsnachweis ist baldigst einzuführen.

4. Der Gesellenschaft soll gestattet sein, gegen tariffeindliche Meister vorgehen zu können.

5. Meistermitglieder der Schlichtungskommission dürfen keine Gesellenorganisation gründen, noch Propaganda dafür machen oder eine Organisation mit Geldmitteln unterstützen. Dasselbe ist den Gesellenmitgliedern verboten.

6. Sämtlichen Sprechmeistern soll verboten sein, Stellungen mit Kost und Logis zu vermitteln.

Eine öffentliche Schuhmacherversammlung, die am Montag bei Bernau in der Schwedterstraße tagte, erörterte die Frage: Ist der im vergangenen Frühjahr vorgelegte Mindestlohn für die Reparaturgeschäfte in Groß-Berlin durchzuführen? — Der Referent Dalki beantwortete die Frage dahin, daß der Tarif wohl in einem Teil der Vororte anerkannt werde, in Berlin aber, und besonders im Norden, sehr es in dieser Hinsicht sehr ungünstig aus. In den Geschäften, wo der Tarif vorgelegt und seine Anerkennung entschieden verlangt wurde, werde er durchgeführt. In einem großen Teil der Geschäfte dagegen hätten die Gehältern nicht Selbstbewußtsein genug gehabt, auf die Anerkennung des Tarifes zu bestehen. Der Umstand, daß der Tarif von einem erheblichen Teil der Arbeitgeber nicht beachtet werde, bringe die Gefahr mit sich, daß er auch von denen, die ihn anerkannt haben, wieder gedrohen werde. Es gelte deshalb, dem Tarif allgemeine Anerkennung zu verschaffen. Diese Aufgabe hätten die in den Reparaturwerkstätten beschäftigten Kollegen im kommenden Frühjahr zu lösen und sich zu diesem Zweck durch Stärkung ihrer Organisation vorzubereiten. — Nach reger Diskussion nahm die Versammlung eine in diesem Sinne gehaltene Resolution an.

### Deutsches Reich.

**Wahrung, Leberarter!** In Ralsow in Mecklenburg hat die Firma Steinlein vier Kollegen wegen ihrer Verbandszugehörigkeit gekündigt. Die Fabrik ist gesperrt für Verbandsmitglieder. Zugang von Blancheieren, Scherern usw. ist streng ferngehalten.

Der Zentralvorstand.

### Die Bewegung der Buchdrucker.

Es ist kein Scherz; der neueste Leitartikel des „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker beginnt: „Gad, Gadgadgad!“ Und in dieser Tonaart fährt dann der Verfasser durch den ganzen Artikel fort.

Unter der Rubrik „Mundschau“ wird dann der „Vorwärts“ für seine ruhige Beurteilung der Sachlage als „betrübt Lohgerber“ hingestellt. Da heißt es u. a.:

„Anerkennung verdient auch das Eingeständnis des „Vorw.“, wenn er von den nach seiner Leberzeugung unheilvollen Bestimmungen des Tarifes und des Organisationsvertrages spricht. Damit gibt das Zentralorgan zu, daß nach anderer Leberzeugung der Tarifvertrag keine unheilvollen Bestimmungen enthält. Und die Leute, die dieser Ansicht sind, bilden die überwiegende Mehrheit.“

Die „Korrespondent“-Redaktion muß ihr eigenes Blatt nicht lesen, sonst könnte sie das nicht behaupten. Unter allen Berichten im „Korrespondent“ findet sich nicht einer, nach welchem der Tarif von den Buchdruckern rückhaltlos als ein Musterwerk anerkannt worden ist. Wo man sich zur Zustimmung entschlossen hat, tat man dies aus schwerem Herzen.

Wir erhalten noch folgende Berichte:

In einer von etwa 400 Buchdruckern von Chemnitz und der näheren und weiteren Umgebung besuchten Allgemeinen Buchdrucker-Versammlung sprach der Redakteur Kexhäuser vom „Korrespondent“ über den neuen Tarifvertrag in ziemlich zweifelhafte Referat. Er bemerkte eingangs, daß der neue Tarifvertrag von höheren, größeren Gesichtspunkten aus beurteilt werden müßte, als es bisher geschehen sei. Der Widerspruch, der sich gegen den Tarif geltend gemacht und in Berlin und anderen Städten durch Ablehnung desselben zum Ausdruck gekommen sei, sei von außerhalb der Buchdruckerwelt stehenden scharfmacherischen Kreisen von rechts und links angefaßt und genährt worden. Großen Anteil daran haben — nach Kexhäuser — die „Leipziger Volkszeitung“ und der „Vorwärts“ und die anderen, vom Ausschuss dieser beiden lebenden Blätter. Für Tarifverträge fehle jenen Kreisen das Verständnis. Aber einen prinzipiellen Kampf könnten sie gegen Tarifverträge nicht mehr führen, weil die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung den Kampf um Tarifverträge darstellte.

Kexhäuser besprach dann die wichtigsten Positionen des Tarifes und versicherte, daß die Vertreter der Buchdrucker Welt für Wort einer genauen Prüfung unterworfen hätten. Schließlich hätte es sich nur um Annahme oder Ablehnung des Tarifes gehandelt. — Nach kurzer Diskussion fand gegen 4 Stimmen Annahme die folgende Resolution:

„Die heutige allgemeine Versammlung der Chemnitzer Buchdrucker, welche auch von Kollegen aus Burgstädt, Frankenberg, Gohndorf, Gornitz, Limbach, Lugau, Lichtenstein, Mittweida, Penig, Waldheim, Thum und Zschopau besucht war, erklärt sich nach dem Anhören des Referates unseres Kollegen Kexhäuser mit dem Abschlusse von Organisation zu Organisation, trotz verschiedener Mängel, einverstanden. Ganz besonders bedauert sie die Einführung des Verdienstes an den Schmalzmaschinen und die Beibehaltung der Lohnstaffel. — Wenn ein „Recht“ nicht zu erzielen war, so liegt das nicht an dem Eintreten unserer Gehilfenvertreter — denen wir heute noch unser ganzes Vertrauen entgegenbringen — sondern vielmehr an der ablehnenden Haltung der Prinzipale.“

Schließlich erwartet die Versammlung, daß die Prinzipale bei der Einführung des neuen Tarifes keine Schwierigkeiten bereiten werden, ferner, daß auch alle diejenigen Kollegen, welche mit mehr als 3 Mark über das Minimum entlohnt werden, eine angemessene Lohnaufbesserung erhalten möchten. — Da endlich Chemnitz eine der teuersten Städte Deutschlands ist, so sei die Versammlung bestimmt voraus, daß bei Festlegung der Lokalaufschläge für unseren Ort eine Revision in der Weise stattfindet, daß der Lohnzuschlag um 5 Proz. erhöht, also von 12½ auf 17½ Proz. festgesetzt wird. — Die Versammlung verspricht, mit aller Energie für die Ein- und Durchführung des neuen Tarifes tätig zu sein.“

### Im Zirkel herum!

Der bergbauliche Verein hat am gestrigen Tage der Siebenz-Kommission seine Antwort zugehen lassen.

Das Schreiben lautet:

Herrn B. Hammacher, Oberhausen.

Essen, 22. Oktober.

Die geehrte Zuschrift vom 10. d. M., durch die fünf Arbeiterverbände die Forderungen der in den Kohlengruben und allen Nebenarbeiten beschäftigten Arbeiter und zugefügt haben, ist in der heutigen Vorstandssitzung zur Vorlage gekommen. Der bergbauliche Verein erklärt wiederholt, diese Verbände nicht als Vertreter der Belegschaften anerkennen zu können und ist auch selbst nicht zuständig, über Lohnfestsetzungen Erklärungen abzugeben. Er muß es deshalb den einzelnen Belegschaften überlassen, in den gesetzlich gewählten Arbeiterausschüssen zu den erhobenen Forderungen Stellung zu nehmen.

Der Verein für bergbauliche Interessen:

ges. Kleine, Vögel, Junke.

Hier lehnt es also der bergbauliche Verein ab, mit der Siebenz-Kommission zu verhandeln und verweist die Bergleute an die einzelnen Belegschaften. Während er aber den Bergarbeitern gegenüber behauptet, es müsse den einzelnen Belegschaften überlassen bleiben, zu den Forderungen der Arbeiter Stellung zu nehmen, schreibt der Verein den Belegschaften diese Stellungnahme vor! Den Belegschaften wird „empfohlen“, ihren Arbeitern nachzuweisen, daß die Löhne „sprunghaft gestiegen“ sind; ihnen wird „empfohlen“, in den Zimmern der Buchdruckereibesitzer einzustimmen, daß die Industrielle eine solche Belastung nicht vertragen könne, weil die Kohlenpreissteigerung im letzten Jahre (man merke wohl: im letzten Jahre!) nur um 4 Prozent gestiegen ist. Und was die Forderung der Aufhebung der sogenannten Sperre betreffe, so könne angesichts eines Belegschaftswechsels von rund 27 000 Mann im Monat September gleich 120 Prozent der gesamten Belegschaft auf das Jahr gerechnet, von einer Beeinträchtigung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter nicht die Rede sein. Dieser Wechsel sei so bedeutend, daß er geradezu als eine Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter angesehen werden müsse und eine gewisse Beschränkung des fortwährenden Beschlusses der Arbeitstätigkeit von Seiten der Arbeiter dringend erforderlich sei. Die Belegschaften sollten sich nicht das Recht nehmen lassen, die ihnen geeignet erscheinenden Bergarbeiter anzunehmen oder abzulehnen.

Wenn nun die vom bergbaulichen Verein nach langer Verzögerung der Entscheidung an die Belegschaften verwiesenen Arbeiter bei diesen vorstellig werden, wird ihnen auf diesem Wege die vorgeschriebene abweisende Antwort des Vereins zur Kenntnis gebracht und die Belegschaften werden abschließend erklären, ohne Zustimmung des bergbaulichen Vereins nicht anders entscheiden zu können. — Welchen Zweck hat eine solche Politik? Zur Beruhigung der Bergleute trägt sie doch wahrlich nicht bei, wohl aber zu deren Aufregung. Wenn sich auch „Vegetation nicht einpöfeln“ läßt, so läßt sich aber auch der Hunger nicht abgewöhnen, und von statistischen Nachweisen über die Vorzüglichkeit ihrer Lage werden die Bergleute nicht satt. Schikt man die Grubenarbeiter mit ihren Forderungen dauernd von Pontius zu Pilatus, so dürfte doch einmal der Augenblick eintreten, wo sie zu Hause bleiben und den Herren überlassen, erst einmal untereinander darüber einig zu werden, ob sie den Grubenleuten etwas bewilligen wollen und was. Eine runde Ablehnung, ob vom bergbaulichen Verein oder von den Einzelbelegschaften, würde die Lage in unangenehmer Weise verschärfen.

Zum Rannheimer Hafenarbeiterstreik. Wie der Zentralverband der Maschinenisten und Heizer uns mitteilt, sind die bei dem Rannheimer Hafenarbeiterstreik in Betracht kommenden Kran- und Elevatorenführer nicht im Hafenarbeiterverband, sondern im Zentralverband der Maschinenisten und Heizer organisiert, und ist der günstige Erfolg des Streiks wesentlich der sofortigen einmütigen Arbeitsniederlegung dieser Berufsgruppe mit zuzuschreiben.

Die im Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter des Simonswertes in Albeda i. B. sind vorgestern in den Streik getreten, um sich gegen die Absichten der Fabrikleitung auf Vernichtung der Organisation zu wehren. Da die Firma alle Mittel in Anwendung bringt, um Arbeitswillige zu ergattern, ersucht die Streikleitung um Fernhaltung des Zugangs.

## Die Erjagwahl in Stade-Blumenthal.

Bei der heute vollzogenen Erjagwahl im 18. Hannoverschen Wahlkreise, der seither durch den verstorbenen national-liberalen Abgeordneten Sattler vertreten wurde, wurde nach der bis jetzt vorliegenden Zählung folgendes Stimmenergebnis festgestellt:

Stade, 23. Oktober. (B. Z. B.) Es wurden bis 9 Uhr abends gezählt: für Klavemann (Bund der Landwirte) 1100, Meding (Welfe) 417, Reefe (natl.) 2700, Otto (fr. Sp.) 1846, und Ebert (Soz.) 2200 Stimmen. Das Resultat aus 130 kleinen Landorten steht noch aus.

Ein weiteres Telegramm meldet:

Stade, 23. Oktober. (B. Z. B.) Bis 11½ Uhr war das Resultat von reichlich drei Vierteln des 18. Hannoverschen Reichstagswahlkreises wie folgt festgestellt: Ebert (Soz.) 5115, Reefe (natl.) 5114, Klavemann (B. d. L.) 2476, Otto (fr. Sp.) 2567, v. Meding (Welfe) 1157 Stimmen. Stichwahl zwischen Reefe und Ebert gilt als sicher.

An einen Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten, des Genossen Ebert, war von vornherein nicht zu denken, obgleich infolge des Wachstums in der proletarischen Wählerschaft eine Stimmzunahme zu erwarten war. Zu berücksichtigen war allerdings, daß diesmal eine polnische Sonderkandidatur aufgestellt worden war, die auf die Stimmen der in dem Wahlkreise angesiedelten zahlreichen polnischen Arbeiter spekulierte. Im übrigen waren keinerlei Überraschungen zu erwarten. Es ist annehmlich, daß auch diesmal wiederum Stichwahl zwischen dem national-liberalen und dem sozialdemokratischen Kandidaten stattfinden wird. Für den Fall dieser Stichwahl ist bereits von der freisinnigen „Weserzeitung“ ausgegeben worden, den national-liberalen Kandidaten zu unterstützen, da nur auf Grund eines liberalen Kartells der Liberalismus im Jahre 1908 als stärkerer Machtfaktor auftreten könne. Ob sich der Einfluß der Braunschweigischen Thronfolgeangelegenheit in einem Wachstum der welfischen Stimmen bemerkbar machen wird, vermag erst das endgültige Stimmenergebnis zu zeigen. Ebenso wird sich erst dann herausstellen, inwiefern die Lebensmittelsteuerung dem Nationalliberalismus Abbruch getan und Freisinn und Sozialdemokratie einen Stimmengewinn gebracht hat.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Unternehmerdünkel.

Kiel, 23. Oktober. (B. Z. B.) Die Direktion der Howaldt-Werke hat das Anerbieten des Gewerbe-Deputierten, auf Wunsch des Metallarbeiter-Verbandes in dem ausgedehnten Streik der Arbeiter der Werke zu vermitteln abgelehnt, da sie die Bewilligung des Metallarbeiter-Verbandes nicht als Vertreter ihrer Arbeiterschaft anerkennen könne.

Für das Frauenstimmrecht.

London, 23. Oktober. Während der heutigen Sitzung des Unterhauses verhandelten sich etwa dreißig bekannte Agitatoren für Erweiterung des Frauenstimmrechts Zutritt zu der Zentralschule neben dem House of Commons und veranstalteten dort eine Kundgebung. Einige riefen: „Gerechtigkeit für die Frauen! Stimmrecht für die Frauen!“, während andere Flaggen schwenkten. Die Polizei schritt alsbald ein, die Frauen weigerten sich aber, die Halle zu verlassen, und mußten mit Gewalt aus dem Bereich des Hauses entfernt werden. Die Anführerinnen der Kundgebung wurden nach der nächsten Polizeistation gebracht.

Die russische Revolution.

Rußlands Verkauf an das Ausland.

Nachstehenden Vorschlag der „Russisch-Amerikanischen Technischen und Handels-Compagnie“ an die amerikanischen Kommissionäre veröffentlicht die „Rjetsch“:

- 1. Eisenbahn in europäischen Rußland von Wladikawkas bis Tiflis, 30 000 000 Dollar. 2. Eisenbahn in europäischen Rußland von Petersburg bis Slawjansk, 50 000 000 Dollar. 3. Eisenbahn in Sibirien von Arzamas bis Chabarowsk, 125 000 000 Dollar. 4. Eisenbahn in Sibirien von Omsk bis Semipalatinsk, 23 000 000 Dollar. 5. Walderploitierung in Persien am Kaspiischen Meer, 1 000 000 Dollar. 6. Fischfang in europäischen Rußland auf den Wolga-Sandbänken bei Astrachan, 4 000 000 Dollar. 7. Schwefelbergwerke im europäischen Rußland im Kaukasus, 150 000 Dollar. 8. Graphitbrüche in Sibirien, an der chinesischen Grenze, 100 Meilen von der sibirischen Eisenbahn entfernt, 250 000 Dollar. 9. Goldfelder in Sibirien, 1200 Meilen von Irkutsk gen Norden entfernt, an den Ufern des Wilim, 5 000 000 Dollar. 10. Goldminen in Sibirien, 60 Meilen von der chinesischen Eisenbahn entfernt, 500 000 Dollar. 11. Goldfelder in Sibirien, 10 Meilen von der Transbaikai-Eisenbahn entfernt, bei Nerzhinsk, 2 500 000 Dollar. 12. Kupfer- und Eisenbergwerke in Sibirien, 60 Meilen von der Transbaikai-Eisenbahn entfernt, bei Tschita, 2 500 000 Dollar.

Alle diese Konzessionen können entweder verkauft werden, oder aber es können dafür besondere Gesellschaften gegründet werden. Die Konzessionen auf die Eisenbahnen werden in naher Zukunft von der kaiserlich russischen Regierung, die sich für den möglichst schnellen Bau dieser Linien zwecks wirtschaftlicher Entwicklung des Landes sehr interessiert, garantiert werden. Ob Sie die Geschäfte in Amerika oder Europa abschließen, in beiden Fällen werden Sie 5 Proz. von den Eisenbahnkonzessionen und 10 Proz. von den übrigen Unternehmungen erhalten, gleichgültig, ob Sie dieselben direkt oder indirekt zustande bringen.

Dieses Zirkular ist vom Präsidenten der Gesellschaft Graf Tiesenhausen unterzeichnet. Dieser selbst Graf Tiesenhausen ist Beamter des russischen Konsulats in New York! Der Vizepräsident der Compagnie Botreffi ist eine dem Konsul nahestehende Persönlichkeit.

Der Sinn des Schreibens ist klar: Die russische Regierung verschmäht keinen Weg mehr, um Geld und wiederum Geld zu erhalten. Wie hoch die Zahl der Millionen sein würde, die sie für alle feilgebotenen Schätze erzielen könnte, wissen wir nicht, sie würde aber sicherlich eine beträchtliche sein. Jedenfalls könnte die Regierung ihre Kasse wieder füllen und ihre Schändensherrschaft mit frischen Kräften fortsetzen, das Blut des russischen Volkes fließen lassen, zahllose neue Greuelthaten inszenieren. — Das russische Volk würde aber dafür dem Auslande tributpflichtig, die Reichtümer des Landes, die im Schoße der Erde ruhenden Schätze würden in fremde Hände wandern. Was schert sich die russische Regierung um das Wohl des Volkes, um die Zukunft des Landes, um die kommenden Geschlechter? Heute will sie herrschen, heute genießen und Blut vergießen! Nach ihr die Sintflut!

Die Reaktionäre verlangen Abschaffung der Goldwährung!!

Anlässlich des Kiower Kongresses der „Schlussischen Männer“ hat die ultrareaktionäre Zeitung „Kiewlanin“ das Programm des Verbandes des russischen Volkes, das vor kurzem in Petersburg angenommen wurde, vollständig veröffentlicht. Da heißt es unter anderem:

„Der Verband wird die Vermehrung der Zahl der Wertzeichen durch die Abschaffung der Goldwährung und die Einführung des nationalen Kreditwunders erstreben.“

Das wollen also die gegenwärtig mächtigsten politischen Elemente Rußlands, vor denen die Minister sich entschuldigen müssen, wenn jene mit ihnen unzufrieden sind.

Die „Ruhe“.

Da die Ereignisse der letzten Tage bewiesen haben, daß die russischen Hochschulen noch immer nicht in der gewünschten Weise funktionieren können, so ziehen es zahlreiche Studenten vor, ihre Studien im Auslande fortzusetzen, vorwiegend reichen Techniker ab.

Baltische Sorgen.

Vor etlichen Tagen entnahmen wir einem Demunziationsartikel der „Kreuz-Zeitung“ einige Sätze, in denen der bürgerliche Zintentuli die Ostseeprovinzen als Waffendepot für ganz Rußland hinstellt. Wir knüpften daran die Bemerkung, daß auf diese Weise die baltischen Genossen vom Auslande her zu ihrer Utarbeit angespornt werden. Die baltische Junterpresse machte auch wirklich durch den Abdruck des Artikels der „Kreuz-Zeitung“ die russischen Behörden auf die wichtige Entdeckung des reichsdeutschen Vandalenorgans aufmerksam, und schon berichtet das offiziöse Depeschembureau von neuen Massenarrestierungen und Massenhaftungen in Riga. Ganze Häuserkomplexe sind vom Militär eingeschlossen, zu Duzenden werden die Menschen in die Gefängnisse abgeführt. Alle Arrestlokale sind überfüllt, Männer werden in Frauengefängnissen untergebracht.

Die „Düna-Zeitung“ berichtet noch von Militärverstärkungen, die in Riga eintreffen. Jeder ankommende Zug enthält mehrere Wagen mit Soldaten, jeder abgehende Zug einige Arrestantenzüge mit politischen „Verbrechern“. Viele sind gefesselt, unter diesen bemerkt man frühere Angestellte der elektrischen Straßenbahn, die in einer Zahl von 500—600 aus Riga ausgewiesen werden! Seit dem 19. August streifen die Straßenbahner. Der Betrieb ist jetzt mit Hilfe von Militär auf einigen Linien eröffnet, die Wagen fahren aber seit der Aufforderung zum Vorkoff, die das Rigasche sozialdemokratische Komitee vor einigen Wochen erteilt, fast leer. Weinacht täglich kommen Unglücksfälle auf diesen Linien vor. Nach einer Zusammenstellung des „Nahfu Kalki“ sind vom 1. September bis zum 3. Oktober auf das Konto der Streifbrecher 87 schwere Verletzungen und mehrere Todesfälle zu schreiben. Die Stadtväter entziehen der Direktion nicht etwa die Konzession, sondern bezahlen noch einen Teil der Unkosten, die die Militärwachposten verursachen!

Am 12. Oktober sind wieder drei Personen vom Feldgericht zu Riga und zwei vom Feldgericht zu Mitau zum Tode verurteilt worden. In Lubanen (Lithland) sind fünf Personen „auf der Flucht“ erschossen worden. Rigasche Blätter sprechen von der Ernennung des Generals v. Böllers-Salomelsh zum Generalgouverneur der Ostseeprovinzen. Beim Hören dieses Namens allein verbreitet sich Grauen und Sorge; denn neben Orlov hat wohl niemand von den zahlreichen Satrapen des Jaren so viel unschuldiges Blut vergossen wie Böller-Salomelsh. Sein Wirkungskreis war, wie bekannt, Sibirien. Das arme Baltland geht wieder blutigen Zeiten entgegen. Die „Kreuz-Zeitung“ wird diese Maßnahmen der russischen Regierung mit Freuden begrüßen.

Die Sozialdemokratie Lettlands.

Unlängst hatte die Parteileitung eine Konferenz der Landpropagandisten (d. h. der Agitatoren unter dem Landproletariat) einberufen. Hierbei erwiderte sich, daß trotz der Laufende von hingerichteten, eingekerkerten und geflohenen Genossen auf dem flachen Lande der Partei noch immer circa 3000 organisierte Mitglieder angehören, die jederzeit bereit sind, in den aktiven Kampf einzutreten und auch seine Folgen auf sich zu nehmen. Im Vergleich mit dem Frühjahr ist die Zahl der organisierten Genossen auf dem flachen Lande gewachsen.

Auf der Konferenz wurde beschlossen, trotz aller blutigen Repressivmaßnahmen die Propaganda und die Organisation unter dem Landproletariat mit allen Kräften fortzusetzen, den ökonomischen und politischen Kampf gegen die Junker mit erneuter Kraft weiterzuführen und auch den betroffenen Einzelkampf gelten zu lassen, wobei nur immer die lokalen Verhältnisse in Betracht zu ziehen sind. Die Konferenz sprach sich gegen einen Massenwiderstand bei der diesjährigen Rekrutenaushebung aus, weil jetzt gerade zielbewusste sozialdemokratische Genossen im Peere nötig seien, um eine erfolgreiche Agitation unter dem Militär durchzuführen. Weiter beschloß die Konferenz, sich an den Dumatwahlen zu beteiligen.

Der niederrheinische Parteitag

tagte am Sonntag und Montag unter dem Voritze des Genossen Bühler-Essen im Volkshaus zu Hagen i. W. Es gehören zu dem Agitationsbezirk die 12 Wahlkreise des Regierungsbezirks Düsseldorf und die westfälischen Wahlkreise Hagen-Schwelm, Altena-Herlaken und Siegen. Teil nahmen außer dem Agitationskomitee 78 Delegierte, ferner die Reichstagsabgeordneten und Kandidaten des Bezirks, sowie die nach dem Statut zugelassenen Vertreter der Presse, zusammen 101 Genossen. Der Parteivorstand war durch den Genossen Molkenbühr vertreten. Aus dem gedruckten Geschäftsbericht hat der „Vorwärts“ schon am 7. d. M. die wichtigsten Angaben veröffentlicht. Aus dem von Gewehr-Eberfeld erstellten mündlichen Bericht sei noch erwähnt, daß die Aufgaben des Agitationskomitees sehr umfangreiche waren, fallen doch die drei wichtigsten Reichstagsnachwahlen in Essen, Hagen-Schwelm und Altena-Herlaken in das Berichtsjahr. Dazu kam, daß das noch nicht lange eingerichtete Sekretariat plötzlich verwaiste und die Stelle zwei Monate unbeetzt war. Dann übernahm sie Genosse Haberland-Barmen. Abgesehen von der Herausgabe eines Kommentars zum Kommunalprogramm sind aber alle Arbeiten ausgeführt worden und ist auch auf der ganzen Linie ein guter Fortschritt zu verzeichnen. Die Zahl der politisch organisierten Genossen ist im letzten Jahre um 40,9 Proz. gestiegen gegen 28,5 Proz. im Vorjahre. Der Bericht des Sekretärs sagt weiter: Man müsse endlich davon Abstand nehmen, immer Abgeordnete für Agitationstouren zu verlangen. Ein Abgeordneter Brauche über 6 Wochen, wolle er alle Orte des Bezirks, in denen Versammlungen möglich sind, berückichtigen. In der Legislaturperiode 1898/1903 hatte der ganze Westen (Rheinland-Westfalen) nur einen Abgeordneten (Eberfeld-Barmen), jetzt aber hat der niederrheinische Bezirk vier und der Dortmund-Bezirk zwei sozialdemokratische Abgeordnete, die nach Lage ihrer Verhältnisse alle ihre Schuldigkeit getan haben. Entsprechend dem Fortschritt der Partei sind die polizeilichen und richterlichen Verfolgungen gewachsen, die der Berichtsstatter an der Hand der gefehlischen Bestimmungen scharf kritisierte.

Der Bericht des Kassierers Vollens weist inklusive eines Zuschusses des Parteivorstandes von 1100 M. und eines übernommenen Kassenbestandes von 2477,72 M. eine Einnahme von 10 489,55 M. auf, dem eine Ausgabe von 9633,18 M. gegenübersteht. In der sehr eingehenden Debatte wurden gleichfalls die vielfachen polizeilichen Schikanen scharf gerügt, besonders aus den Kreisen Duisburg-Mülheim, Essen, Vennepe-Weitmann und Hagen. Ein unerhörter Zustand ist es, daß die Behörden oft Strafmandate erlassen für Tätigkeiten, die der oberste Gerichtshof längst als zulässig erklärt hat. Folgende Beschlüsse wurden zu diesem Punkte gefaßt:

Bei allen wichtigen Anlässen, mindestens alle Vierteljahr einmal, soll das Agitationskomitee die Kreisleiter zu einer gemeinsamen Besprechung einladen.

Die Kreisleitungen sind verpflichtet, halbjährlich genaue statistische Berichte über den Stand der Bewegung dem Agitationskomitee einzusenden.

Das Agitationskomitee soll eine praktische Anleitung für Versammlungsleiter und für die Verbreitung von Schriften herausgeben.

Die Kreisleitungen sind verpflichtet, eine Abschrift der vierteljährlichen Abrechnungen dem Agitationskomitee einzusenden.

Am zweiten Verhandlungstage referierte zunächst Genosse Haberland-Barmen über die Reichstagsersatzwahlen des letzten Jahres und die kommenden allgemeinen Wahlen. Die Erklärungen des Bezirks, die alle drei erteilte Resolvente aufweisen, haben uns eine Fülle von Hinweisen für die nächsten allgemeinen Wahlen gegeben, die der Redner im einzelnen erörterte. Selbst die Gegner haben schon wiederholt zu erkennen gegeben, daß die nächsten Reichstagswahlen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk mit bisher nie dagewesener Erbitterung geführt werden dürften.

Die Diskussion betraf die allgemeine politische Situation und die auf ein allgemeines Kompromiß gegen die Sozialdemokratie hinauslaufenden Bestrebungen der bürgerlichen Parteien. Unsere Partei beachtet wohl fortgesetzt die Bewegungen des Feindes, geht aber den ihr durch unsere Grundzüge vorgeschriebenen Weg geradeaus vorwärts. Dr. Laufenberg-Düsseldorf hat ausgerechnet, daß dem deutschen Volke durch die Zollpolitik seit den 70er Jahren etwa 40 Milliarden aus der Tasche geraubt worden sind. Er hält es für zweckmäßig, eine genaue Aufstellung darüber herzustellen, wieviel dem Reiche und wieviel den Agrariern durch die Zölle und indirekten Steuern geopfert werden mußte. Auch Genosse Molkenbühr griff in diese Debatte in sehr wirkungsvoller Weise ein. Auf eine Anregung in der Diskussion teilte er mit, daß der Parteivorstand bereits beschlossen habe, mit Beginn der Reichstagsstätigkeit eine allgemeine Protestbewegung gegen die Verteuerung der Lebensmittel einzuleiten. Die Wirklungen der neuen Zölle würden sich erst in nächster Zeit in ihrem vollen Umfange zeigen. Nicht auf glänzende Versammlungen und glänzende Redner solle man sich verlassen, sondern die Kleinarbeit, die Hausogitation müsse es in der Hauptsache bringen. Die unter dem Zwange des Sozialistengesetzes geschaffene innere Organisation müsse heute freiwillig überlebt werden und der dichtbesiedelte westliche Industriebezirk eigene sich dazu besonders gut. Ferner wurde in der Diskussion empfohlen, womit man schon in einigen Wahlkreisen begonnen hat, nämlich neben dem Ausbau der Organisation schon jetzt einen Kampffonds zur Freireitung der Wahlkosten anzulegen. Auf Antrag von Siegen wurde das Agitationskomitee beauftragt, für den Wahlkreis Siegen baldigst ein Flugblatt herauszugeben, das sich speziell gegen die Stöckerer richtet.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung betraf den internationalen Kongress in Stuttgart. Da entsprechend dem Mannheimer Beschlusse die Verteilung der Delegierten noch nicht stattgefunden hat, der niederrheinische Bezirk aber sicher drei Delegierte zu entsenden haben dürfte, wurden die Genossen Haberland, Gewehr und Dr. Laufenberg, und für den Fall, daß es vier sein sollten, noch Genosse Hengsbach-Köln als Delegierte gewählt.

Darauf hielt Stadtverordneter Reuber-Oblig ein instruktives Referat über die Kommunalwahlen. Der Vortrag sowie die sich anschließende Diskussion zeigten wieder, wach eine Fülle von Betätigungsmaterial uns auf kommunalem Gebiete geboten ist. Dank des insolge des hohen Jenus in Rheinland besonders ungünstigen Wahlsystems ist es in den rheinischen Großstädten den Genossen mit einer einzigen Ausnahme bisher nicht gelungen, Stadtverordnetenmandate zu erobern, aber in verschiedenen Städten steht die Entscheidung auf des Meßers Schmelde. Die Gemeindevahlkämpfe sind hier reine politische Kämpfe und werden mit dementsprechender Erbitterung geführt. Die herrschenden Klassen gebarden sich, als sei schon mit dem Einbruch eines sozialdemokratischen Stadtverordneten in ihre Privilegien das Ende ihrer Macht da. In den kleineren Städten und Landgemeinden des Agitationsbezirks gibt es nach dem Bericht 69 sozialdemokratische Vertreter. Auf dem Parteitag konnte aber mitgeteilt werden, daß in den letzten Tagen in zwei Orten des Wahlkreises Mülheim-Duisburg weitere fünf Mandate hinzugekommen sind. Dem terrorisierenden Großkapitalismus muß eben Stücken auf Stücken abgerungen werden; jeder Erfolg unserer Partei wiegt hier doppelt schwer. Abgesehen davon, daß die Gemeindevorteiler angewiesen werden, überall die Einführung der Wertzunwachstener zu beantragen, legte sich der Parteitag nicht auf weitere bestimmte Beschlüsse fest, sondern empfahl die gegebenen Anregungen, besonders die regelmäßige Einberufung von Konferenzen der Gemeindevorteiler dem Agitationskomitee zur Beachtung und vertraut die Kreisleitungen, daß das durch die Verhältnisse gebotene Notwendige geschehen werde.

Bei dem letzten Punkt der Tagesordnung, verschiedene Anträge, gab es noch eine lebhafte Debatte über die Agitation in der Jugend. Anträge von Solingen und Essen, die sich auf die Bildung von Bildungsausschüssen, Herausgabe von Flugblättern das Arrangement von Versammlungen, die Anstellung pädagogisch gebildeter Kräfte usw. beziehen, wurden dem Agitationskomitee als Material überwiesen mit dem Wunsche, daß im nächsten Jahre die Sache nach Möglichkeit gefördert und über das Ergebnis dem nächsten Parteitage Bericht erstattet werde. Beschlossen wurde auf Antrag Dr. Laufenbergs, überall der Errichtung von Lehrkursen näher zu treten, und das Agitationskomitee zu beauftragen, bis zum nächsten Parteitage zu ermitteln, inwiefern Genossen zur Verfügung stehen, die sich zu Lehrvorträgen eignen.

Der nächste Bezirksparteitag findet in Düsseldorf statt. Das Agitationskomitee behält seinen Sitz in Eberfeld.

Die letzte große Aktion der Leipziger Justiz gegen die „Leipziger Volkszeitung“.

Leipzig, den 22. Oktober.

Verhandlungsbericht.

Der Prozeß begann heute vormittag 9 Uhr im Landgericht zu Leipzig. Außer den bereits schon mitgeteilten Zeugen wurde noch Genosse Hähnisch, politischer Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ und — der berühmte Liman — geladen. Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses führte der Angeklagte, Genosse Seger zu seiner Verteidigung aus, daß der Artikel „In eigener Sache“ eine Abwehr darstelle gegen die Angriffe des Oberstaatsanwalts Böhme und auch die mehrfachen Angriffe der Professoren Lange und Franke und des Anklägers Hähnisch auf die Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“ und das Blatt selbst. Der Eröffnungsbeschluss rede zwar davon, daß der inkriminierte Artikel dem Oberstaatsanwalt Böhme den Vorwurf mache, daß er die glorievolle Methode der Verschönerung der „Leipziger Volkszeitung“ seit dem 9. Februar, seit dem großen Aufreizungsprozeß praktiziere, in Wirklichkeit habe er aber in früheren Prozessen — so am 20. Januar 1905 gegen den angeklagten Redakteur der „L. V.“, den Genossen Lange — erklärt, daß der Sauerbrennen der „L. V.“ getroffen werden müsse. Ebenso bezeichnete er den Genossen Lange in herabsetzender Weise als einen Styrredakteur, während sich die Schuldburgen feige zurückzögen. In ähnlicher Weise plaidierte er gegen denselben Genossen in einem Prozeß am 24. Februar. In dem großen Aufreizungsprozeß am 9. Februar begünstigte sich der Staatsanwalt nicht mit dem Angeklagten, der alle prozessualen Vorschriften beachte, sondern griff darüber hinaus insbesondere die politischen Redakteure an, die keine Freunde der Verantwortlichkeit seien, denen ihre Person möglicherweise zu lieb sei, und die deshalb die Vorwürfe für den besten Teil der Tapferkeit hielten. Ihr Verantwortlichkeitsgefühl hätte sie veranlassen sollen herzukommen und zu sagen: Wir sind es gewesen. (Tabelle!)

In dem dritten Falle nun handelt es sich um die Angriffe, die der Ankläger Hähnisch in der Privatbeleidigungsklage Liman gegen die „Leipziger Volkszeitung“ gerichtet hat, indem er nachdem, was der Liman in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ geschrieben hat, sagte, „es sei gerichtsnotorisch, daß die „Leipziger Volkszeitung“ ihre politischen Gegner in wüster und roher Weise beschimpfe“. Auch hier sei dieser Angriff, meinte Genosse Seger weiter, völlig deplaciert gewesen, denn Hähnisch habe nur einen Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ gegen die „Neuesten Nachrichten“ verlesen lassen, während er umgekehrt einen Weisheitsantrag abgelehnt habe, die Schimpfartikel der „L. V.“ gegen die „N. N.“ verlesen zu lassen. Der vierte Fall ist das Urteil aus einem schriftlichen Gerichtsbeschluss des Richters Franke, daß den sozialdemokratischen Redakteuren der „Leipziger Volkszeitung“ das ethische Empfinden für die Ehre ihrer Mitmenschen abhandeln gekommen sei und daß eine Besserung nur durch drakonische Strafen erzielt werden könne.

Auf die Frage des Vorsitzenden, was der Angeklagte unter dem „zur Ordnung rufen“ des Oberstaatsanwalts verstehe, bemerkte Genosse Seger, daß die politischen Redakteure eine Erklärung gegen Böhme erlassen hätten, worin sie dessen Vorwurf der Freizügigkeit gegen sie als eine leichtfertige Verdächtigung zurückwiesen. Diesen öffentlich erteilten Ordnungsruf habe Oberstaatsanwalt Böhme eingestekt, weil er ihn einstecken mußte. Oberstaatsanwalt Böhme rief darauf in den Verhandlungsfaal ganz erregt hinein: „Das habe ich nicht gemacht“. Es behauptete dann die Staatsanwaltschaft: Daß die politischen Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“ keine Freunde der Verantwortlichkeit seien, sei aus dem eigenen Lager, der „Mannheimer Volksstimme“ in einem Artikel „Augsblat“, der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, die die „Volkszeitung“ verlogen genannt hatte, sowie in dem „Korrespondent“, dem Verbandsorgan der Buchdrucker, dargetan worden. Gegen diese Aufführung bemerkte sowohl der Verteidiger Dr. Liebnicht als auch der Angeklagte, daß die Auffassung dieser Blätter einmütig von der sozialdemokratischen Presse zurückgewiesen worden sei.

Die Vernehmung des Oberstaatsanwalts Böhme

gestaltete sich zu einer schweren Niederlage für die staatsanwaltschaftliche Praxis gegen die „Leipziger Volkszeitung“. Seine Rolle, die er als Zeuge gespielt hat, wird am besten durch die Bemerkung des Vorsitzenden Adam charakterisiert: Herr Oberstaatsanwalt, Sie sind ja nicht der Angeklagte! Böhme gab ohne weiteres das in den Artikeln und Prozeßberichten der „Leipziger Volkszeitung“ behauptete zu und war verwundert, daß die im Prozeß Beteiligten eine andere Auffassung von der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit hätten. Die wenigste Zeit glaubte man, er sehe als Zeuge vor Gericht, sein Zeugnis klang wie ein Plaidoyer. Das Gericht lehnte die Weisheitsanträge ab, die darauf abzielten, die sozialdemokratische Tätigkeit Böhmes vor dem 9. Februar d. J. zum Gegenstand der Weisheitsbeurteilung zu machen. Dadurch wurde der Angeklagte verhindert, die staatsanwaltschaftlichen Anwürfe gegen den verstorbenen früheren Abgeordneten Albert Schmidt in Burgstädt, den Böhme in einer

Verichtsverhandlung einen gewerksmäßige Verleumder genannt hatte und deshalb retifiziert war, mit unter Beweis zu stellen.

Die beiden Rechtsanwälte Dr. Drucker und Dr. Häbler gaben über die staatsanwaltliche Praxis als objektive Behörde einen Aufschluß, der den übrigen Juristen schwer auf die Nerven fiel. So zeigte Rechtsanwalt Dr. Häbler, daß der Oberstaatsanwalt Böhm in seinem Plaidoyer am 9. Februar, in dem Aufreizungsprozeß gegen Hennig wenig auf die Sache einging, sondern seine persönlichen Leiden vortrug, daß die „Vollzeitung“ ihn persönlich so angreife. Juristisch — meinte Dr. Häbler — habe das Plaidoyer so gut wie gar nichts enthalten. Wegen dieser Aussage machte Böhm eine sorgfältige Einwürfe. Ferner zeigte Häbler an einem Beispiel — auf Befragen des Verteidigers Liebkecht — daß bei der Anklageerhebung der Grad von Objektivität zu vermissen sei, der nach seiner Ansicht von einem Vertreter der Staatsbehörden verlangt werden müsse. So behauptete Häbler, daß auf die Anzeige eines Unternehmers gegen einen Leipziger Gewerkschaftsleiter eine halboffene Anlage im öffentlichen Interesse wegen Verleumdung erhoben war — es handelte sich um den erweislichen Vorwurf des „Kontraktbruchs“ —, daß aber, als diese Anzeige in der Verhandlung zu Boden fiel, dann der Oberstaatsanwalt Böhm die Anklageerhebung im öffentlichen Interesse gegen den Unternehmer zu übernehmen ablehnte, obgleich der den Gewerkschaftsleiter einen „Verleumder“ genannt hatte. Derselbe zeigte ferner, daß der Amtsrichter Hänel seine Amnosität gegen Angeklagte aus dem Arbeiterstande so unverhohlen zum Ausdruck bringe, daß viele Beschwerden von Angeklagten und von Rechtsanwältinnen gegen ihn erhoben sind.

### Legende des Sigredakteurwesens

eine große Rolle spielte, wurde auf Antrag der Verteidigung der anwesende Redakteur Hähnisch als Zeuge darüber vernommen, daß man in der sozialdemokratischen Presse, besonders aber in der „Leipziger Volkszeitung“ das System des Sigredakteurwesens überhaupt nicht kenne. Hähnisch führte nun aus, daß sämtliche in Leipzig ansässigen Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“ verantwortlich zeichnen, und daß der verantwortliche Redakteur sowie jeder andere Redakteur auch geistig zu arbeiten hat.

Der Vorsitzende hatte im Laufe der Verhandlung erwähnt, ihm sei aus Burgen von der Sigredakteurhaft vor 12 Jahren etwas bekannt. Der Vorsitzende irt sich: vor 12 Jahren bestand in Burgen überhaupt kein sozialdemokratisches Blatt. Schon aus diesem Grunde kann kein sozialdemokratischer „Sigredakteur“ sich dort befinden haben.

Eine bezeichnende Episode bildete die Vernehmung des evangelischen Juden Johannes Liman, der neuerdings unter dem Namen „Der arme Porri“ als der typische Vertreter des Links- und Rechtschreibens der bürgerlichen Journale bekannt geworden ist. Es handelte sich darum, von Liman zu erfahren, ob Amtsrichter Hänel die Worte: „Es sei gerichtsnotorisch, daß die „Leipz. Volksztg.“ ihre Gegner in wüster und roher Weise beschimpfe“, in der Begründung des Urteils wörtlich so gesagt habe, wie sie in dem Artikel der „Neuesten Nachrichten“ — der literarischen Wladestelle Limans — als Worte des Urteils angeführt seien. Liman erklärte zunächst, daß er den Artikel möglichst weit gefächert, ihn aber jedenfalls vor der Drucklegung durchgesehen und zwar unter dem frischen Eindruck der Verhandlung. Er bestätigte damit, daß Hänel diesen Ausdruck gebraucht habe, nahm aber sofort seine bestimmte Aussage zurück, als er erfuhr, daß Hänel bestritt, diese Worte gebraucht zu haben.

Das Gericht lehnte es durch Beschluß ab, den Genossen Stadthagen darüber zu vernehmen, daß Böhm schon früher die Gefügigkeit hatte, sozialdemokratische Redakteure und Parteiangehörige zu beschimpfen, weil alles vor dem 9. Februar liegende unerheblich sei.

### Staatsanwalt Runge

führte ungefähr folgendes aus: In ihrem Kampfe gegen die Leipziger Justiz habe die „Leipziger Volkszeitung“ die Methode verfolgt, die Justiz so darzustellen, als ob sie fortwährend die „Leipziger Volkszeitung“ angegriffen habe; aber gerade umgekehrt sei dies der Fall. Sie habe ferner fortgesetzt in ihren Artikeln und in ihrer Berichterstattung über Gerichtsverhandlungen gegen die „Leipziger Volkszeitung“ immer — trotzdem die Richter ihr Urteil gesprochen hatten, mitgeteilt, daß ihre Redakteure wegen „angeblicher“ Verleumdung usw. verurteilt worden seien. Diese Artikel seien jahrelang erschienen, man habe immer gehofft, die „Leipziger Volkszeitung“ werde es selber mal über bekommen; aber da sie nicht damit aufhörte, habe man endlich beschloffen, die Anlage zu erheben. Vese man den unter Anklage stehenden Artikel umfassen durch, dann erkennt man, daß durch ihn die Tendenz geht, die Leipziger Justiz und ihre Vertreter in den Staub zu ziehen. Die vom Korrespondent, der Mannheimer „Vollstimme“ und der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ an der „Volkszeitung“ gelübte Kritik wolle er auch anführen. Nachdem der Staatsanwalt in längeren Ausführungen noch den Versuch gemacht hatte, die Amtstätigkeit der in dem Artikel „In eigener Sache“ beleidigt sein sollenden vier Leipziger Justizbeamten als eine Korrekture zu beweisen, beantragte er, den Angeklagten wegen Verleumdung zu einer empfindlichen Gefängnisstrafe zu verurteilen. Er sei in der glücklichen Lage, seinen Antrag aus § 188 aufrechterhalten zu können. Aber selbst dann, wenn das Gericht nicht darauf eingehe, bleibe die Anklage aus § 185.

### Das Plaidoyer Liebkechts

zergauste nicht nur die Ausführungen des Staatsanwalts, sondern ging mit der Leipziger Justiz grausam ins Gericht, indem es ungefähr folgendes ausführte: Der Staatsanwalt habe heute sein Plaidoyer auf die Tendenz der „Leipziger Volkszeitung“ zugespielt, was energisch zurückgewiesen werden müsse. Der Artikel „In eigener Sache“ sei nichts als eine Erwidrerung auf die Verleumdungen, die die vier Leipziger Justizbeamten gegen die „Volkszeitung“ ausgesprochen haben. Oberstaatsanwalt Böhm sei Vertreter derjenigen Behörde, die mal als „die objektive Behörde der Welt“ bezeichnet sei. Von Objektivität könne bei ihm keine Rede sein. Er habe von häßlichen Verleumdungen, dem Schimpf- und Beschandwerk in einem Plaidoyer gesprochen, das der „Leipziger Volkszeitung“ gelegt werden müsse, daß die Redakteure „seige wären und Mangel an Verantwortlichkeit litten“. Wir haben es hier mit einem Herrn zu tun, der in außergerichtlich subjektiver Weise seines Amtes waltet. Bei Böhm liege der Gedanke nahe von der grundsätzlichen Anwendung von zweierlei Maß gegen Angehörige verschiedener Parteien. Was Böhm heute als von ihm gesagt zugegeben habe, dede sich mit dem, was ihm in dem Artikel nachgesagt werde. Die „Leipziger Volkszeitung“ führe ebenso kräftige Töne, wie ungefähr Herr Böhm. Sie habe ein sehr feines Empfinden dafür, wenn einem Kämpfer ihrer Partei der Vorwurf der Feigheit gemacht werde. Die Sozialdemokratie kann politisch Feige nicht als ihrer wert betrachten. Endlich einmal sei auch in der Verhandlung die Legende von den Sigredakteuren zerstört worden und das, trotzdem am Anfang der Verhandlung Vorsitzender und Staatsanwalt es noch als gerichtsnotorisch bezeichnet hätten. Der Assessor Lange habe zugegeben, daß er die Tendenz der „Leipz. Volksztg.“ in den Vordergrund gerückt habe. Ueber Amtsrichter Hänel habe die Beweisaufnahme ergeben, daß er seine Funktionen nicht angemessen ausfülle.

Ran habe hier das Gefühl, daß das nicht mehr die objektive Behörde sei, sondern daß sie sich einem Feinde gegenüber sehe, den sie auf den Boden niederringen will. Auch heute wieder habe der Staatsanwalt mit seiner Bemerkung: „Der Artikel sei vom Jaun gebrochen“, dieselbe Methode angewandt, von der die „Volkszeitung“ dem Assessor Franke gegenüber von einem Gerede ins Blaue hinein mit Recht gesprochen habe. Die Justizbeamten ständen den Angeklagten gegenüber als Parteigänger. Die Prozesse seien dafür charakteristisch, daß die Angeklagten von den Beamten beschimpft und verdächtigt wurden, die zum Schutze der Bürger verpflichtet seien. Da mußte der Angeklagte die

Schlag zur Abwehr führen. Wenn nach der Tendenz geurteilt werde, dann werde das Ansehen der Justiz untergraben und das sei so wie so in Deutschland bedenklich ins Bankrott geraten. Können Staatsanwalt und Richter nicht ihre persönliche Meinung zurückhalten, so stürzen sie um, was sie schützen sollen. Er beantrage den Freispruch.

Nach einer kurzen Replik und Duplik zwischen der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft wurde die Urteilsverkündung, wie bereits mitgeteilt, auf den 29. d. M. ausgesetzt.

## Aus der Partei.

### Ein sozialistischer Wahlsieg in Paris.

Paris, 21. Oktober. (Fig. Ver.)

Die geeinigte Partei hat heute im Montmartre-Bezirk Cagnancourt einen glänzenden Erfolg davongetragen. Es war ein Gemeinderat an Stelle des verstorbenen unabhängigen Sozialisten Vegrandaiz zu wählen. Die geeinigte Partei hatte den Sattler Genossen Dherbecourt aufgestellt, gegen den eine Reihe von Kandidaten austraten, die sich alle in irgend einer Zusammenfassung den Namen „Sozialist“ beilegte. Der erste Wahlgang vor acht Tagen ergab kein endgültiges Resultat. Unser Parteikandidat erhielt 4300, der unabhängige Sozialist Blondel 3000, ein Radikalsozialist 2500, ein weiterer „Sozialist“ 500 und zwei andere Kandidaten ebenso unbestimmter radikaler Färbung gleichfalls 500 Stimmen. Etwa 1000 weiße Stimmzettel waren abgegeben worden, die dem Nationalisten zuzurechnen waren. Bei der heutigen Stichwahl kam es nun darauf an, zu zeigen, daß der Einigkeitgedanke in der sozialistischen Arbeiterbevölkerung des Bezirkes den Sieg über die alten Rivalitäten der verschiedenen Schulen davongetragen hat. Der Wahlskampf war sehr erbittert. Für Blondel lief das ganze radikale Kleinbürgertum zur Wahl. Trotzdem siegte Genosse Dherbecourt mit 6100 Stimmen. Ja, Blondel kommt erst an dritter Stelle. Die Nationalisten haben einen Ueberrumpelungsversuch unternommen und in der Nacht vor der Wahl unglückliche Plakate für den Kandidaten Charles Bernard angeschlagen, der beim ersten Wahlgang gar nicht kandidiert hatte. Er erhielt gegen 4000 Stimmen, während Blondel es nur auf 3800 brachte. Die geeinigte Partei hat also einen Bezirk erobert. Es ist kein Zweifel mehr, sie hat die organisierte Arbeiterschaft auf ihrer Seite. Was sich heute „unabhängiger Sozialismus“ nennt, ist außer dem republikanischen Spießbürgertum nur noch ein loser Haufen von allerlei abgeplitterten Gruppen und Wirtschaftsfreundschaften.

Der mecklenburgische Parteitag nahm am zweiten Verhandlungstag ein Kommunalprogramm an, das von einer Kommission vorbereitet war. Reichstagsabgeordneter Dr. Herzfeld-Vorlin hielt ein Referat über die Lage der Landarbeiter. Im Anschluß hieran wurde ein Antrag aus Schwerin verhandelt, eine Landarbeiterzeitung allmonatlich herauszugeben. Im Prinzip erklärte sich der Parteitag dafür. Die Einzelheiten sollen durch die Genossen in Rostock erledigt werden. Ferner wurde beschlossen, den Parteivorstand in Berlin zu ersuchen, ein Flugblatt zur Massenverbreitung über den Lebensmittelpreisanstieg herauszugeben.

Gemeindevahltag in Baden. Im Rathaus zu Kirchheim bei Heidelberg sind nun 24 Sozialdemokraten eingezogen, deren es bisher nur 3 waren. Die Opposition gegen die bisherige Kathansherrschaft hat in allen drei Klassen nahezu einen vollkommenen Erfolg zu verzeichnen. In der 2. und 3. Klasse — in letzterer mit 30 Stimmen Mehrheit — siegte die Liste unserer Partei. — Auch in Forst bei Bruchsal gewann die Arbeiterschaft im Kampfe um die 3. Klasse gegen die Kathauspartei. In beiden Orten wurde für die Arbeiterschaft die Wahl auf eine so unglückliche Tageszeit verlegt, daß die Arbeiterschaft vielfach nur auf Kosten ihres Tagelohnes das Wahlrecht ausüben konnte.

Die Organisations- und Parteitage. Die Rainzger Genossen erklärten sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden.

Von den Organisationen. In Mannheim macht die politische Organisation gute Fortschritte. Der Ortsverein zählte anfangs 1902 etwa 1200 Genossen; zu Beginn dieses Jahres waren es deren 2164 und heute ist die Zahl 3000 bereits überschritten. Eine bedeutende Zunahme (98) weist die erste Hälfte des Oktober auf, wobei jedenfalls der Parteitag von großem Einfluß gewesen ist.

Zur Erklärung des Genossen Heinrich Braun über sein Verhalten in der Wahlvereinsversammlung zu Fürstentwale und den Verlauf dieser Versammlung schreibt der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins Fürstentwale der „Märkischen Volksstimme“:

... Wenn Genosse Braun Zweifel darüber hegt, ob die Versammlung mit den Ausführungen der Diskussionsredner über den Stamperischen Artikel einverstanden gewesen sei, so irt er sich. Der in der Wahlvereinsversammlung vom Juli d. J. einstimmig gefaßte und auf der Generalversammlung des Kreiswahlvereins in Plaitzow vom 12. August d. J. verhandelte Antrag betreffend anderweitiger Regelung der Reichstagskandidatur sollte dem Genossen Braun Klarheit über die Stimmung der Fürstentwaler Parteigenossenschaft geschaffen haben. Wenn wir es in der letzten Versammlung vermieiden haben, einen Beschluß über unsere Meinung zu dem Verhalten in dieser strittigen Frage herbeizuführen, so ist dies nicht zum wenigsten im Interesse des Genossen Braun selbst geschehen...

### Die Sicherung der „Humanität“.

Die „Humanität“ veröffentliche die beiden Briefe, die zwischen der deutschen und der französischen Sozialdemokratie in Sachen der „Humanität“ getauscht wurden. Die Schreiben lauteten:

„Berlin, 12. Oktober.

Lieber Genosse Jaurès!

Wir haben zu unserem großen Bedauern erfahren, daß die „Humanität“ Gefahr läuft, zu verschwinden, wenn es der Partei nicht im letzten Augenblick gelingt, sich die nötigen Geldmittel zu beschaffen. Wir würden in dem Verschwinden der „Humanität“ ein großes Unglück erblicken, da es nicht nur die französische Partei, sondern auch die internationale betreffen würde. Ich bin von unserem leitenden Komitee beauftragt, Sie zu benachrichtigen, daß wir bereit sind, zur Verfügung unserer Bruderpartei Frankreichs 25 000 Frank für die „Humanität“ zur Verfügung zu stellen. Ich bitte Sie, dieses Anerbieten der Leitung der Partei mitzuteilen und mich davon zu benachrichtigen, ob unser Anerbieten angenommen worden ist. Dann senden wir Ihnen unverzüglich einen Scheck über 25 000 Frank an die Adresse, die Sie uns angeben werden. Wir hoffen und wünschen, daß es der Bruderpartei in Frankreich gelingen wird, die anderen Hilfsmittel aufzutreiben, die für die Sicherung des Bestandes der „Humanität“ notwendig sind.

Brüderliche Grüße

Ihr A. Bebel.“

Die Antwort lautete: „Paris, den 17. Oktober 1906.

Lieber Genosse Bebel!

Genosse Jaurès hat dem hiesigen Verwaltungsausschuß der sozialistischen Partei (französische Sektion der Arbeiter-Internationale) den Brief mitgeteilt, durch den der leitende Ausschuß der deutschen Sozialdemokratie der „Humanität“ eine Summe von 25 000 Frank zur Verfügung stellt. Der Ausschuß ist tief gerührt von diesem Schritt internationaler Solidarität, die über die Grenze hinweg einem Blatte zu Hilfe eilt, das, unter der politischen Kontrolle der Partei stehend, kräftig an dem Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie teilgenommen hat. Die Propaganda Frankreichs werden sich dadurch um so mehr ermutigt

fühlen, selbst ihre Pflicht bis zum Äußersten zu tun. Der Ausschuß bittet Sie, in seinem Namen und in dem der ganzen Partei dem leidenden Ausschusse unserer Bruderpartei Deutschlands seinen lebhaftesten Dank auszusprechen, und sendet Ihnen seinen brüderlichen Gruß.

Für den Nationalrat:

Das Sekretariat.

Louis Dubreuilh, Brade, Pierre Renaudel.“

Der Verband niederländischer sozialdemokratischer Gemeinderatsmitglieder hat am 14. Oktober zu Utrecht einen Kongreß abgehalten. Zur Erstellung von Aushang und Ratsschlüssen an die Gemeinderäte der Partei unterhält der Verband ein Informationsbureau in Amsterdam. In dieses Bureau wurden die Vorstandsmitglieder Tal, Loopuit und Bliegen gewählt. Der Kongreß erörterte dann die Frage der Regelung der im Dienste der Gemeinden tätigen Arbeiter und Angestellten. An der Besprechung nahmen die Vertreter des Gemeindefacharbeiterverbandes Van Hinte und König teil. Das Referat hielt Genosse Ter Laan. Es wurden als notwendig erachtet: Festsetzung ausreichender Minimallohne; Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziel des Achtstundentages, der in solchen Betrieben, wo Tag und Nacht gearbeitet wird, jetzt schon einzuführen ist; allgemeine Regelung der Aufstellungs- und Pensionverhältnisse.

Damit wurde über die Wasser- und Abwasserreinigung ländlicher Gemeinden beraten, und schließlich über die Arbeitslosenversicherung. Ueber diesen Punkt hielt Genosse Spielman den einleitenden Vortrag. Er sprach sich im allgemeinen für Gemeindefürsorge nach dem Genet System aus, jedoch so, daß nur den Gewerkschaften die Unterstützung gewährt werde. Entsprechend der Zentralisation der Gewerkschaften, die man jetzt in Holland mehr und mehr durchzuführen sucht, werde man später zu dem norwegischen System der Staatsunterstützung übergehen müssen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der „nicht genehmigte“, aber doch abgehaltene Lichtbilderabend. Die Parteigenossen von Kirchheim i. L. hatten für den letzten Sonntag einen Lichtbilderabend des Genossen Grempe-Berlin über „Die Freiheitskämpfe in England“ arrangiert. Am Tage zuvor bekam nun der Anmeldeur auf einem Briefbogen der Polizeiverwaltung folgendes Schreiben: „Der von Ihnen zum 21. d. M. angemeldete öffentliche Lichtbilderabend wird nicht genehmigt.“ Darunter stand eine unleserliche Unterschrift. Da zur Sicherheit eine öffentliche Versammlung angemeldet worden war, so ließen sich aber unsere Genossen durch die merkwürdige Zuschrift nicht fütren. Einer von den beiden überwachenden Beamten wies bei der Entgegennahme der Anmeldebescheinigung auf das „Verbot“ der Lichtbilder hin und warnte vor „Unannehmlichkeiten“. Genosse Grempe hielt nun zunächst ein Referat ohne Lichtbilder. Am Schluß desselben ging er auf die merkwürdige Zuschrift ein und führte aus: Die Zuschrift sei wohl auf einem Bogen der Polizeiverwaltung geschrieben, es fehle aber der Amtsstempel und bei der (wohl vom Bürgermeister herkommenden?) unleserlichen Unterschrift der Amtskarakter. Es handele sich also um eine Zuschrift rein privater Natur. Aber selbst wenn man sie als amtlich betrachten wolle, so könne dadurch der Lichtbilderabend nicht gehindert werden. Der Verfasser des merkwürdigen Schreibens habe ja nur den „Abend“ „nicht genehmigt“, er habe sich wohlweislich gehalten, den Lichtbilderabend zu verbieten! Auf Grund des komisch anmutenden Schreibens könne man sich ja nicht einmal mit Aussicht auf Erfolg beschweren bzw. klagen, da es ja immer heißen würde, es habe überhaupt kein „Verbot“ der Versammlung vorgelegen und der Staatsbürger müsse wissen, daß die Polizei in dieser Sache überhaupt nichts zu genehmigen habe. Der Verfasser der Zuschrift hätte sich aber geirrt, wenn er glaube, durch seine „Nichtgenehmigung“ den Einberufer der öffentlichen Versammlung und den Redner einzuschüchtern. Der Briefschreiber hätte sich doch sagen müssen, daß er es hier mit Sozialdemokraten, welche die Gesetze genau kennen, zu tun habe — und nicht etwa mit dem ängstlichen Bürgermeister von Köpenick. Wenn es nun die überwachenden Beamten wagen würden, die ordnungsgemäß angemeldete öffentliche Versammlung aufzulösen beim Beginn der Lichtbilder, dann würde man gegen diese im Beschwerde- und Klagewege wegen einer solchen durchaus ungesetzlichen Maßregel vorgehen! Die Versammlung entspreche allen Anforderungen des Vereinsgesetzes. In demselben stehe nichts davon, daß man nicht zur Unterstützung seiner Ausführungen Bilder, Zeichnungen, Lichtbilder oder ähnliche Objekte heranziehen dürfe. Die Behörden aber seien doch in erster Linie dazu da, die Gesetze zu respektieren, und daher warne er nochmals die überwachenden Beamten vor ungesetzlichen Maßnahmen. In der dem eintretenden Punkte berieten die beiden Beamten eifrig miteinander. Als dann der Lichtbilderabend begann, zeigte es sich, daß die Rechtsbelehrungen doch gewirkt hatten, denn die beiden Beamten stürzten den dann glatt zu Ende geführten, „nicht genehmigten“ Lichtbilderabend in keiner Weise!

Die Theaterabstimmung in Dortmund ist bereits im Unterhaltungsblatt der vorgestrigen Nummer unseres Blattes gemeldet. Unser Dortmund-Versteher, die „Arbeiterzeitung“, schreibt zu der Heldentat der Dortmund-Versteher:

„Die Dortmund-Versteher sind von dem Magistrat, an dessen Spitze das Ausschichtsratsmitglied der Harpener Bergbau-Gesellschaft, Schmiebing, steht, sowie von einem Stadtvorordnetenkollegium, in dem Zentrumsleute die erste Rolle spielen, allherd gewohnt. Trotzdem hat die unruhigliche Vereitelung der Arbeiterversteher große Erregung hervorgerufen. Die Dortmund-Versteher wissen, daß durch die Vorstellung keine Rechte verletzt, daß durch sie niemand geschädigt worden wäre. Und deshalb erblickt man in den Kreisen der Arbeiter in der Verweigerung der Theaters eine Schikane seitens des Kollegiums und des Magistrats. Man ist sich klar, daß das Verbot, da es in erster Linie auf das Treiben der Schwärzen zurückzuführen ist, vor allen Dingen auf politischen Beweggründen beruht.“

Ein angelegliches Postkottvergehen. In Götting wurde vom Schöffengericht der Genosse Emil Lange zu 100 M. Geldstrafe eventuell 20 Tagen Haft verurteilt. Er war beschuldigt, beim Bestreichen einiger Häuser mit der Inschrift: „Das Sozial ist bohottiert“ Beihilfe geleistet zu haben.

Blinder Eifer. Die Breslauer „Vollmacht“ berichtet: Wegen eines Vortrages, den er in Ostwig in einer Bauarbeiterversammlung gehalten hatte, war gegen den Genossen Dandeder Rentlich eine Unteruchung wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten eingeleitet worden. Die Aufreizung wurde darin erblickt, daß Rentlich zur Stärkung der Kassen der Organisationen mit dem bekannten Wille vom „Sammeln von Munition“ aufgefordert hatte. Nur muß der Staatsanwalt unserem Genossen mitteilen, daß jenes Verfahren eingestellt worden ist.

Strasskott der Presse. Das Reichsgericht verwarf am Montag die Revision des Genossen Adler von der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ gegen ein Urteil des Landgerichts zu Kiel vom 6. Februar, das ihn wegen Verleumdung der Marineverwaltung mit drei Monaten Gefängnis belegte.

## Soziales.

### Jahresversammlung des wissenschaftlich-humanitären Komitees.

Die Jahresversammlung des wissenschaftlich-humanitären Komitees fand vor einigen Tagen statt. Dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß die Ausdehnung des Komitees in steter Zunahme begriffen sei. Die Höhe der Beiträge betrug im letzten Jahre 18 000 M. An periodischen Publikationen gibt das Komitee das Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen und die Monatsberichte heraus. Im letzten Geschäftsjahre seien 320 Anfragen bezüglich Differenzialität eingegangen. Im Laufe der Verhandlungen wurde beschlossen, sich, wie bisher, auf ein rein wissenschaftliches Arbeiten und dessen Verbreitung zu beschränken, von allen radikalen und

Aber das Ziel hinauschiebenden Nebenströmungen aber sich fern zu halten.

### Das Fehlen eines Angekligten wegen Wahrnehmung eines Termins kein Entlassungsgrund.

Der Buchhalter Walter A. war von seinem Chef, dem Kustern- und Kassenhelfer Gustav Ad. Kadi, ohne Innehaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist sofort entlassen worden, weil er sich am 12. Juli früh zu einem um 1/10 Uhr vor dem Roabiter Kriminalgericht anberaumten Termine hatte Urlaub geben lassen und an demselben Tage nicht mehr ins Geschäft gekommen war. Der Buchhalter, der gestern vor der ersten Kammer des Kaufmannsgerichts einen Klageanspruch von 150 M. gegen die Firma erhob, machte in der Verhandlung geltend, daß er zwar zu 1/10 Uhr an dem in Frage stehenden Tage vorgeladen war, daß die Sache aber erst gegen 6 Uhr nachmittags zur Verhandlung kam. Diese Angabe wurde durch die seitens des Kaufmannsgerichts vom Landgerichtsdirektor Rosenburg eingezogenen Erkundigungen bestätigt. Der Vorsitzende Magistratsrat Tschow legte angesichts dieser Sachlage dem Beklagten nahe, sich zu vergleichen, dieser lehnte aber jede Einigung ab und bestand auf prinzipieller Entscheidung. Er führte aus, daß dann der Kläger immer noch um 1/27 Uhr hätte im Geschäft sein können, worauf ihm aber der Vorsitzende erwiderte, daß wenn man von 1/10 Uhr früh bis 6 Uhr nachmittags auf den Korridoren des Kriminalgerichts warten müsse, man wohl zu „mürbe“ sei, um noch Arbeitsfähigkeit zu besitzen.

Das Kaufmannsgericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung von 150 M. Der Kläger habe seiner Pflicht Genüge getan, indem er vor dem Geklagten unter Angabe des wahren Grundes den Chef um Urlaub anging. Für die Terminverspätung treffe ihn auch kein Verschulden, ebensowenig, wie er dem Prinzipal über sein Eintreffen im Geschäft etwa per Telefon hätte bestimmte Angaben machen können. Der Kläger hatte sogar die Pflicht, vor dem Verhandlungsraum auszuharren, bis seine Sache aufgerufen würde, da es auch oft vorkommt, daß eine Sache außer der Reihe hinweg verhandelt wird.

## Die Scharfmacher in der Holzindustrie.

Eine ganz erhebliche Verschärfung der Situation in der Berliner Holzindustrie ist durch die Beschlüsse einer Versammlung der Tischlermeister und Holzindustriellen Groß-Berlins eingetreten, die gestern (Montag) abend bei einer Beteiligung von mehr als 2000 Personen in den Konfordinälen stattfand. Die Vorstände sämtlicher Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie waren vertreten. Die Referate des Vorsitzenden der Freien Vereinigung der Holzindustriellen Plathen und des Obermeisters der Tischlerinnung Rahardt gipfelten in der Parole: Scheitern die Verhandlungen, so wird ausgepickert, ohne Vertrag keine Arbeit! Zur einstimmigen Annahme gelangte folgende Resolution:

„Die heute tagende Versammlung der Tischlermeister und Holzindustriellen Berlins und der Vororte nimmt Kenntnis von den Forderungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes und beschließt:

1. In Ermägung, daß bei der heutigen Ausnutzung der Holzbearbeitungsmaschinen auch in den kleinsten Werkstätten die physische Arbeitskraft unserer Arbeiter nur noch in geringem Maße in Anspruch genommen wird und die gegenwärtige Arbeitszeit nur 8 Stunden 40 Minuten durchschnittlich pro Tag beträgt, kann eine weitere Verkürzung derselben auch in Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit des hiesigen Gewerbes nicht zugestanden werden.

2. In weiterer Ermägung, daß der Durchschnittslohn unserer Holzarbeiter, nach der eigenen Statistik des Deutschen Holzarbeiterverbandes 35,10 bis 38,83 M. und der Wochenverdienst tüchtiger Arbeiter sogar 50 bis 60 M. und darüber beträgt, daß ferner die Berliner Holzindustrie mit derartig hohen Löhnen sich an der Spitze aller Gewerbe steht, wird das Verlangen nach weiterer Lohnenerhöhung mit Entschiedenheit zurückgewiesen.

3. Die Forderung einer allgemeinen Lohnenerhöhung bei Akkordarbeiten oder einer teilweisen Beseitigung der Letzteren muß als undiskutabel abgelehnt werden.

4. Die obligatorische Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises durch die Arbeitgeber würde die Arbeitnehmerorganisationen ermöglichen, inwiefern Arbeitgeber schwerer zu schädigen.

5. Die Abschlagszahlungen bei Akkordarbeiten bleiben in der bisherigen Weise bestehen. Die Festsetzung einer Minimalabschlagszahlung von 27 M. wöchentlich für jeden Arbeiter ohne Rücksicht auf seine Leistungen wird abgelehnt.

6. Die Versammlung beauftragt die Vorstände, auf Grundlage der von den Arbeitgebern auf dem Gewerbegebiet bekanntgegebenen Bedingungen die Verhandlungen fortzusetzen.

Dieser Einschüchterungsversuch der Scharfmacher in der Holzindustrie wird natürlich auf die Beschlüsse der Arbeiterorganisation wenig Einfluß ausüben. Der größte Teil der Holzarbeiter wird jedoch erstaunt sein über die Lohnziffern, die in dieser Resolution aufmarschieren. Es ist ja ein alter Trick des Unternehmertums, ins Blaue hinein über die riesigen Löhne „ihrer“ Arbeiter zu fabeln, wenn die Arbeiter es wagen, einen geringen Teil von den Profiten der Unternehmer zu verlangen.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

## Aus Industrie und Handel.

„Hibernia“. Der Bruttoertrag der Bergwerksgesellschaft „Hibernia“ betrug im dritten Quartal 8 570 710 M. gegen 8 723 804 M. im vorigen Quartal und 2 947 704 M. im dritten Quartal des Vorjahres.

Das letzte Quartal hat mithin gegen die gleiche Zeit des Vorjahres ein Mehr von annähernd 1 Mill. Mark = 34 Proz. erbracht. Und da sollen Preisauflagen notwendig sein, um die Lohnforderung der Arbeiter zu erfüllen.

Die Preisstrände bleiben in Bewegung. Der Kupferrohverband hat, wie der Düsseldorf „Generalanzeiger“ meldet, den Grundpreis um 5 M. auf 273 M. per 100 Kilogramm ab heute erhöht. — In der letzten Sitzung des Verbandes deutscher Werksfabriken wurde laut „Kölnischer Zeitung“ beschlossen, den bisherigen Preisauflagen auf emailierte Herde von 5 auf 7 1/2 Proz. zu erhöhen. Außerdem soll statt des bisherigen Aufschlages von 1,25 M. und 1,50 M. auf Messing- und Nickelblech ein solcher von 2 M. und 2,50 M. berechnet werden.

Lothringer Hüttenverein Kamen-Friede in Krenkingen. Der Rohgewinn für das letzte Geschäftsjahr stellt sich auf 6 328 164 M., gegen 4 364 488 M. im Vorjahre. Aus dem Reingewinn von 3 280 608 M., 1 490 371 M. im Vorjahre, werden 8 Proz. Dividende verteilt.

Eine sofort zahlbare Dividende von 20 Proz. — 10 Proz. im Vorjahre — beschloß die Generalversammlung der Porzellanfabrik Lorenz Gutschnechtler, A.-G., in Selb, Bayern.

### Deutsch-dänisch-westindische Schwindelotterie.

Zu Anfang des Jahres 1903 schien der Verkauf der dänisch-westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten nahe bevorzustehen. Die Bevölkerung wollte gern amerikanisch werden. Amerika war bereit, die Inseln zu kaufen und das dänische Ministerium Deunger war ebenfalls für den Verkauf. Das Kollerting stimmte dem Verkaufsvorschlag der Regierung zu, aber das Landsting verwarf den Vorschlag mit einer Stimme Mehrheit. Die Landstingpatrioten nahmen damals den Mund recht voll, 4 Millionen Kronen wollten sie

auf den Tisch legen, wenn der Verkauf nicht zustande komme, und damit sollte eine neue Kolonisation der Inseln ins Werk gesetzt werden. So sagten sie. Aber als es zum Klappen kam, gelang es ihnen erst nach langem und schwerem Bemühen, durch Aktienzeichnung rund 1 1/2 Millionen aufzubringen, der Rest mußte gegen hohe Renten durch Pump herbeigeschafft werden.

Dann tauchte der Gedanke auf, dem wirtschaftlichen Ruin der Inseln durch eine Lotterie zu steuern. Der dänische Reichstag stimmte dem zu, und nur die Sozialdemokraten protestierten energisch dagegen.

Trotz aller Phrasen und Verlockungen führte die Lotterie nach Verlauf von kaum zwei Jahren zu einem schmachvollen Fiasko. Da gelang es im letzten Augenblick ein Paar Käufer für den ganzen Schwinkel zu finden, zwar nicht in Dänemark, wohl aber in Deutschland, die Herren Koffe und Stern. Ende April und Anfang Mai dieses Jahres gelang es dann auch, im dänischen Reichstag eine Abänderung des westindischen Lotteriegesezes durchzuführen, die der Ausbeutung der Spielbeiwahrscheinlichkeit noch weit mehr Raum als bisher bot. Die Sache wurde mit solcher Geschwindigkeit durchgepeitscht, daß unser Parteigenosse Harald Jensen nur eben Zeit fand zu erklären, der dänische Staat stelle sich durch diese neue Lotterie auf eine Stufe mit Monaco.

Die Zahl der Lose wurde durch das neue Gesetz von 25 000 auf 50 000 erhöht, und an Stelle der früheren 8 Ziehungen treten nun 12, verteilt auf zwei halbjährliche Serien. Mit Gewinnen von bis zu 650 000 Fr. wird Wellame gemacht, aber die höchsten Gewinne sind von so seltenen Zufällen bedingt, daß sie kaum jemals ausgezahlt werden können. Der höchste Gewinn wird nur dann erreicht, wenn das große Los just auf die letzte Nummer, die gezogen wird, fällt. Geschieht dies Wunder, dann wird zu dem Hauptgewinn so viel in Form einer Prämie zugelegt, daß die Summe von 600 000 Fr. voll wird.

Die 50 000 Lose kosten 300 Fr. das Stück im Jahr, was also 15 Millionen Jahreseinnahme ergibt. Die Gewinne betragen 10 Millionen, so daß 5 Millionen teils in die Taschen der Kapitalisten fließen, teils dem dänischen Staat zufallen, um dem chronischen Defizit in der Verwaltung der westindischen Inseln abzuwehren.

Mit der Agitation für die Lose ist dieser Tage begonnen worden. Die sozialdemokratische Presse Dänemarks ist eifrig befreit, das Volk über die „patriotische“ Schwindelotterie aufzuklären, und unser kopenhagener Bruderorgan schreibt unter anderem:

„Die goldene Zeit, die nun vielleicht kommen wird, wird wesentlich den Herren Koffe und Stern dienen, die mit Hilfe der Landmannschaft, der Privatbank und dreier großer ausländischer Banken die Lose über die ganze Welt verkaufen werden, versehen mit dem dänischen Reichstempel und unter Garantie des dänischen Staates. Auch hier zu Lande werden die Jettel von den Deutschen feilgeboten werden, obwohl sonst der Verkauf deutscher Lotterietitel auf dänischem Boden bei Strafe verboten ist und obwohl diese dänisch-deutschen Lose ein viel frecheres Attentat auf die Taschen leichtgläubiger Leute sind als die verbotenen ausländischen Lotterietitel.“

## Versammlungen.

Die Arbeiterbildungsschule hielt ihre ordentliche Generalversammlung am Donnerstag im Gewerkschaftshause ab. Zum Vorstandsbereich für die Vorstehende L. amé aus, es hätten 4 Vorstandssitzungen, 2 Ausflüge und 2 Sonntagsversammlungen stattgefunden. Das Schulkalender befindet sich seit Oktober dieses Jahres Grenadirekt. 37, da das erst in Aussicht genommene Lokal in der Alexanderstraße für die Schule nicht zu haben war, auch Versuche, den Arbeitsnachweis der Holzarbeiter oder der Brauereiarbeiter zu erhalten, an dem Widerstande der Unternehmer und des Herrn Dr. Freund scheiterten. Die Mitgliederzahl beträgt 608, davon 60 Damen und 548 Herren. S. Königs gibt den Kassenbericht. Die Einnahmen inklusive Bestand von 2. Quartal betragen 7019,88 M., die Ausgaben 721,35 M., so daß ein Bestand von 6298,53 M. verbleibt. Durch Neuanstellungen im 4. Quartal ist der Kassenbestand wieder erheblich zusammengeschumpft. Die Bibliothek war geöffnet an 12 Abenden und wurde von 124 Personen, 49 Damen und 75 Herren, besucht. Entliehen wurden 131 Bände und verteilten sich dieselben auf folgende Fächer: Politik, Nationalökonomie und Sozialpolitik 32, Vorkurs und Statistik 8, Geschichte, Kulturgeschichte und Biographie 6, Naturwissenschaft, Geographie, Reisen und Gesundheitspflege 9, Philosophie, Ethik und Religion 8, Literatur: Deutsche 32, Ausländische 14, Pädagogik und Volkserziehung 8, Kunst und Technik 4, politische und gesellschaftliche Protokolle und Jahresberichte 3, Reden und Zeitschriften 2. Als Bibliothekare wurden gewählt Mähe, Vergante und Plüschke, als Internirichtsdirektor Frau Paue, Fräulein Keil, Kreplin, Wohlgethan, Edel und Krüger, als Revisoren Haumerjen und Niesel.

Unter Schulangelegenheiten beantragten Fräulein Hoffmann und Kopenhagen in das Schulkalender tagsüber als Lesestelle zu benutzen. Die Gewerkschaftskommission sei bereit, einen Teil der Kosten zu tragen. Kreplin sprach sich dahin aus, daß die Gewerkschaftskommission die gesamten Kosten tragen müsse, da die Vorkurs der Schule zu knapp seien. Den Raum solle aber die Schule zur Verfügung stellen. Die Versammlung stimmt einer Ueberweisung dieses Antrages an den Vorstand zu. Friedmann kritisiert sodann den letzten Geschichtsunterricht des Genossen Maurenbrecher, vor allem seine Rechtfertigung des bayerischen Subhandels bei den Bundtagswahlen, die Verneinung eines Gegensatzes zwischen Revisionisten und Radikalen in der Partei, sowie überhaupt die zu subjektive Darstellung des Lehrers. Nach seiner Auffassung soll der Lehrer einer Schule als Pädagoge wirken und objektiv jede Meinung zur Darstellung bringen; sonst sei er mit der Vortragsweise als solche sehr zufrieden. Maurenbrecher entgegnet, er habe nur gesagt, die ganze Partei habe das bayerische Kompromiß gebilligt, ein Gegensatz zwischen Revisionisten und Radikalen, wie er auf dem Parteitag in Hannover bestand, existiere nicht mehr und in der Darstellung habe er abweichende Auffassungen stets angeführt. Im übrigen treue er sich der offenen Kritik Friedmanns, denn in der Generalversammlung und im Kurjus sei der Maß, seine Meinung zu sagen. Leider seien auch anonyme Zuschriften an ein sächsisches Parteiblatt, die „Leipziger Volkszeitung“, gemacht worden, die diese gelegentlich seiner Berufung zum Lehrer an die Parteischnle gegen ihn ausgeschlachtet habe. Gegen solche Dinge sei man aber wehrlos. Er erjuchte die Generalversammlung, ihre Meinung zu sagen, und je nachdem werde er seine Konsequenzen ziehen, sowie er sie an anderer Stelle gezogen habe. Gleichzeitig erjuchte er, im nächsten Quartal anstatt über die französische Revolution über die materialistische Geschichtsauffassung lehren zu dürfen; er habe das erste Thema auch in der Parteischnle lehren wollen. Angesichts seines Rücktritts könne er, anderer Arbeiten wegen, denen er sich jetzt widmen müsse, solche umfangreichen Vorkarbeiten, wie dieses Thema sie erfordere, nicht mehr machen. S a y e n s t e i n ist für die Beibehaltung des festgesetzten Lehrstoffes, weil das Programm schon herausgegeben sei, auch sind die Anschauungen über den historischen Materialismus noch nicht geklärt, weshalb dieses Thema mehr in einen Kurjus über Philosophie passe. Der anonyme Briefschreiber hätte die Pflicht sich zu melden. Grundwald ist der Ueberzeugung, daß die Gegenfälle in der Partei noch ebenso vorhanden seien wie früher. Das beweise auch der Mannheimer Parteitag. Im übrigen lehne er es ab, auf der Generalversammlung solche Fragen zu diskutieren. Der Lehrer hätte die Pflicht, auch andere als seine Anschauungen darzustellen; er könne sich ja trotzdem dagegen aussprechen. Hinter der Themaänderung schiene der Pferdeschuh zu stehen, die Schule gegen den Parteivorstand auszuspielen. Aus diesem Grunde, und weil die Anschauungen über den vorgeschlagenen Lehrstoff bei Maurenbrecher noch nicht abgeklärt seien, sei er gegen die Uebertragung Maurenbrecher werde auch so den einmal angeführten Stoff so weit beherrschen, sonst solle man lieber eine andere Geschichtsperiode wählen. Ueber die Kritik in der Leipziger Volkszeitung“ habe er sich selbst gewundert; sie beziehe sich aber nur auf

Maurenbrechers Stellung als zukünftiger Lehrer der Parteischnle. Die Arbeiterbildungsschnle gehe sie nichts an. Man könne sehr wohl auf dem Standpunkt stehen, daß Maurenbrecher sich zum Lehrer an der Parteischnle nicht qualifiziere, weil er nicht auf streng marxistischem Boden stehe. In formaler Beziehung sei, das gebe er zu, dem Genossen Maurenbrecher aber bitter Unrecht getan worden, weil der Parteivorstand einen Jeckbrill auf andere Art aus der Welt schaffen mußte, als er es schließlich getan habe. Vorkhardt vertritt denselben Standpunkt. Maurenbrecher erklärt, wirklich keine Hintergedanken bei seinem Vorschlage gehabt zu haben. Wenn es aber so aufgefaßt werde, wolle er es bei dem alten Thema lassen. Obwohl er schon seit zehn Jahren auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehe und sich seit 15 Jahren mit philosophischen Studien befaße, sei es oft schwer, einzelne Gegenstände zu behandeln, weil in der Soziologie noch keine Richtschnur vorhanden sei. Deswegen sei man oft auf seine subjektive Meinung angewiesen. Sassen, Kreplin und Krüger sind mit der Tätigkeit Maurenbrechers zufrieden. Mehrere Resolutionen, welche dem Genossen Maurenbrecher ihr Vertrauen aussprechen, werden auf Ersuchen Grundwalds und Maurenbrechers zurückgezogen, da ja in der Generalversammlung niemand die Befähigung Maurenbrechers als Lehrer an der Arbeiterbildungsschnle angezweifelt habe.

Die hiesige Filiale des Zentralverbandes der Stuckateure hielt am Montag ihre Generalversammlung ab. Nachdem die Abrechnung vom 3. Quartal gegeben und der Kassierer entlastet war, trat man in den Hauptpunkt, die Fensterfrage, ein. Die die behandelte eingehend die parlamentarische Geschichte und den Wert des Bauarbeiterbundes überhaupt und der Fensterfrage im besonderen. Er erwähnte, daß eine Sitzung der Baugruppen stattgefunden habe, die nach anfänglichem Sträuben zwar zu einer Einigung führte, jedoch die Hauptfrage den Forderungen überlasse. Man wolle zwar laut Beschluß, nach vorhergehendem Einverständnis der in Betracht kommenden Vorstände die Bauten sperren, die der erlassenen Polizeiverordnung nicht genügen, doch glaube er, wie der Vertreter der Töpfer, daß man die eigene Kraft benutzen müsse, wie es die Töpfer seit langen Jahren getan, um etwas zu erreichen. Wenn in jener Sitzung der Vertreter der Bauhilfsarbeiter das notwendige dieser Forderung sehr viel leichter einfall als der Vertreter der Töpfer, so brauche man sich nicht zu wundern, daß der Vertreter der Maler befürchtete, von seinen eigenen Kollegen vom Bau gewiesen zu werden, wenn er dieselben veranlassen wolle, für die Durchführung der Forderung mit einzutreten. Nach eingehender Diskussion gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Die am 15. Oktober tagende Stuckateureversammlung beschließt, daß auf allen Bauten, welche unberglast und nicht zugedacht sind, vom 1. November ab die Arbeit zu ruhen hat, bis die in der Polizeiverordnung bestehenden Vorschriften erfüllt sind. Diejenigen Kollegen, welche vor dem 1. November auf offenen Bauten gearbeitet haben und daher arbeitslos werden, erhalten vom dritten Tage ab die statutenmäßige Streikunterstützung, d. h. nur für die liegengelassene Arbeit. Sämtliche nach dem 1. November angefangenen offenen Bauten gelten als gesperrt und die Kollegen darauf als Streikbrecher. Ueber etwelche Formalitäten entscheidet die Kommission.

Ueber die angestrebte Zentralisierung der Krankentassen referierte K r e b s. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die Versammlung der Stuckateure ist dafür, daß die Zentralisierung der Berliner Krankentassen mit allen Mitteln erstrebt wird. Sie hält jedoch den Beschluß, nimmere schon eine achtsame Zentralisierung nach Berufsverbänden anzustreben, für zu weit zurückweisend. Die Versammlung hätte gern von den zuständigen Verwaltungsbehörden darüber eine offizielle Äußerung gehabt, ob nicht die Zentralisierung der Kassen nur für Berlin, ohne Vororte, möglich wäre, um erst dann die jetzigen Vorschläge gutzuheißen. Die Versammlung nimmt an, daß es bei einer Zentralisierung für Klein-Berlin nur eine Frage der Zeit gewesen wäre, um nach und nach alle Vorortklassen derselben Verwaltung anzuschließen.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Verband der Hafnarbeiter. Die am Sonntag abgehaltene Mitgliederversammlung nahm die Abrechnung vom dritten Quartal entgegen. Die Einnahme betrug 2309,81 M., die Ausgabe 1304,78 M., bleibt ein Bestand von 914,13 M. — Hierauf stellte der Vorsitzende die Vereinbarungen zur Diskussion, welche bezüglich einer Verschmelzung der Verbände der Hafnarbeiter, Eisenbahner, Handels- und Transportarbeiter, Maschinisten und Heizer und der Seeleute getroffen worden sind und nimmere der Uraufhebung der Mitglieder unterstellt werden sollen. Nach einem Hinweis auf die Vorteile einer einheitlichen Organisation wurde die Debatte über diesen Gegenstand bis zur nächsten Versammlung vertagt. — Anlässlich des Streiks der Dimenschiffer waren in einem bestimmten Falle Zweifel aufgetaucht, ob die Hafnarbeiter einen Rohm entlassen dürfen, wo die Bootleute streiken. Es wurde festgestellt, daß der Verband auf dem Standpunkt steht, die Arbeiter der Hafnarbeiter werden durch den Streik der Schiffleute nicht betroffen, die Ladung wird also durch die Hafnarbeiter gelöscht, aber sie dürfen keine Arbeit verrichten, die den Schiffen zulommt. Weiter kam der mit den Holzhandlern abgeschlossene Tarif zur Sprache. Es wurde angeführt, daß der Tarif fester habe. Um diese zu beseitigen, setzte die Versammlung eine Kommission ein, die gemeinsam mit dem Vorstande den Tarif revidieren soll. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 2. Heft des 25. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Das zweite Jena. — Die Balkanwirren. Von Janos Salkoff (Sofia). — Georg Bernard Shaw als Dramatiker und Sozialist. Von K. Der. (Hort). — Jena und Lütt. Von Heinrich Cunow. — Der siebente Parteitag des sächsischen Arbeiterbundes. Ueberseht von A. Z. — Literarische Rundschau: Dr. Marie Baum, Drei Klaffen von Lohnarbeiterinnen in Industrie und Handel der Stadt Karlsruhe. Von Gustav Hoch, Hanau a. M. — Oskar Rebe, Die deutschen Arbeiterverbände. Von ad. hr. — Notizen: Trade Unions und deutsche Gewerkschaften. Von K. K. — Liebesgaben an die Landwirtschaft in der Arbeiterversicherung. Von Friedrich Kleis (Wurzen). Die Kontrakt des Geldes. Von P. Z. — Ausländische Arbeiter und Unfallgefahr. Von F. G.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Achtung von Arminius ausgewählte Werke in vier Bänden. Herausgegeben und mit Einleitungen versehen von Max Morris. Mit des Dichters Bildnis und einem Briefe als Handschriftenprobe. XXXVIII, 941 S. Preis 1,50 M., in Leinwand 2 M., seine Ausgabe 3 M., Kurusausgabe 4 M. Max Hoffes Verlag, Leipzig.

Geleise Worsch. J. H. Staub. Ein Edelmann im schicksalsten Gewande. Zweite Auflage. Preis 4 M., geb. 5 M. Verlag von Otto Wehr, Leipzig.

Franz Traubinger. Wirtschaftliche Grundlagen der Moral. 160 S. Verlag von Eduard Koehler, Darmstadt 1907.

### Witterungsübersicht vom 23. Oktober 1906, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. in Celsius	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. in Celsius
Schwabmünde	769 D	3 mäßig	8	Schwarzwald	775 RD	2 bedeckt	-5				
Hamburg	766 DSD	3 Rebel	12	Petersburg	768 RD	3 mäßig	1				
Berlin	767 StH	bedeckt	12	Sibirien	768 SSS	2 mäßig	13				
Frankfurt a. M.	767 SD	1 Rebel	8	Arbreen	769 SSS	2 mäßig	12				
München	769 SSS	2 halb bb.	0	Paris	769 SSS	1 halb bb.	12				
Wien	769 SSS	2 wolklos	0								

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 21. Oktober 1906. Ein wenig kühler, vorwiegend neblig bei schwachen nordöstlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge.

# Deutscher Buchbinder - Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr:

## General-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 4).

Tages-Ordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Bericht vom Arbeitsnachweis und der Bibliothekskommission. 3. Erwahlung zur Ortsverwaltung. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Mitglieder mit mehr als 8 Wochen Rest haben keinen Zutritt.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Die Ortsverwaltung.

## Buchbinderei-Arbeiterinnen!

Montag, den 29. Oktober, abends 7 Uhr, in Boigts Ritterfälen, Ritterstr. 75 (großer Saal):

Öffentliche Arbeiterinnen-Versammlung.  
Tages-Ordnung: 1. Die fehrige Stellungnahme der Berliner Prinzipale zum Tarifvertrag vom 27. Juli 1906. 2. Verschiedenes.  
Kolleginnen! Die Prinzipale gedenken die in Leipzig zugeordnete Lohnzulage für die Arbeiterinnen erst vom 1. Januar 1907 anhalt am 1. November 1906 in Kraft treten zu lassen! Es ist unbedingt notwendig, daß sämtliche Buchbinderei-Arbeiterinnen in dieser Versammlung erscheinen.  
Die Agitationskommission.

## Gewerkschaftskartell Berlins und Umgegend

Bureau: C. 54, Steinstraße 38.

Telephon: Amt III 8574.

Freitag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr, bei Voeker, Weberstr. 17:

## Öffentliche Versammlung

aller sozialdemokratischen Wahlvereinsmitglieder der Organisationen, die dem Gewerkschaftskartell angeschlossen sind.

Tages-Ordnung: „Der Mannheimer Parteitag und wir“.

Zu dieser Versammlung hat nur Zutritt, wer sich als Wahlvereins- und Gewerkschaftsmitglied des Kartells legitimiert. Partei- und Gewerkschaftsangehörige! Diese Versammlung ist im Einklang mit der Organisationspolitik unserer Richtung einberufen, um den Parteitage in Mannheim, in deren Auftrage diese Versammlung stattfindet, Gelegenheit zu geben, zu den Vorkängen in Mannheim Stellung zu nehmen.  
Wir setzen voraus, daß die Genossen es als eine Ehrenpflicht erachten, diese Versammlung zu besuchen.  
A. A.: Der Ausschuss des Berliner Gewerkschaftskartells.

## Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Melchiorstraße 28.

Filiale Berlin.

Fernspr. Amt 4. Nr. 4787.

Donnerstag, 25. Oktober, abends 8 Uhr, in Kellers Festfälen, Kopenstr. 29:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Lichtbilder-Vortrag: „Japan, Land und Leute.“

Vortragender: Paul Lorenz, Südende.

Die Kollegen werden ersucht, zu diesen Versammlungen ihre Frauen mitzubringen. Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Pünktliches Erscheinen ist notwendig, da während des Vortrages die Saalüren geschlossen bleiben.  
Die Ortsverwaltung.

## Bezirks-Versammlungen

finden statt:

Gesundbrunnen: Sonntag, den 28. Oktober, abends 6 Uhr, bei Hahn, Kolonic-Straße 124.

Rixdorf: Montag, 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Gellert, Steinmetzstr. 113.

Wedding: Montag, 29. Oktober, abends 8 Uhr, bei Hoffmann, Pajewallerstr. 3.

Südwest: Mittwoch, 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Kassenlokal, Lankwitzstr. 5.  
Regen Besuch erwartet  
Die Bezirksführer.

## Achtung! Genossinnen und Genossen! Achtung!

Mittwoch, den 24. Oktober, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhause,

Kommandantenstraße 72:

## Volksversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung von der Frauenkonferenz zu Mannheim und vom Parteitag. 2. Diskussion. 3. Berichterstattung und Neuwahl der Vertrauenspersonen.  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwarten  
Die Vertrauenspersonen.

## Fachverein der Tischler Berlins und Umgegend.

Donnerstag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, bei 3013, Köpenickerstraße 137-138:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht sämtlicher Funktionäre. 2. Diskussion über den Mannheimer Parteitag. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Pünktliches und zahlreiches Besuch erwartet  
Der Vorstand.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Donnerstag, den 25. Oktober 1906, abends 8 1/4 Uhr, im Volkshause, Rosinenstr. 3:

## General-Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1906. 2. Unsere Forderungen zum neuen Vertrag. 3. Vortrag über Fortbildungskurse für Arbeiter. 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.  
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

## Orts-Krankenkasse der Gelb- und Zinngießer.

Mittwoch, den 24. Oktober, abends 8 Uhr,

im Lokale des Herrn Wollschläger, Walsberstr. 21:

## Außerordentliche General-Versammlung.

wozu sämtliche Herren Arbeitgeber, welche ein Drittel zur Kasse zahlen, und sämtliche groß-jährigen Kassenmitglieder hiermit eingeladen sind.  
Einführungsbuch legitimiert.  
Tages-Ordnung:  
1. Wahl von 30 Vertretern der Arbeitgeber.  
2. Wahl von 60 Vertretern der Arbeitnehmer.  
3. Verschiedenes.  
Berlin, den 15. Oktober 1906.  
Der Vorstand.

## Stegdecken

billigt direkt in der Fabrik  
72. Wallstr. 72,  
wo auch alle Stegdecken aufgearbeitet werden. Bernhard Strohmandel, Berlin Ks. Muster-Katalog gratis.



Große Mengen aussortierter Knaben-Anzüge und Mäntel werden zu teilweise weit unter dem Herstellungswert herabgesetzten Preisen ausverkauft. Nur eigene Erzeugnisse, daher höchste Leistungsfähigkeit.

# Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes.  
Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Der Haupt-Katalog Nr. 30 (neueste Wintermoden) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.  
Donnerstag, 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstraße 11/12:

## Branchenversammlung der Stellmacher.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Zentral-Arbeitersekretärs Kollegen Robert Schmidt über: „Was müssen wir vom Kranfenderversicherungsgesetz wissen?“  
2. Bericht der Kommission vom dritten Quartal.  
3. Neuwahl der Zentralkommission.  
4. Branchenanglegenheiten.  
5. Verschiedenes.  
Die Kommission.

**F. August Schmidt, Köpenickerstr. 116, Tabakfabrik**  
Billigste Bezugsquelle für alle Sorten  
**Schnupf-, Rauch- und Kautabake**  
Cigarren, Cigaretten. — Amt IV, 7300. 22061.  
Gegründet 1883.

Schnell-Dampf-  
Waschmaschine  
Wasschstraße  
Mittwoch 11 1/2 Uhr  
Freitag 11 1/2 Uhr  
A. Moller, Berlin &  
Spandauerstr. 40.

Husten, Keiserkeit besitzigen wunderbar leicht und schnell die berühmten  
**Hustentropfen**  
von Otto Reichel.  
Nur echt, wenn mit Marke „Medico“ versehen.  
Flasche 50 Pf.  
In allen Drogerien, u. b. Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstraße 4.

Der Säuglingsmagen und Darm wird gestaut durch den Zusatz von Kuhmilch zur Kuhmilch, weil dieselbe dann nicht flüssig, sondern feinstückig gestaut und weniger der Gärung angesetzt ist. Der Zusatz von Kuhmilch-Rindermilch zur Milch bietet nicht nur einen Schutz gegen Magen- und Darmkrankheiten, sondern macht dieselbe auch viel nahrhafter und regelt die Verdauung in hervorragender Weise. Bei Gebrauch von Kuhmilch-Rindermilch gedeihen die Kinder vorzüglich und leiden nicht an Verdauungsstörungen.

## Allen Zigaretten-Rauchern

zur gefälligen Beachtung!  
Wollen Sie sicher sein, trotz der Steuer das bisherige, bewährte Fabrikat zu erhalten, so rauchen Sie  
**Bolero-Zigaretten per Stück 2 Pf.**  
**Zenith-Zigaretten per Stück 3 1/2 Pf.**  
Wir garantieren Ihnen: Unveränderte Qualität, unveränderte Formate — feinste Handarbeit!  
Gleichzeitig empfehlen wir unsere  
**neue 3 Pf. Askari-Zigarette**  
in vorzüglicher, milder Qualität, ebenfalls nur Handarbeit!  
**Gebr. Selowsky - Dresden.**

Partei-Angelegenheiten.

Friedrichshagen. Sonnabend, den 27. Oktober, im Restaurant „Fischler“, Friedrichstraße 96/97: Stiftungsfest des Wahlvereins.

Wahlhof. Heute abend 8 Uhr findet im Lokale von Vinke, Brunowstraße (Kolonie) eine Versammlung hiesiger Schulhausväter statt.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenwahl im 8. Wahlbezirk.

Es war wieder nichts für den Freisinn! All sein heißes Sehnen nach dem Mandat des 8. Kommunalwahlbezirks, all seine krampfhaften Bemühungen, diesen Bezirk zurückzuerobern — sind erfolglos geblieben.

Das Ergebnis der Wahl im 8. Kommunalwahlbezirk ist das folgende (in Klammern die Zahlen der Wahl von 1903):

Table with 2 columns: Candidate/Party and Votes. Includes: Eingetragene Wähler (6074), Abgegebene Stimmen (2308), Sozialdemokratie (1379), Liberallismus (928), Zerplittert (1).

Gewählt: Genosse Paul Dupont.

Die Stimmenzahl, mit der wir den Bezirk behauptet haben, ist leider nur wenig höher als vor drei Jahren, während die Zahl der auf den Freisinnskandidaten vereinigten Stimmen gegen damals erheblich gestiegen ist.

Der Wahlkampf wurde von den Freisinnigen mit Aufbietung all ihrer Kraft geführt. Schon vom frühen Vormittag an schleppten sie ihre Wähler heran; zur Verfügung stand ihnen ja ein Heer von Schlepfern aus ihren eigenen Reihen und vom „Reichsverband“.

Eine bittere Enttäuschung für die Freisinnigen! Als sie ihren Huff in einem kleinen Konventikel zum Wahlkandidaten proklamieren, da hatte der Stadtverordnete Berls, sein Protektor, für die Ausfichten dieses Wahlkampfes nur Worte der Zuversicht.

Und auch das hat ihnen nichts genutzt, daß sie sich dem „Reichsverband“ in die Arme warfen. So weit ist es bereits mit dem Berliner Freisinn gekommen, daß er mit dieser gesinnungslosen Kohorte, die jedem ohne Ansehen der Person zu dienen bereit ist, offizielle Freundschaft schließt.

Für uns Sozialdemokraten können die Erscheinungen, die durch diese Wahlagitatio gezeitigt worden sind, nur ein Ansporn sein, den Kampf gegen den Berliner Freisinn samt seiner reaktionären Bundesgenossenschaft noch nachdrücklicher zu führen.

Schutz vor Schulkentten!

Dieser Ruf muß in der Tagespresse aus den verschiedensten Anlässen des öfteren erhoben werden, weil in diesen Fällen das Publikum gegen die ihm von der Polizei zu teil gewordene Behandlung geradezu wehlos ist.

Zeitungen, die sich des Publikums gegen polizeiliche Uebergriffe annehmen. Die sogenannte „gutgesinnte“ Presse gerät nur dann einmal in Erregung, wenn die Polizei bei Versperrungen oder sonstigen höflichen Veranstaltungen einen hochgestellten Herrn etwas unanständig anfährt.

Zu diesen allgemeinen Darlegungen veranlassen uns viele Klagen, die uns ständig aus unserem Bekreife teils schriftlich teils mündlich zugehen und in denen Beschwerde geführt wird über ungerechte Behandlung durch die Polizei oder aber gar über erlittene Mißhandlungen. Leider müssen wir in vielen Fällen auf eine öffentliche Behandlung derartiger Vorkommnisse von vornherein verzichten, weil die Aussagen der Beschwerdeführer durch keine Zeugen gestützt werden können.

Wenn nun dies alles so ist, so soll damit nicht gesagt sein, daß die Presse nun allen polizeilichen Uebergriffen ruhig zusehen und dulden soll, wie Recht und Gerechtigkeit mit Füßen getreten wird.

Das Opfer eines Polizeibeamten ist ein junger Mann, der seit 1902 lungenkrank ist und sich seit dieser Zeit in ärztlicher Behandlung befindet. Im November 1905 hatte sich das Leiden so verschlimmert, daß sich Herr W., das ist sein Name, krank melden mußte, und die Ärzte konnten dem schwerkranken W. nichts weiter anraten als Aufenthalt in der frischen Luft und Spazierengehen.

Diesem Sachverhalt trug uns W. seinerzeit auf unserer Redaktion vor. Wir rieten ihm gegen den prügelstüchtigen Schutzmänn bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag zu stellen. Das ist auch geschehen. Und was war das Ergebnis? Die Staatsanwaltschaft antwortete unterm 28. September:

„Auf Ihre Anzeige vom 17. Mai 1906 gegen den Schutzmänn Sasse wegen Amtsvergehens: Ich habe das Verfahren eingestellt, da nach dem Gutachten des königlichen Kreisarztes der Beschuldigte zur Zeit der Begehung der Tat sich in einem Zustande von krankhafter Störung der Geistesfähigkeit befunden hat, durch den seine Willensbestimmung ausgeschlossen war.“

Unterstützt unleserlich.

Damit war der Beschwerdeführer aber nicht zufrieden, da er festgestellt hatte, daß Sasse nach der Tat noch weiter Dienst getan hat. Er wandte sich auf unseren Rat dann noch an den Oberstaatsanwalt, wie aber vorauszu sehen war, mit keinem besseren Erfolg.

„Vorverfahren gegen Sasse — B. J. 618/06 — Staatsanwaltschaft III Berlin.“ Ihre Beschwerde vom 8. Oktober 1906 kann nicht als begründet erachtet werden. Wie Ihnen in dem Bescheide des Herrn Ersten Staatsanwalts mitgeteilt worden ist, beruht die Einstellung des Verfahrens auf dem Gutachten des Herrn Kreisarztes, nach welchem der Schutzmänn Sasse die im übrigen voll erwiesene Tat in unzurechnungsfähigem Zustande begangen hat.

„Aus dem Bescheid der Staatsanwaltschaft ist ersichtlich, daß der Schutzmänn nicht verfolgt werden kann, weil er die Tat in unzurechnungsfähigem Zustande verübt hat. Interessant ist, daß diese

Anzurechnungsfähigkeit erst festgestellt wurde, als eine Anzeige gegen den Schutzmänn Sasse vorlag. Es liegt nahe anzunehmen, daß diese Anzurechnungsfähigkeit auch schon vor der Tat am 15. Mai vorhanden war, wie außerdem feststeht, daß der unzurechnungsfähige Beamte noch nach dem 15. Mai Dienst tat. Wie lange hätte der Mann noch Dienst getan und in seinem unzurechnungsfähigen Zustande manches Unheil angerichtet, wenn nicht zufällig sich die Staatsanwaltschaft mit ihm zu beschäftigen gehabt hätte?

„Zweiterlei Maß der Postverwaltung.“ Ein Ausstellungspostamt wird in der neuen Festhalle auf dem Gelände des Zoologischen Gartens eingerichtet. Das Postamt wird am 29. Oktober eröffnet und bleibt bis zum 12. November bestehen.

Die Veranstalter der Automobilausstellung finden bei der Postverwaltung ein ganz anderes Entgegenkommen, als andere Staatsbürger, die „zufällig“ Sozialdemokraten sind. Es sei nur daran erinnert, daß der Postminister erst ganz kürzlich der Reichsminister Postverwaltung verbot, während des Parteitages im Tagungstokal eine Postfiliale einzurichten.

Der Fleischmangel und Fleischsteuerung läßt sich der von der Reichshaus-Deputation ersattete Bericht über die städtischen Markthallen für das Etatsjahr 1906 wie folgt aus: Der Fleischhandel gestaltete sich im Berichtsjahre äußerst schwierig. Die durch anhaltende Dürre des Sommers 1904 verursachte Minderne beeinträchtigte den ganzen Fleischhandel höchst nachteilig.

Die Tagungsordnung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 25. Oktober, enthält u. a. folgende Beratungsgegenstände: Verichterstattung über die Vorlage, betr. die Errichtung eines Denkmals für den Staatskanzler Fürsten von Hardenberg auf dem Dönhofsplatz. — Vorlagen, betreffend: die Teilung des Bezirks der 211B. Armenkommission, — den Erwerb der von dem Grundstücke Alte Jakobstr. 22 zur Straßenverbreiterung erforderlichen Fläche, — den Erwerb von Straßenland zwecks Freilegung der Straße 18a, Abteilung X' des Bebauungsplanes, — den Erwerb von Straßenland von dem Grundstück Alt-Moabit 75 zur Straße Alt-Moabit, — die Aufnahme der unrenten Abwässer von zwei Krankenanstalten im Gemeindegebiet von Rosenthal in die Kanalisation von Nieder-Schönhausen, — den Ankauf einer Wegschleife in Wilmersdorf bei Bernau zu Rieselgreden, — die Uebertragung der Bepflanzung, Bedienung und Unterhaltung der städtischen Rehrmaschinen für die Zeit 1. April 1907/1909 an die derzeitigen Unternehmer, — die Zustandsberichterstattung der städtischen Flussbadeanstalt Gubrystraße, — die anderweitige Abgrenzung der Armenkommissionsbezirke 190B, 190E, 190J, 190L und die Bildung eines neuen Armenkommissionsbezirks, — den freihändigen Erwerb der von den Grundstücken Sectr. 35/36 zur Freilegung der Seestraße erforderlichen Flächen, — die nochmalige Einberufung der gemischten Deputation zur Beratung über die Ausführung der Bestimmungen des Kranken Testaments, — die Herstellung von Gartenanlagen auf dem Kalkplatz — und den Verkauf einer an der Säulicherstraße, Ecke der Viehburgerstraße in Charlottenburg belegenen Parzelle. — In der geheimten Sitzung wird der Ausschub über die Besetzung der Stadtschulratsstelle berichtet.

Der Etat des städtischen Obdachs unterlag in letzter Anwartsung der Beschlußfassung. Die Belegung des Obdachs hat sich infolgedessen etwas verändert, als endlich die Geschlechtskrankenstation für männliche Kranke nach dem neu eröffneten Virchow-Krankenhaus übergeführt worden ist und nur die Abteilung der von der Polizei überwiesenen geschlechtskranken Prostituierten bis zur Fertigstellung des Geschlechtskrankenhauses in Himmelsburg noch im Obdach verbleibt. Dieser Zustand ist allerdings mit Rücksicht auf das in demselben Hause sich befindliche, wenn auch räumlich getrennte Familienobdach gewiß kein idealer, aber da das Virchow-Krankenhaus resp. die Krankenhausverwaltung die Uebernahme dieser doch gewissermaßen polizeigefangenen Mädchen abgelehnt hat, läßt sich augenblicklich nichts anderes dagegen machen, als nur wünschen, daß die Fertigstellung des Spezialkrankenhauses nicht weitere 12 bis 14 Jahre auf sich warten läßt. Der nun durch die Entfernung der männlichen Kranken im Familienobdach gewonnene Raum soll für Hospitaliten eingerichtet und verwandt werden. Die alten und gebrechlichen Leute aus dem nächtlichen



84. Uhr. im Saale der Witwe Weigel, Thierschstraße 45. Statt. Die vom Nummernbuch-Gewerkschaftsrat aufgestellte Liste enthält die Namen von 138 Mitgliedern und zwar als ersten den Namen Paul Handke und als letzten den Namen Gustav Schaubert.

Da eine Gegenliste aufgestellt ist, so eruchen wir die Genossen, hierauf ganz besonders zu achten. Ein Sieg der Gewerkschaftsliste ist aber nur dann möglich, wenn jeder Genosse sein Wahlrecht ausübt. Als Legitimation ist das Mitgliedsbuch resp. Karte oder eine Bescheinigung vom Arbeitgeber mitzubringen.

### Das Gewerkschaftsstatut.

### Wilhelmstr.-Rosenthal.

Die Rathaus- und Schulfrage im neuesten Stadium. Nirgends tritt die Gefährlichkeit gewisser Spekulationen so deutlich zu Tage, als in Wilhelmstr.-Rosenthal. Die Tatsache, daß der 3000 Einwohner zählende Ortsteil Wilhelmstr. noch keine Schule besitzt, ist typisch für die Kulturfeindschaft unserer bestehenden Kreise. Eigentümlich ist es nun, daß sich gerade die Feinde des Schulbaues in genauem Maße so sehr für den Bau eines 1/2 Millionen Mark kostenden Rathauses ins Zeug legen. Fast glaubt man, dieses Projekt sei aus dem Hirn der bestehenden Gemeindevorstände verschwunden. Trotzdem mindestens 95 Proz. der Einwohnerheit dagegen sind, beschloß die letzte Gemeindevertretung mit 8 gegen 3 Stimmen, den Bauplan etwas umändern zu lassen und das luxuriöse Projekt doch zu verwirklichen. Durch diesen Bau, der mitten auf freiem Felde errichtet werden soll, wird die Gemeinde mindestens mit 8-8000 M. alljährlich mehr belastet, pro Kopf der Einwohner mit etwa 1,80 M., ein Familienvater mit zwei Kindern also mit etwa 6 M. jährlich. Die Weitzer der in der Nähe des Bauplatzes befindlichen Terrains — die zugleich Mitglieder der Gemeindeverwaltung resp. Vertretung sind — erwarten selbstverständlich eine Vertiefung derselben. Ein Bedürfnis für neue Amts- und Gemeinderäume ist vorhanden, die alten sind primitiv und unzulänglich. Hier ließe sich aber ein Weg finden, der bequem und mit wenigen Kosten das Problem lösen würde. Das jetzige Schulhaus, an der Hauptstraße gelegen, könnte leicht zum Amts- und Gemeindehaus umgebaut werden und an dessen Stelle in der Gegend des jetzt geplanten Rathauses eine neue große Zentralschule errichtet werden. Es wäre damit jede Kalamität beseitigt — ausgenommen die der Grundstücksspekulationen. — Das alte Schulhaus ist absolet unzulänglich geworden. Die Schülerfrequenz namentlich der unteren und Mittelklassen ist zum Teil schon weit über das zulässige Maß hinaus gestiegen; schon hat man eine stehende Klasse in einem anderen Gebäude unterbringen müssen und in allerhöchster Zeit wird es notwendig sein, die zweite und dritte zu errichten. Die Angelegenheit wird noch schlimmer dadurch, daß die Schule im alten Dorte gelegen ist und die Kinder des bei weitem größten Ortsteiles Wilhelmstr. je nach ihrem Alter 20 bis 30 Minuten die über freies Feld führende, oft aufgeweichte Straße bei Wind und Wetter beinahe gehen müssen, was bei Schneegestöber im Winter oft unmöglich wird. Insaft nun darauf hinzuwirken, eine neue große, von allen Ortsteilen gleich gut zu erreichende Zentralschule zu errichten, arbeiten Schulvorstand und Gemeindevertretung darauf hin, daß nur ein Anbau resp. Ausbau der alten Schule borgenommen wird, wodurch zwar der Überfüllung gesteuert, aber die doch ebenfalls wichtige Begefalligkeit für die Wilhelmstr. Kinder nicht beseitigt wäre. Und Wilhelmstr. stellt zwei Drittel aller Kinder! Mit welchen Mitteln man arbeitet, zeigt folgendes: Anfang Februar dieses Jahres beschloß eine Hausväterversammlung, ein neues, großes, für siebenklassigen Lehrgang eingerichtetes Schulgebäude zu errichten. Aber erst im März erklärte der Vorsitzende des Schulvorstandes, Gemeindevorsteher Schmidt, diesen Beschluß der Aufsichtsbehörde ein, befürwortete aber ganz energisch, anstatt sich diesen Beschluß zu eigen zu machen, die Nichtausführung desselben! In einer anderen Hausväterversammlung von einem Genossen nach dem Protokoll und dem Verlauf der Sache befragt, spielt er aber dann den Beleibigten und verweigert die vorgeschriebene Vorlegung des Protokolls und jede Auskunft! Als dann während der letzten Protestversammlungen wegen des Rathausbaues die Öffentlichkeit mit großer Energie auch den Bau eines neuen Schulhauses verlangte, wich die Mehrheit der Gemeindevertretung anscheinend dem Druck der öffentlichen Meinung und fasste nun auf einmal einstimmig den wunderbaren Beschluß, für Wilhelmstr. das verlangte Schulhaus zu erbauen, aber nicht sofort, sondern erst zum 1. Oktober 1907! Der Vorsteher selber erklärte, daß er nun nicht mehr Gegner der Sache sei, sondern sich vom Bedürfnis überzeugt habe, und hinterher, als man der Landrat endlich von ihm verlangt, er solle ein Bauprojekt einreichen, verweigert er dies! Wunderbare Logik! Man wollte nämlich mit dem eben erwähnten Beschluß die öffentliche Meinung nur etwas beschwichtigen, um Zeit zu gewinnen, das unläugbare Rathausprojekt in Sicherheit zu bringen; denn im übrigen betriet man noch wie vor im Geheimen eine Gegenaktion gegen den eigenen Beschluß, in der Hoffnung, daß die Aufsichtsbehörde dann schließlich die Zustimmung verweigern würde. Dann hätte man gewonnenes Spiel gehabt. Inzwischen sind 4 Gemeindevorsteher, darunter auch unsere Genossen, aber bei der Aufsichtsbehörde vorstellig geworden und haben da erfahren, daß dieselbe der Forderung einer neuen Zentralschule in der nächsten Nähe von Wilhelmstr., die von allen drei Ortsteilen gleich gut zu erreichen wäre, gar nicht unsympathisch gegenübersteht, ja vielleicht, um allen Streit zu beendigen, in diesem Sinne schließlich verfügen wird.

Am Donnerstag fand bei Deutschmann eine von allen Parteien einberufene, von 300 Personen besuchte Protestversammlung statt; Genosse Krenn hielt das Referat. Einstimmig fand eine Resolution Annahme, welche auch den Aufsichtsbehörden übermitteln werden soll. Der Vorsteher Schmidt war zum erstenmal in einer der Protestversammlungen anwesend; er ergriß aber das Wort nicht. Doch wird gehofft, daß er sich endlich davon überzeugt hat, daß er der Gemeinde keine guten Dienste leistet, wenn er die Rathausstreiber noch weiter unterstützt.

## Gerichts-Zeitung.

### Ein reizender Arbeitswilliger.

Ein überaus dreister Schwindler stand gestern in der Person des aus Sachsen stammenden Schlossers Karl Moser unter der Anklage der Urkundenfälschung und des Betrugs vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II. Der schon wiederholt vorbestrafte Angeklagte war bei seinem Aufenthalt in Brandenburg bei dem dort amtierenden Verbreiter Wanzleben von der apostolischen Gemeinde gewesen und hatte Gelegenheit gefunden, dessen Stempel zu dem von ihm erkannenen Schwindler zu mißbrauchen. Er fertigte sich ein mit dem Namen des Verbreiters Wanzleben unterzeichnetes und unterkempeltes Legitimationspapier aus, Inhabers dessen der Angeklagte als aktiver und ohne eigenes Verschulden in bedrängte Lage geratener Mitglied der apostolischen Gemeinde den zu der gleichen Glaubensgemeinschaft gehörigen Gemeindevorstandern in anderen Orten recht warm zur Bekämpfung arbeitsfähiger Lieber empfohlen wurde. Mit dieser gefälschten Legitimation machte sich der Angeklagte auf den Weg und suchte in Berlin und Umgebung die Mitglieder der apostolischen Gemeinden auf. Es gelang ihm auch in 9 Fällen Darlehen zu erschwebeln, indem er angab, daß er gute Arbeit in Aussicht habe, sich aber erst Handwerkerzeug kaufen müsse, dann wieder, daß er als Arbeitswilliger ein Opfer des Streiks sei; monatelang trat er auch mit dem Wachen hervor, daß sein von ihm erworbenes Koffer noch nicht eingetroffen sei und er sich in momentaner Geldnotlage befinde und dergleichen mehr. Obgleich er von den Bekleidungszeugen an seiner ganz charakteristischen Erscheinung und seinem ausgeprägten sächsischen Dialekt aufs Bestimmteste als der Schwindler wiedererkannt wurde, leugnete er seine Täterschaft. Auf den auf 2 1/2 Jahre lautenden Strafantrag des Staatsanwalts erwiderte er, daß es doch eine grandiose Ungerechtigkeits wäre, ihn ins Zuchthaus zu schicken, während seinerzeit Erner in Leipzig, der die Leute um Hunderttausende gebracht habe, mit 1 1/2 Jahren Gefängnis davonkommen sei. — Der Gerichtshof erachtete es für besonders verwerflich, daß der Angeklagte das Mittel und religiöse Empfinden anderer in so frecher Weise gemißbraucht habe. Das Urteil lautete auf Grund dieser Erwägung auf drei Jahre Zuchthaus, 1500 M. Geldstrafe, eventuell noch 100 Tage Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Ein Raufschmüngerprozess beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Langner in einer mehrstündigen Sitzung das Schwurgericht am Landgericht I. Es handelte sich um eine aus noch sehr jugendlichen Mitgliedern bestehende Raufschmüngerbande, die längere Zeit hindurch die Vororte, insbesondere Nitzdorf und Charlottenburg, mit ihren Raufschlägen überhäufte hatte. Unter der Anklage des Raufschmüngerens wurden folgende Personen auf der Anklagebank Platz nehmen: Der 17jährige Schauspielergehülfe Karl Wugram, der 17jährige Schneidergeselle Friedrich Handke, die 16jährige Wäherin Hedwig Kamin, der Schraubendreher Emil Schulz und die Vermittlerin Marie Wagner. In den Monaten April bis Juni d. J. tauchten in den verschiedenen Vororten von Berlin folgende Raufschläge auf, die den Buchstaben A und die Jahreszahl 1901 oder 1902 trugen. Die Raufschläge waren sehr gut nachgemacht und unterschieden sich von den echten fast lediglich durch den Klang. Die Ermittlungen ergaben, daß die Raufschläge in allen Fällen von derselben Person vorausgegangen waren. Am 23. Juni d. J. erschien der Angeklagte Schulz in den Jagarengeschäft von Grieblich in der Reichelsstraße zu Nitzdorf und kaufte eine kleine Quantität Jagareiten, wobei er ein Raufschlägchen in Zahlung gab. Bald nachdem Schulz den Laden verlassen hatte, schöpfe Grieblich Verdacht, da das in Zahlung gegebene Geldstück einen eigenartigen Klang gehabt hatte. Er entdeckte nun erst, daß es sich um ein falsches Geldstück handelte und ließ dem Angeklagten deshalb sofort nach. Auf der Straße bemerkte er den Schulz neben der Mitangeklagten Kamin stehen, welcher er sah, daß herausbekommene Geld ausständig und dafür ein neues Raufschlägchen von ihr erhielt. Streiklag requirierte einen Schutzmänn, der die beiden Mitglieder der Raufschmüngerbande festnahm. Die Kamin trug eine Handschloß bei sich, in welcher nach weitere 17 Raufschläge vorgefunden wurden. Die weiteren polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß Wugram, Handke und Schulz in der Wohnung der Wagner eine Raufschmüngerwerkstatt errichtet hatten. Hier wurden eine große Anzahl Wäherformen, Metallstücke und sonstige zur Herstellung der Raufschläge benutzte Werkzeuge beschlagnahmt. — An der Verhandlung, welche unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, bestritten sämtliche Angeklagten ihre Schuld. Die Geschworenen kamen auch bezüglich der beiden weiblichen Angeklagten nicht zu einer Bejahung der Schuldfragen. Die Angeklagten Kamin und Wagner wurden deshalb kostenlos freigesprochen. Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß lautete das Urteil gegen Wugram auf 3 Jahre, gegen Handke auf 2 1/2 Jahre Gefängnis und gegen Schulz auf 3 Jahre Zuchthaus. Außerdem wurden den Verurteilten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von je sechs Jahren aberkannt und die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht ausgesprochen.

### Altortumsfestschließung städtische Pflicht?

Aufwendungen zur Erhaltung des schadhaft gewordenen Postamt-Turmes in Münsberg verlangte von dieser Stadt der Regierungspräsident zu Breslau. Die Stadt lehnte es ab, worauf der Regierungspräsident ihre Verpflichtung dazu feststellte und ihr im Wege der Zwangsabtretung aufgab, für den gedachten Zweck 6700 M. zu beschaffen beziehungsweise in den Etat einzuführen. Die Klage der Stadt gegen den Regierungspräsidenten wurde vom Obergerwaltungsgericht dieser Tage abgewiesen. Die Begründung des Gerichts ging dahin: Die Gemeinden sind verpflichtet, in ihrem Bezirk befindliche Sachen, Bauwerke, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Wert besitzen, in Stand zu halten. Die kommunale Aufsichtsbehörde kann sie zur Erfüllung der Pflicht nötigen Falles unter Zwangsabtretung der erforderlichen Mittel anhalten. Im vorliegenden Falle könne dahingestellt bleiben, ob der alte Turm des Postamt-Turms Kunstwert besitze. Auf jeden Fall habe er geschichtlichen Wert. Dadurch sei aber die Zwangsabtretung gerechtfertigt.

### Folgen der Fälschergezieltung?

Das Schwurgericht Offen verurteilte den aus der Pfistergezele entlassenen Fälschergezieltung Bomorin aus Selterskirchen, der bei seiner Wiedererfassung den Polizeiergeanten Recht durch Revolvergeschüsse lebensgefährlich verletzte, zu zehn Jahren Zuchthaus.

## Vermischtes.

Wann oder Frau? In dem vom wissenschaftlich-humanitären Komitee herausgegebenen Monatsbericht teilt der Vorsitzende des Komitees, Dr. med. Hirschfeld (Charlottenburg) mit: Eine gebildete 27jährige Dame beabsichtigt auf sein Juredeu, sich standesamtlich umschreiben zu lassen, da die Untersuchung ergeben habe, daß die Dame männlichen Geschlechts ist. Da jedoch die Dame mittellos ist, ersucht Dr. Hirschfeld edle Menschenfreunde, der Dame durch Unterstützung die Geschlechtsveränderung zu ermöglichen. „Erwünscht wäre es, wenn jemand die Dame als Sekretärin, bezw. Sekretär engagieren wollte.“ Es ist nicht verständlich, welche pekuniären Schwierigkeiten der Verichtigung der standesamtlichen Eintragungen im Wege stehen sollten und weshalb besondere Unterstüngen durch Menschenfreunde erforderlich sein sollten, um dem jungen als Mädchen angezogenen Mann zu ermöglichen, als Mann zu leben.

Die Käse- und Käsegerichte im Wiener Burgtheater. Daß das Burgtheater sich nicht die Tragikomödie von Käse- dramatisieren ließ, sei zu Schillers Ehre gleich vorweggenommen. Und doch hat die interessante Historie heute schon ihren Weg zu den Brettern des Wiener Hoftheaters gefunden, und das gilt, wenn wir uns auf die Erzählung eines Wiener Journalisten verlassen können, folgendermaßen: Man ist jetzt dort mit den Stroben zum neuentdeckten Goethe'schen „Kauf“ beschäftigt, und nach alter Tradition begleitet man das früheste Werk dort die vorbereitenden Arbeiten. So auch hier. Eben ließ der Regisseur Hübner die Szene vor dem Tor stellen: Juchzt jenen Spaziergänger aller Art hinaus, und dann kommen Kauf und Wagner. Die neue Szene zeigt eine Pappel-Allee. Der Hauptweg teilt sich an einer bestimmten Stelle in zwei Nebenwege, und an dem Punkt der Abzweigung pflanzte der kluge Theatermeister einen Wegweiser auf. Die Zeitung der Wege ist durch den Text vorgelesen. Denn die Spaziergänger streiten ja über die Schönheit der Wege. Die einen wollen zur Wälder wandern, die anderen finden den Weg zum Wasserhof schöner. Als nun die Schauspieler die Spaziergänger zu sprechen begannen, da klammerte sich niemand um die Tafel des Wegweisers. Doch plötzlich, als der „erste Wälder“, mit den berühmten Worten einfiel: „Kein, er gefällt mir nicht, der neue Wäldermeister“. Da fielen die Wälder auf den Wegweiser und in großen schwarzen Lettern konnte man die Worte lesen: „Nicht Wälder!“ Der Scherz ergab bei allen Anwesenden eine bewundernde Heiterkeit, daß nicht eher weiter gespielt werden konnte, als bis der Regisseur den Auftrag gegeben hatte, den Wegweiser zu entfernen.

Zu spät geboren. Biseria, 23. Oktober. Die Arbeiten zur Hebung des gesunkenen Unterseebootes „Autin“ sind soweit gediehen, daß es gestern gegen 6 Uhr abends gelang, dasselbe einige Meter zu heben. Das Boot soll nach der Richtung der Rüste geschleppt werden, zu welchem Zwecke durch Bojen Stellen angedeutet worden sind, wo das Boot ohne Gefahr auf den Meeresboden gesetzt werden kann. Die Arbeiten haben die ganze Nacht fortgedauert.

Tele- und Distanzierklub „Süd-Ost“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Kollwitz, Köpenicker, 88. Sitzung.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt, Gedächtnis 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Briefzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

H. 20. Wein; Akzentrente kommt in Fortfall, sobald dem Akzentrentner Invalidentrente gezahlt ist. — H. 2. 100. Wenden Sie sich an die Kaiserliche Verwaltung (Rathaus). — S. 2. 33. Die Klage bei dem Gemeindericht wäre durchaus gerechtfertigt und hat Aussicht auf Erfolg. — S. in S. 10. Ja. — H. 2. 6. Der Portier braucht die Kündigung für sich nicht gelten zu lassen. Er kann, falls nicht etwa andere Abreden vorliegen, verlangen, daß eine einmonatliche Kündigungsfrist eingehalten, also spätestens am 1. zum letzten des Monats gefällig wird. Er kann darauf klagen, daß die Kündigung erst zum 1. Februar gilt. — Wäherb. 17. Eine Interventionsklage ist bei Objekten unter 300 M. bei dem Amtsgericht, bei höheren Objekten bei dem Landgericht bezweckliches Urteil anzustellen, in dessen Bezirk die Kländigung erfolgt ist. Für die Klage und den Antrag auf Einstellung der Zwangsversteigerung erwachsen dieselben Kosten, wie bei anderen Klagen. — W. 2. 1. Nein. — H. 2. 3. Ja. — S. 2. 594. Die Hypothek wird mit Ablauf der fünf Jahre fällig, eine nachträgliche Verlängerung findet nicht statt. — W. 2. 28. Die Unfallrente ruht nicht, solange der Unfallverursacher eine die Dauer von 1 Monat überdauernde Freiheitsstrafe verbüßt. Sie wird auch nicht nachgezahlt. — S. 2. 35. Die Verjährung des Antrages auf Bewilligung der Unfallrente wäre völlig ausgeschlossen, nicht ausgeschlossen ist aber, daß eine Klage gegen die Strafenbehörden Erfolg hätte. Lassen Sie sich jedoch die Anwendung dieser Klage das Amtsgericht bewilligen. — S. 2. 25. Die Aufhebung der Polizei würde unseres Erachtens nicht durchzuführen sein. Wollen Sie es aber auf weiteres ankommen. — S. 2. 28. 1. In Wäherb. Kreis Baderhorn. 2. Mindestens sechs Monate. — S. 2. 10. Wenn eine gültige Einigung der Klage ist, so können die Erbschaftsangelegenheiten zunächst bei dem hiesigen Amtsgericht beantragt und somit auf Zahlung klagen. — W. 2. 15. Alexanderplatz. Die Nummernummer erfahren Sie dortselbst. — H. 2. 20. Hohenstein. — H. 2. 20. Da Sie nicht weiter sind, dürfen Sie auch den Weiser nicht anbringen. Ob Sie den Namen anderen oder ausprechen, ist gleichgültig. Die Anmeldung des Geschäfts hat an die Verwaltung für direkte Steuern, Einkommensteuer zu erfolgen. — Radfahrer 1. Bismarckstraße. 1. bis 3. In der letztgenannten Ordnung kann eine Urkundeausfertigung erbracht werden. Diese ist auch ohne Strafantrag verfolgsbar und mit Erfolg bedroht. — H. 2. 24. 1. Ja. 2. Eine Klage auf Aufhebung des Vertrages wegen zinsentlicher Besetzung wäre nicht anstößig, ebenso eine Klage auf Rückzahlung. Sie müßten aber beweisen, daß die Zinsentlicher gestellt sind und daß diese Aufstellungen für Ihren Entschluß erheblich gewesen sind. Wenn der Beschuldigte gerichtlich genommen ist, muß er über den Ausfall der nachrichtig werden, sonst erhält er in der Regel nur auf Antrag Rückzahlung. — S. 2. 28. Ein Besuch in Deutschland wäre möglich, aber wahrscheinlich ist Ihr Sohn in contumaciam verurteilt. Es würde dann die erkannte Strafe gegen ihn vollstreckt werden. Wäre ich schuldig, Sie sich bei der Behörde ob eine Verurteilung erfolgt ist. — H. 2. 76. Es muß gegen beide Steuererklärungen in Sachsen reklamiert werden. — 909. — S. 2. 79. Da Ihre Schwiegermutter das Geld nicht hätte einbringen lassen, ist die Verhaftung des Grundbesitzes ohne Wert. Der Darlehensschein hat den Wert des Bemes der Eingabe des Darlehens und gilt auch den späteren Erben gegenüber. — W. 2. 17. Klagen Sie sofort auf Aufhebung des Lehnvertrages und auf Schadenersatz. Teilen Sie ferner die Verhältnisse des Gewerkschaftsmitglied Stralauerstr. 1 mit, welche die Gemeindeväter ohne Gehältern mit dem Verbringen zweifelslos abermögliche Ausbeutung ist. — S. 2. 2782. Wir sind nicht in der Lage, bestimmte Personen für Privatunterricht zu empfehlen. Wenden Sie sich an die Leiter der Schule, die Sie besuchen. — Demmerstr. 18. Ja. — H. 2. 101. Wenn die Mutter nicht in der Lage ist, ihren Angelegenheiten vorzugehen, so könnte eine Pflegschaft eingeleitet werden. Die von Ihnen angeführten Umstände würden die Pflegschaft zwecks Verwaltung des Vermögens (Konten) rechtfertigen. Hauptsächlich zur Verwaltung der Pflegschaft wäre das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Mutter wohnt. — C. 2. Nein. — H. 2. 6. Eine Klage erscheint ausgeschlossen. — 16 M. Wenden Sie sich direkt an die Kaiserliche Verwaltung (Rathaus). — H. 2. 151. Die Klage ist nicht, falls sie nicht schriftlich geschlossen ist, gültig. — Ziegel, Reindorfstr. 4. Wenden Sie sich an den Verlag von Hoffmann, Müllerstr. 11. — S. 2. 15. Nein. Sie können, falls Ihre Aufforderung fruchtlos bleibt, lediglich auf Zahlung gegen Rückgabe der Wäherklagen und damit Kländigung der Klage vorzugehen lassen. — H. 2. 70. 1. Ja. Sie müssen aber die Eingabe des Geldes beweisen. 2. Ja. Sie haben Ihre Staatsangehörigkeit nicht verloren. — W. 2. 67. Nein. — Aug. 31. 1. Nein. Sie könnten auf Schadenersatz klagen. — H. 2. 31. Solche Strafen sind und nicht bekannt. — S. 2. 9. Ja. — W. 2. 18. Ihre Tante ist keineswegs verpflichtet, sich bei Ihnen einzufinden, ebenso wenig geht die Schicksal der Tante verloren oder kann ihr entzogen werden, wenn sie Ihre Aufforderung unbeachtet läßt. Die Tante ist vielmehr berechtigt, Unterlegung oder Auszahlung der Verbindlichkeiten zu verlangen. Um geschlichtete Schritte zu vermeiden, tun Sie gut, sich in Güte auseinanderzusetzen, eventuell können Sie auf gerichtliche Kländigung klagen. — Wäherb. Uns nicht bekannt. — S. 2. 100. Für den Fall eines Projektes müßten Sie beweisen, daß die von Ihnen behaupteten Abreden getroffen sind. Den Lohn können Sie einlangen. — Wandersmann 10000. 1. In jeder Buchhandlung, 2. und 3. Uns unbekannt. — S. 2. 1. Die Ehefrau erbt in diesem Falle nicht mit. 2. Wenden Sie sich an das Amtsgericht des Ortes, an dem Ihr Vater lebte, oder, falls etwa ein Nachlassgericht eingesetzt ist, an diesen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandl.) Rindfleisch la 47-72 pr. 100 Pfd., IIa 61-66, IIIa 56-60, IVa 52-54. Kalbfleisch, Doppelbänder 105-115, Ia 81-90, IIa 73-82, IIIa 63-70, voll 54-60. Dammfleisch Ia 73-78, IIa 62-72, Schweinefleisch 63-71. Mettwurst Ia per Pfd. 0,55-0,65, IIa 0,45-0,60, Rohwurst Ia 0,35-0,45, IIa 0,10-0,28. Dammwurst 0,35-0,42. Wurstschinken 0,20-0,40. Fleischlinge 0,35. Gänse per Stück 2,50-3,20, kleine 1,00-2,00, Kaninchen per Stück 0,20-0,70. Hühner per Stück 1,10 bis 1,25, Kränchen 0,60, Geflügel 0,83. Rebhühner, junge Ia 0,85-1,20, junge IIa 0,50-0,80, alte 0,20-0,75, junge keine 0,02. Schurr, alte per Stück 1,00-1,50, alte IIa 0,50-0,90, junge per Stück 0,40-1,12. Tauben per Stück 0,20-0,71, alte 0,00. Enten, junge per Stück 1,40-1,90, alte per Stück 0,00. Gänse, junge per Stück 2,10. Gänse, Oberbrüder, per Stück 0,40-0,50, alte Hamburger, junge 0,00, Ia per Stück 2,75-3,50, IIa 1,00-2,50. Säugetiere per Stück 0,00, Ia kein 0,25. Rechte per 100 Pfd. 76-78, matt 70-74, groß 66, kein 89, Kälber 53-64, Schafe 103-109, große 0,00, kleine 0,00. Weis, kein 0,00. Kalb, avon 93, mittel 0,00, kein 49-57, unversert 0,00. Wägen 41-44. Karpen, 40er 64-66, 30er Raucher 0,00, 20er 100er 0,00, 10er 40er Schleife 0,00. Barie 0,00, matt 0,00. Karascheln 0,00. Fleischige 0,00. Weiss 0,00. Säugetiere 40-53. Amerik. Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110-120, da. IIa neuer 90-100, da. IIIa neuer 75. Gelachs 20-25. Sprossen, Kieler, Ball 0,75-1,00, Danziger, Ball 0,50-0,70. Hühner, kommerzielle Ia, per Schod 2-9, da. kommerzielle IIa 2-4, Meier, Schod Ia 4-6, da. mittel per Hüh 2-4, Hamb. Schod 4-5, halbe Hüh 1,50-2, Hühlinge, per Ball Meier 2,50-3,50, Straußb. 3,50-4,00. Kals, groß per Pfd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60. Deringe per Schod 4-5. Schokolade Rite 2-4, da. 4 Rite 2 Kollan, p. 100 Pfd. 20-25. Gelbrot 0,00. Erdbeeren, 1902er per Anker 95, 1904er 95, 1905er 90, 1906er 70. Schokolade Bekannte 1,00-0,00, large 40-44, full 28-33, mod. 25-32, deutsche 37-44. Deringe, neue Wäher, per 1/2, 20-120. Sardinien, voll, Ball 1,50-1,90. Brattinge, Schokolade (4 Eier) 1,50-1,75. Neunagen, Schokolade 11, keine 5-6, Nieren 14. Hummer, keine, per Pfd. 0,00. Krebse, per Schod, große 0,00, mittel 0,00, keine 0,00, unvers. 0,00. Wäher, groß 0,00, mittel 0,00. Eier, Land, per Schod 4,00-4,60. Butter per 100 Pfd. Ia 125-128, IIa 118-122, IIIa 113-118, abjahlende 102-107. Saure Gurken Schod 3,50-4,00. Pfefferkörner 3,50-4,00. Kartoffeln per 100 Pfd. 0,60, magnum bonum 1,90-2,10, Dabische 1,90-2,10, Nolen 0,00, weisse 1,00-1,80, Zerkleinerte 4,00-5,00. Spinat per 100 Pfd. 10,00-15,00. Karotten per Schod 2,00. Sellerie, helle, per Schod 4,00-6,00, da. pomerische 4,00-5,00. Zwiebeln große, per 100 Pfd. 3,00-3,50, da. kleine 2,25-3,00. da. helle (Weiß) 30-60. Charlotte 50-60. Petersilie, grün, Schod 1,25. Kohlruhr per Schod 0,75-0,80. Rettig, hart, per Schod 2,40-4,90. Radieschen per Schod 0,60-1,00. Salat, per Schod 1,80-2,00. Bohnen, grüne, per 100 Pfd. 0-0,00. Bohnenbohnen 0-0,00. Pfefferlinge per 100 Pfd. 10-15. Mohrrüben per 100 Pfd. 2-3. Zellerer Pfeffer per 100 Pfd. 10-12. Weiße Rüben, große 3-4, kleine 7-8. Blumenkohl per Markt 1,50-2,50. da. Gänster, Kopf 0,11-0,12. Wirsingkohl per Schod 4,00-7,00. Kohlfohl p. Schod 5,00-9,00. Weißkohl p. Schod 2,00-6,00. Rosenkohl p. 100 Pfd. 15-20. Stempelze p. 100 Pfd. 16-20. Kollrüben Schod 2,50-4,00. Kürbis 3-4,00. Hirsen, per 100 Pfd. helle 7-25, Trücker 0,00, böhmische 6-16. Weizen, per 100 Pfd. helle 4-25, Branntwein 8-20, Zücker in Fässern 15-20, da. lose 10-11, Amal 19-20. Weizenbrennen, helle 22-24, Gedrige 32-35. Wallnüsse per Schod 1,00-1,50. Pflaumen, per 100 Pfd. helle 2-4. Schmalz 2-5, da. große 6-8. Nüssen, Westma 300 Stück 19,00-22,00, 320 Stück 10,00-18,00, 200 Stück 10-14, 430 Stück, kein 9-13, 500 Stück, kein 10-13. Pfirsiche, Trücker 0,00, italienische 50-70.

Wasserstand am 23. Oktober. 1.15 bei Küßig. — Meter, bei Dresden — 1,06 Meter, bei Magdeburg + 1,45 Meter. — Anhalt bei Braunschweig — Meter. — D d e r bei Rastow + 1,25 Meter. — Reichenmündung + 1,28 Meter. — D d e r bei Berg + 2,06 Meter. — D d e r bei Weslau Unterpel + 1,03 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Mittwoch, den 21. Oktober.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Cyberhaus.** Nigolotto.  
**Schauspielhaus.** Klein Dorrit.  
**Neues Operntheater.** Geschlossen.  
**Deutsches.** Der Kaufmann von Venedig.

**Weihen.** Schützenlied.  
Anfang 8 Uhr.

**Reising.** Das Blumenboot.  
**Vorhing.** Jar und Zimmermann.  
**Berliner.** Sherlock Holmes.  
Nachm. 3 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung.

**Schiller O.** (Wallner-Theater.)  
Der Herrgottswarter. Zum Ein-  
siedler.

**Schiller N.** (Friedrich Wilhelm-  
Mädchens-Theater.) Donna  
Diana.

**Neues.** Die Hochzeit von Poel.  
**Romische Oper.** Ladmé.  
**Reising.** Tripelpatte.

**Lustspielhaus.** Verwehte Spuren.  
**Zentral-Theater.** Tausend und eine Nacht.  
**Deutsches.** Ein idealer Gatte.

**Thalia.** Wenn die Bombe platzt!  
**Luftkino.** Ein Bollwerk.  
**Bernhard Rose** früher Carl Weiss.  
Ausgewiesen.

**Trianon.** Der Hausfreund.  
**Walhalla.** Spezialitäten.  
**Nigollo.** Berlin im Omnibus. Spe-  
zialitäten.

**Metropol.** Der Teufel lacht dazu.  
**Kasino.** Alexander der Große.  
**Folies Caprice.** Serenissimus  
Augustus XXVI. — Das Modell. —  
Das Provinzmädel.

**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Volling.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Steffner Säger.  
**Urania.** Tausend und eine Nacht.

**Theater 8 Uhr:** Die Rosellende  
und ihr Weinbau.  
**Im Hofsaal 8 Uhr:** Das photo-  
graphische Objekt.

**Sternwarte.** Juraalbenstr. 57/62.  
**Ferdinand Bonn**

**Berliner Theater.**  
Heute und folgende Tage:

**Sherlock Holmes.**  
Anfang 8 Uhr.

**Theater des Westens**  
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.  
Heute abend 7 1/2 Uhr:

**Schützenlied.**  
Fritz Werner als Gast.  
Donnerstag: Die Fledermaus.  
Freitag: Die Zauberflöte.

**Neues Theater.**  
Anfang 8 Uhr.

**Die Hochzeit von Poel.**  
Donnerstag und Freitag: Die  
Hochzeit von Poel.  
Sonntag zum ersten Male: Die  
Condottieri. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Kleines Theater.**  
Zum 102. Male:

**Ein idealer Gatte.**  
Anfang 8 Uhr.  
Donnerstag zum 103. Male: Ein  
idealer Gatte.  
Freitag: Man kann nie wissen.  
Sonntag zum 104. Male: Ein  
idealer Gatte.

**Neues Schauspielhaus**  
Freitag, den 26. Oktober, 8 Uhr:  
Eröffnungsvorstellung.

**Der Sturm.**  
Die für den 20. Oktober gelösten  
Eintrittskarten behalten ihre Gül-  
tigkeit für Freitag, den 26. Ok-  
tober. Die für Sonntag, den 21.,  
gelösten Eintrittskarten behalten ihre  
Gültigkeit für Sonnabend, den  
27. Oktober; eventuell können die  
bereits gelösten Eintrittskarten von  
10-1 Uhr bis zum Mittwoch, den  
24. Oktober, zurückgegeben werden.

**Komische Oper.**  
Anfang 8 Uhr. Lakmé. Am 2. Akt:  
„Cobra“, ausgef. v. Ruth St. Denis.  
Donnerstag: Hoffm. Erzählungen.  
Serauzl: „Eine indische Szene“,  
ausgef. von Ruth St. Denis.  
Freitag: Lakmé. Am 2. Akt:  
„Cobra“, ausgef. v. Ruth St. Denis.  
Sonntag 3 Uhr: Ruth St. Denis-  
Mallines.

**Lanzing-Theater**  
Wellenallee 7/8.  
Heute abend 7 1/2 Uhr:  
**Zar und Zimmermann.**  
Abonnements gültig.  
Donnerstag: **Undine.**  
Sonntag nachm.: Vorstellung  
des Vereins f. Volksunterhaltung:  
**Der Waffenschmied.**

**Rixdorfer Theater**  
Bergstraße 147.  
Mittwoch, den 21. Oktober:  
Gedenkfeier für Heinrich Heine.  
**Ein Volksfeind.**  
Schauspiel in 5 Akten v. Henrik Ibsen.  
Anfang 8 Uhr.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Heute im Theater 8 Uhr:  
Die Mosellände und ihr Weinbau.  
Im Hörsaal 8 Uhr:  
Das photographische Objektiv.

### ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachmittags 4 Uhr:  
**Großes  
Militär-Doppel-Konzert.**

Eintritt 1 M., v. 5 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Lustspielhaus.**  
Abend 8 Uhr:  
**Verwehte Spuren.**

**Zentral-Theater.**  
(Cyrette). Täglich 8 Uhr:  
**Tausend und eine Nacht.**

**Luisen-Theater**  
Reichenbergerstr. 34.  
**Ein Volksfeind.**  
Anfang 8 Uhr.  
Donnerstag: Ein Kind des Glücks.  
Freitag: Ein Wintermärchen.  
Sonntag 4 Uhr: Kinderpostlelle.  
Hänsel und Gretel. Abends: Ein  
Wintermärchen.  
Sonntag nachm.: Ein Wintermärchen.  
Abends: Ein Volksfeind.  
Montag: Die Jungfrau von Orleans.

**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:  
**Triplepatte.**  
Schauspiel in 5 Akten v. Tristan Bernard  
und André Godefranz.  
Comique Robert de Houban:  
Richard Alexander.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Eine Hochzeitsnacht.**

**Deutsch-Amerikanisches  
Theater.** Jeden Abend 8 Uhr:  
Wiederauftreten von Adolf Philipp:  
**Im wilden Westen**  
und  
**Herr „Hauptmann“ von Kopenick.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe  
Preise: Ueber'n großen Teich.

**Metropol-Theater**  
Täglich 8 Uhr:  
**Der Teufel lacht dazu.**  
Große Jahresrevue in 9 Bildern  
von Julius Freund.  
Musik von Viktor Hollaender.  
Dirigent M. Roth.  
In Szene gesetzt von Direktor  
Richard Schütz.

**H. Bender.** J. Giampietro.  
**J. Josephi.** Fritzi Massary.  
**Phila Wolff.**  
Rauchen überall gestattet.  
Sonntag, den 29. Oktober 1906,  
nachmittags 3 Uhr:  
**Ermäßigte Preise!**  
**Auf in's Metropol!**

**Apollo-Theater.**  
Täglich:  
**Liane d'Eve**  
b. Original-Matschie-Tänzerin.  
**Berlin im Omnibus**  
mit dem Omnitibus-Trick  
und das große Spezialit.-Prog.  
Sonntag, den 28. Oktober, nachm.  
3 1/2 Uhr: Große Familienvorstellung.  
Halbe Preise! Halbe Preise!

**Bernhard Rose-Theater**  
früher Carl Weiss-Theater.  
Große Hauptvorstellung. 132.  
Anfang 8 Uhr. Zum ersten Male:  
**Ausgewiesen.**  
Soziales Volkstheater in vier Aufzügen  
von Carl Böllcher.  
Morgen u. jelt. Lager. Die Vorstell.  
Sonntag 4 Uhr: Kinderpostlelle:  
Aschenbrödel. Sonntag 3 Uhr (keine  
Preise): Berliner Kinder.

**Passage-Theater.**  
Das Gastspiel  
**Josefine Dora**  
in der  
Komödie „Rieke“  
mit dem Schlager  
„Emil du bist eine Pflanze“  
ist wegen des außerordentl.  
Erfolges und der täglich aus-  
verkauften Häuser f. Oktober  
prolongiert. Außerdem:  
**14 neue Nummern.**

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der Herrgottswarter.**  
Ein Drama in 3 Akten v. H. Miltenfeld.  
Herausf.: Zum Einsiedler.  
Quitt. in 1 Aufz. v. Benno Jacobson.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Hasemanns Töchter.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Hoffnung auf Segen.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.)  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Donna Diana.**  
Lustspiel in 3 Aufzügen von Boreto.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die rote Kabe.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Frau Inger von Oestrot.**

### Volks-Kabarett

Margarete Walkotte  
Sonntag, 28. Okt., abends 7 1/2 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29.  
Als Gast: **Kans Frey.**

Mitwirkende: Hans Frey, Artur Taube vom Lessing-  
Theater, Georg Wolff vom Thalia-Theater, Erl. Nelson, Kunst-  
jodlerin, Fri. Seiditz, Konzertsängerin, Margarete Walkotte.  
Entree 50 Pf. — Reserv. Platz 1 M.  
Vorverkauf: Wertheim, Leipz. Str., u. Horsch, Zig.-Hdlg., Engel-Ufer 15.  
Abendkasse: 60 Pf. und 1 M. 20 Pf. 2735L.\*

**Schwarzer Adler**  
Friedrichsberg. Frankfurter  
Bernspracher Nr. 8. Chaussee 5.

Jeden Sonntag im Königssaal:  
**Großer Ball**  
unter Leitung des Herrn C. Bürger.  
Jeden Mittwoch: 24762\*

### Willy Walde-Sänger.

Gebr. Arnholt.

### Zirkus Schumann

Heute abend prägte 7 1/2 Uhr:  
**Grande Soirée équestre.**  
Elite-Programm. U. a.:  
Roi. Fernand Guichenot,  
Oberbereiter seiner Maj. des Zaren.  
Roi. Fontana, ausgef. Reiterkünstler.  
Die einzig existierende größte Tiger-Gruppe.  
Noch nie gesehene wilde Dressur vorgeführt von  
geübten Löwen-Baron Dr. Henriksen.  
Der un- löwliche Löwen-Baron  
mit seinem dressierten Tierpark.  
Die neuesten Reiterdressuren des  
Direktors Alb. Schumann.  
Die phänomenalen Luftgymnastiker  
**Les Rixfords.**  
12 Araber-Hengste in Freiheit vor-  
geführt von Herrn Bono.  
Die großartigen neuen Spezialitäten.  
Um 10 Uhr: Ein Zum 12. Male:  
**Tag in Monte Carlo.**  
Kunstleistungspantomime in drei Akten,  
arrangiert und auf des glänzendste  
inszeniert vom Dir. Alb. Schumann.

### Zirkus Busch.

Abends 7 1/2 Uhr:  
**Reiterdressuren des Herrn  
Ernst Schumann.**  
Hr. Marguerite, Schutzein.  
Hr. Léris Loyal in ihrem  
glänzenden Champagner-Kost.  
Bermer: Monsieur Romeo's  
Stimmen erregende  
Automobil-Exercize.  
Heberfahren  
mit einem 70 PS. Fiat-Automobil  
(Geh. 30 Reiter u. 4 Insassen.)  
**Die größte Tiger- und  
Löwen-Gruppe.**  
Aus der Palta. Pantom.

### W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 10.  
**Die Bluthochzeit**  
oder: Königin Margot.  
Schauspiel aus der Jugendzeit.  
Anf. 8 Uhr. Entree 30 bis 75 Pf.  
Ehren- und Vorgangsarten gültig.  
Donnerst.: Extravorstellung. Schuldig.

### Etablissement Neue Welt

Hasenheide 108/114.  
Gastspiel Bernhard Rose-Theater.  
**Mutterliebe.**  
Vollstück in 4 Akten.  
Kasseneröffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.  
Blitzvorverkauf von 10-1 Uhr an  
der Theaterkasse.

### Kasino-Theater

Lothringerg. 37. Täglich 8 Uhr  
Nur noch bis 31. Oktober!  
**Alexander der Große.**  
Sonntag 4 Uhr: Madame Bonivard.

### Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2. Min. v. Bahnhof Börs.  
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
**12 Attraktionen 12**  
u. a.:  
**John Jiket and MIB Jenny,**  
fens. equil. Akt.  
**Robert und Bertram**  
die Urfomulieren.  
**Die Loreley.**  
Gosse von D. Klein.  
Familienarten, zum halben Kassens-  
preise gültig, in allen Bardier-  
Fishe u. Zigarrengeschäften gratis.

### Reichshallen.

Täglich:  
**Steffner  
Säger**  
Anfang  
Sonntag  
8. Sonntag  
7 Uhr.

### Theater Folies Caprice.

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.  
**Serenissimus August XXVI.**  
**Das Modell.**  
**Das Provinzmädel.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachmittags  
bei bedeutend ermäßigten Preisen:  
**Soll und Haben.**  
Nach dem Zapfenstreich.  
Anfang 3 Uhr.

### Walhalla- Varieté-Theater

Weinbergsweg 19/20.  
Am Rosenthaler Tor.  
Heute abend 8 Uhr:  
Das humorist. Oktober-Programm.  
**Emmi Kröcherl, Willy Prager.**  
Berliner popul. neue  
Soubrette. aktuell Coupl.  
Außerdem: 4 Debüts u. a.:  
**Royal Mitsuta's** Filippus  
Jap. Leit.-Bal. Wunderhunde.  
• Rauchen überall gestattet. •

### Verlangen Sie Tellus-Zigaretten

garantiert Handarbeit  
Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt.  
**M. Butze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus“, Berlin N. 54.**

### Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.  
Jeden Sonntag und Donnerstag:  
**Konzert, Theater, Spezialitäten.**  
Stets erstklassige Musikfolge.  
Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**  
Langzeitung: 8. Sachs.  
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

### Gustav Behrens Theater,

Berlin O.,  
Frankfurter  
Allee 85.

### Kolossaler Erfolg

des sensationellen neuen  
**Oktober-Programms.**  
22 Nummern.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

### Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:  
**Der Hausfreund.**  
Anfang 8 Uhr.

### Buggenhagen

Horitzplatz.  
Jeden Mittwoch u. Sonnabend:  
**Humoristischer Abend**  
und Freitanz.

### Sanssouci-Kollbuser

Direktion Wilhelm Reimer.  
Sonnt. Mont., Donnerst.:  
**Hofmanns Nordd. Sänger**  
Der Hauschlüssel.  
Schauspiel in zwei Akten.  
(Durchschlag, Erfolg)  
Sonnt. Beg. 3, Hochent. 8 1/2.  
Dienstag: Theater-Abend.

### Colosseum

Dresdenerstr. 97.  
Das brillante  
**Oktober-Programm.**  
Spezialitäten und  
**Volks-Kabarett**

### Welt-Ausstellungs- Biograph-(St. Louis)

Theater lebender  
Photographien mit  
abwechselndem  
Abnormitäten-Prog.  
Verbindung mit größter Filme-  
fabrik Frankreichs, daher täglich  
neueste Bilder.  
♦ Den ganzen Tag Vorstellung. ♦  
**Otto Pritzkow, Münzstr. 16.**

### Englischen Unterricht (Ueber- setzungen), französischen, deut- schen Unterricht erteilt

**G. Swienty-Liebkecht.**  
Schöneberg, Sedanstr. 57 III.

### Blitz Blitz Blitz Blitz

## Total-Ausverkauf

nur Kommandantenstraße 43  
das von der Firma S. Böhm gekauften Warenlagers.  
Der schlechten Saison wegen bringen wir

### Ausnahme-Tage für

## Paletots

Serie I schwarz und gemustert nur 7.40 M.  
Serie II neueste Muster nur 8.75 M.  
Serie III prima Ware, grau kariert, nur 10.50 M.  
Serie IV hochmoderne mit Sattel nur 12.50 M.  
Serie V Ulster, alle Farben u. Fassons, nur 13.75 M.  
Serie VI gestepptes Futter m. Watte nur 15.00 M.  
Serie VII halbschwer auf Seide nur 16.75 M.  
Serie VIII engl. imitiert, extra prima, nur 18.50 M.  
Serie IX Maßersatz, extra fein, nur 21.00 M.  
Serie X das Wunder Berlins nur 24.00 M.

### Ausnahme-Tage für

## Herrenhosen

Serie I tadellose Qualität nur 1.80 M.  
Serie II alle Farben prima nur 2.80 M.  
Serie III Kammgarn prima Qualitäten nur 3.80 M.  
Serie IV Maßersatz, das feinste, früher bis 12 M., nur 5.25 M.

## Blitz

137 Große Frankfurter Str. 137.  
80 Chaussee-Straße 80.  
9 Rosenthaler Straße 9.  
43 Kommandanten-Straße 43.

### Blitz Blitz Blitz Blitz

## Blitz Blitz Blitz Blitz

Der „Kaiserdeputierte“ Hirsch vor dem Schwurgericht.

Breslau, den 23. Oktober. (Telegr. Ber.)

Unter den heutigen Zeugen befindet sich auch der Arbeiter Biewald, dem an dem Kratwalltage vom 19. April bekanntlich die Hand abgehakt wurde.

Arbeiter Biewald

aufgerufen. Er trägt jetzt an seinem linken Armstumpf eine künstliche Hand. Der Zeuge erzählt vor dem Schwurgericht die bekannten Vorgänge, die für ihn einen so verhängnisvollen Ausgang genommen haben.

Ermittlungsverfahren nach dem Schumann,

der Biewald die Hand abschlug.

noch jetzt noch kein Ergebnis

gehabt hat. Festgestellt wurde jedoch, daß der Säbelhieb mit einem scharf geschliffenen Säbel und einer gewissen Kraft ausgeführt worden sein muß.

Neues zum Fall Biewald

bekunden zu können. Er habe seit der Strafkammerbehandlung erneut Ermittlungen angestellt, um alle Einzelheiten des Falles genau festzustellen. Es sei in der Verhandlung vor der Strafkammer und auch heute wieder gesagt worden, die Tür des Hauses Hildebrandstr. 25 sei geschlossen gewesen und dann von Schußleuten mit Gewalt aufgerissen worden.

Kommandeur der Schumannschaft

Koll, um die Täter beim Kratwall zu ermitteln, angeordnet

habe, daß

familiäre Verhältnisse ohne Grund und ohne daß gegen sie irgend etwas vorlag, in Untersuchungshaft genommen und eingesperrt wurden.

Staatsanw.: Wir haben hier nicht über den Polizeikommissar Koll zu Gericht zu sitzen, sondern über den Vorläufigen Hirsch. Herr Koll hat seine Maßnahmen vor seinen Vorgesetzten zu verantworten.

Eine große Anzahl Mitbürgen der Verteidigung machen unbestimmte und teilweise widersprechende Zeitangaben. Mehrere ihm unangenehme Aussagen sucht der Angeklagte Hirsch mit der Behauptung zurückzuweisen, die Leute seien bearbeitet und bestochen worden.

Zwifigkeiten in der Familie Runge.

Es handelt sich darum, daß die Verteidigung die Glaubwürdigkeit des Hauptbelastungszeugen Karl Runge anzweifeln will.

Vater des Runge,

der Arbeiter Runge, aufgerufen. — Vors.: Wieviel Kinder haben Sie denn? — Zeuge: Es sind noch sieben. — Vors.: Wieviel waren es denn? — Zeuge: Zwanzig. Die Älteren müssen es ausweisen. (Stürmische Heiterkeit). — Vors.: Hat Ihr Sohn Sie einmal wegen Sittlichkeitsverbrechen angezeigt? — Zeuge: Das ist eine lange Geschichte. Ich habe meinen Kindern Geld gegeben und als ich das Geld einmal wiederhaben wollte, wurde es mir verweigert.

Karl Runge Sohn auf und fragt, was er zu den Behauptungen seines Vaters sagt. Karl Runge schildert dann ebenfalls die schlechten Familienverhältnisse und macht hierauf die auffeherregende Mitteilung, daß sein Vater ihn am 30. September von der Arbeit abgeholt und zu bestimmen versucht habe, nichts Ungünstiges gegen Hirsch auszusagen.

Es gelangte zum Schluss der Beweisaufnahme die

Entscheidung des Breslauer Oberlandesgerichts gegen die Breslauer Metallindustriellen

zur gerichtlichen Erörterung. Zunächst wurde die Strafanzeige des Rechtsanwalts Wolfgang Heine-Vorleser, in der die beiden Leiter des schlesischen Metallindustriellenverbandes der versuchten Erpressung und des Vergehens gegen die Gewerbeordnung beschuldigt werden. Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Breslau lehnte die Strafverfolgung ab, weil in dem Schreiben der Metallindustriellen, in dem die Aussperrung angedroht wurde, lediglich eine Mitteilung an die Arbeitnehmerschaft und keine Drohung zu erblicken sei.

Schuldfragen

lauten auf Vergehen gegen die Gewerbeordnung, Räubersführerschaft bei einem Aufruhr und öffentliche Verleumdung. Auf Antrag der Verteidigung wurden die Hilfsfragen nach Aufruf und Hebertretung einer Straßenpolizeiverordnung gestellt.

Hilfsfragen

Der Vertreter der Anklage Staatsanwalt Hipper zog aus der Verhandlung das Ergebnis, daß der Angeklagte Hirsch als Räubersführer bei den Kratwallen in Betracht komme. Der Angeklagte hat nun das Zeugnis des Belastungszeugen Runge dadurch anzuzweifeln gesucht, daß er Runge selbst als unglaubwürdig hinstellte. Dieser Beweis sei vollständig mißlungen, denn Runge sei aus den Verhandlungen geradezu glanzvoll hervorgegangen.

Verteidiger Rechtsanwalt Simon stellt das Verhalten der Arbeiter auf dem Striegauer Platz als durch die Erregung infolge der Aussperrung entschuldigbar hin. Daß die Arbeiter sich ebenfalls gegen das Gesetz vergangen haben, beweist die neueste Entscheidung des Oberlandesgerichts Breslau. In aller Erinnerung ist wohl auch die Buchhausvorlage, die jeden mit Buchhaus bestrafen wollte, der so wie die Direktoren Glasenapp und Keumann die Arbeiter an der freiwilligen Arbeit hindert hätten.

Nach zweistündiger Beratung der Geschworenen vernichteten dieselben die Schuldfragen auf Landfriedensbruch, Räubersführerschaft, Verleumdung, Teilnahme an einem Aufruhr, Hebertretung einer Straßenpolizeiverordnung und bejahten die Schuldfrage wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung. Der Staatsanwalt beantragte dafür drei Monate Gefängnis, der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Simon, ersuchte das Gericht, nicht auf das beantragte Höchstmaß zu erkennen.

Aus der Frauenbewegung.

Aus der Stickerbranche. Die in der Sonntagsnummer erschienenen Notiz, welche sich mit der am Donnerstag, den 18. d. M., bei Feuerstein stattgefundenen Versammlung der Stickerarbeiter beschäftigt, erfordert eine Nachbesserung. Die Versammlung war nicht von und nur hauptsächlich für die Stickerinnen Berlins, sondern vom Zentralverband deutscher Textilarbeiter, resp. vom Genossen W. Brillwitz einberufen. Sie befaßte sich mit der Lage aller in der Stickerindustrie tätigen Sticker, Stickerinnen, Bäuerinnen, Hesterinnen, Ausschneiderinnen usw. Mehr noch wie die Stickerinnen sind es gerade die nur so nebenbei erwähnten Hesterinnen, Ausschneiderinnen usw., die der Organisation am meisten bedürftig sind.

Welchen Lohn für gleiche Arbeit fordern die Lehrerinnen von Groß-Köpenick. Der ungerechte und unfaire Lohn, Frauenarbeit schlechter zu entlohnen als Männerarbeit, selbst wenn sie absolut gleichwertig ist, gilt auch für den Lehrerberuf. Hier in Europa wie überall in Amerika. Das Gehalt, welches die Volksschul-Lehrerinnen in New York zum Beginn ihrer Tätigkeit erhält, beträgt 600 Dollar pro Jahr und nach elfjähriger Ausübung ihres Berufes kann sie es bis auf 1440 Dollar bringen.

Der sozialdemokratische Frauenverein der Vereinigten Staaten hielt am 9. Oktober seine diesjährige Generalversammlung in Brooklyn ab; vertreten waren 13 Zweigvereine durch 26 Delegierten. Aus dem Rechenschaftsbericht ist zu entnehmen, daß zurzeit 14 Zweigvereine mit einer Gesamtmitgliedszahl von 293 Genossinnen bestehen. Einige Zweigvereine, die von Chicago, St. Louis und Cleveland, haben sich mit der Partei vereinigt.

Zur Frage der Kindererziehung schreibt „Hebe“, die neue Redakteurin der Abteilung „Für Frauen“ in der „New Yorker Volkszeitung“:

„In den größeren Städten der Vereinigten Staaten bestehen sogenannte „Mothers Clubs“, Vereine von Müttern, welche sich das Studium des Kindes zur Aufgabe gemacht haben. Diese „Mothers Clubs“ sind nun noch um einen Grad übertritten, durch den jüngst in Boston gegründeten Verein von Vätern und Müttern. Dieser Verein hat vor den anderen den Vorzug, daß er nicht allein auf Mütter, sondern auch auf Väter ausstößend wirkt, und daß er durch regelmäßige, öffentliche Vorträge mit freier Diskussion das Interesse weiterer Kreise erweckt für die wichtige Erkenntnis, was ein zivilisiertes Gemeinwesen seinen Kindern schuldig ist. Ueber Erziehung, Schulwesen, Spielplätze, Säuglingspflege usw., wurden von befähigten Männern und Frauen populäre Vorträge gehalten, und besonderes Aufsehen erregte eine Serie von Vorträgen über die Frage: „Wann und wie sollen wir unseren Kindern das Mysterium des Menschwerdens erklären?“ Denkende Männer und Frauen kommen immer mehr von dem alten Wäddchen vom Klappertier zurück, und erkennen, daß in einer schönen und passenden Form die Wahrheit nie zu früh gelehrt werden kann. Außer seiner erzieherischen Tätigkeit hat der „Fathers' and Mothers' Club“ seine Aufmerksamkeit zivilen Angelegenheiten zugewandt und beschäftigt sich jetzt mit den ernststen sozialen Problemen der Kinderarbeit und der schwächlichen und schlecht ernährten Schullinder. Den Bemühungen des Vereins ist es gelungen, daß veranschaulicht an einer der öffentlichen Schulen Boston eine gelehrte Wärterin angestellt wurde. Nebenbei bemerkt ist dieser Versuch auch in New York und zwar in reichem Maße gemacht worden. Gegenwärtig sind an verschiedenen öffentlichen Schulen dieser Stadt fünfzig gelehrte Wärterinnen angestellt, deren Aufgabe es ist, den Gesundheitszustand der Kinder zu beobachten und, wo immer es not tut, ärztliche Hilfe hinzuzuziehen. Das Experiment hat sich als äußerst vorteilhaft erwiesen, so daß man hoffen darf, die Renewing bald allgemein eingeführt zu sehen. Eines der interessantesten Experimente des „Fathers' and Mothers' Club“ ist eine große Farm, wo Kindern unentwickelter Eltern ein kurzer Sommeraufenthalt geboten wird, und wo gleichzeitig die Mädchen in Hausarbeiten, und die Knaben im Ackerbau belehrt werden. Leider muß dieses wohlgemeinte Unternehmen, wie alle kapitalistische Wohltätigkeit, an denselben Zuständen, die seine Existenz notwendig machen, auch scheitern. Was kann den Proletariatskinder ein paar Wochen gefundenes Landelbeneden nützen, wenn sie wieder zurückkehren müssen in die ungesunden Wohnräume der Armut? Was nützt es den Arbeitereltern, daß sie Ackerbau lernen, wenn sie doch ihr ganzes Leben hinter Fabrikmauern, zwischen laufenden Maschinen, verbringen müssen? Trotzdem dürfen wir diese Unternehmungen nicht verurteilen, sondern müssen sie sogar anerkennen. Sie sind immerhin ein Schritt auf dem Wege sozialer Pflichten-Erfüllung, und schon mancher ist auf diesem Wege zum Sozialismus gekommen. Der weiß, wieviel können wir sogar von dem „Fathers' and Mothers' Club“ etwas lernen. Ein Verein sozialistischer Väter und Mütter wäre nicht schwer zu verwirklichen, und ein solcher Verein könnte vielen Genossen und Genossinnen lehrreiche und genussreiche Zusammenkünfte bieten.“

